

**Zwischen sozialer Transformation
und nationaler Identifikation (II)**

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1996

**ZWISCHEN SOZIALER
TRANSFORMATION
UND NATIONALER
IDENTIFIKATION (II)**

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1996

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.
herausgegeben von

Wolfgang Geier, Ernstgert Kalbe und Manfred Neuhaus

Heft 3

ISBN 3-929994-92-5

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V. 1996

Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

c/o Doz. Dr. Wolfgang Geier
Rotfuchsstr. 7
D-04329 Leipzig

Redaktion: Olaf Kirchner

Titelillustration: Daniel Biskup »August 1992: Der Sockel des Felix-Dzershinski-Denkmal
erhält einen neuen Aufbau« (»Junge Welt« vom 16. September 1995)

Die Karte auf S. 95 wurde entnommen aus »Moskovskie Novosti«. Moskva (1994)8. S. A4
und redaktionell verändert

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Olaf Kirchner

Herstellung: GNN-Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

1	Vorwort	5
2	Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung	7
3	Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien (Thesen).....	37
4	Erhard Crome: Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch	55
5	Sarkis Latchinian: Der Konflikt um Berg-Karabach. Hintergründe und Aussichten	75
6	Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa	97
7	Zu den Autoren dieses Heftes	111
8	Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie 1997	113
9	Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	115
10	Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie	125

Vorwort

Das nunmehr vorliegende dritte Heft der Reihe »Osteuropa in Tradition und Wandel«, das wiederum auf Vorträgen in der mittlerweile 40 Veranstaltungen zählenden Kolloquienreihe des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa«, getragen von der Sektion Osteuropaforschung der beiden Herausgebervereine, fußt, setzt die Thematik sozialer Transformations- und nationaler Formierungsprozesse in Osteuropa fort. So sehr dabei die konfliktreichen aktuellen Entwicklungen im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen, wird doch die weit zurückreichende historische Verwurzelung vieler heutiger Problemlagen auf sozialpolitischen und national-kulturellen Konfliktfeldern deutlich.

In Anbetracht dessen erscheinen die eifertigen Empfehlungen mancher industriegesellschaftlicher Marktwirtschaftsexperten oder postindustrieller Modernisierungstheoretiker an das »rückständige Osteuropa«, die »freiheitlich-demokratischen Industrieländer« des Westens einfach nachzuahmen, angesichts einmal deren eigener Wachstums- und Zukunftsgrenzen sowie zum anderen andersartiger etatistisch-bürokratischer Wirtschafts-traditionen der meisten Ansprechpartner entweder inpraktikabel-naiv oder absichtsvoll-hegemonistisch.

Natürgemäß bringen die Autoren – entsprechend ihrer unterschiedlichen disziplinären Herkunft und wissenschaftsmethodischen Schule – ihre persönliche Sicht auf den jeweiligen Gegenstand ein. Das entspricht durchaus der pluralistischen Offenheit unserer Heftreihe, verbreitert das Diskussionspektrum und verdeutlicht individuellen Standort wie persönliche Verantwortung der Autoren.

Jörg Roesler verfolgt den ökonomischen Transformationsprozeß in Ostmitteleuropa vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft, an den er vor allem zwei Kriterien anlegt: die Eigentumsstruktur und den Wirtschaftsmechanismus. Er konstatiert die Wahlmöglichkeit zwischen Gradualismus und Schocktherapie dieses Übergangs und beschreibt die ökonomischen und sozialen Folgen der Schocktherapie (Ex-DDR, Polen) wie der mehr schrittweisen Transformation (Tschechien, Ungarn) in diesen vergleichsweise entwickelten Ländern.

Der Thesenbeitrag von *Ernstgert Kalbe* zu nationaler Identitätssuche und nationalen Konflikten in Südosteuropa belegt exkursorisch die vielfältigen historischen Wurzeln gegenwärtiger Konflikte wie die traditionellen Prägungen langwieriger Prozesse der Nationwerdung in dieser Region durch unterschiedliche kulturhistorische Zugehörigkeiten, verschiedene multiethnische Vielvölkerstaatlichkeit und differenzierten fremdherrschaftlichen Hegemonismus, die auf heute agierende gesellschaftliche Kräfte nachwirken.

Erhard Crome, der den politischen Konstellationen im ungarischen Wandel unter dem Blickwinkel eines unausweichlichen Systemwechsels vom stalinistisch geprägten Realsozialismus zur marktwirtschaftlich determinierten Verfassungs- und Rechtsordnung nachgeht, wovon der plötzliche Reformschock der sowjetischen Perestroika ebenso wie das Ende des langen ungarischen Reformverlaufs zeuge, kennzeichnet das realsozialistische Herrschaftssystem als das eigentliche Entwicklungshindernis. Der Wechsel von Janos Kádár zu Károly Grósz im Frühjahr 1988 leitete die Wende vom Machtmonopol der USAP zu einem pluralistischen politischen System ein, die mit den Frühjahrswahlen 1990 im paktierten Systemwechsel von oben kulminierte, wobei der Autor vorrangig die politischen Akteure, weniger die sie tragenden sozialen Kräfte charakterisiert.

Sarkis Latchinian schildert Hintergründe und Perspektiven des Konflikts um Berg-Karabach aus der Sicht eines durch persönliche Biographie, politische Emotion und wissenschaftliche Kenntnis mit den Problemen Transkaukasiens unmittelbar Vertrauten, der die vielfältigen Verwicklungen in der Konfliktregion, einerseits zwischen Aserbaidshan, Berg-Karabach (Arzach) und Armenien und andererseits zwischen Rußland, der gesamten Kaukasusregion und der Türkei ins Blickfeld nimmt. Besonderes Gewicht mißt er den Bemühungen um die Lösung des Konflikts seit dem Waffenstillstand von 1994 bei und arbeitet die Alternativlosigkeit einer von den Konfliktparteien und internationalen Vermittlergremien konzertierten Friedenslösung heraus, eines Kompromisses, der Beteiligten wie Nachbarn entgegenkommt.

Olaf Kirchner berichtet über die durchgeführten Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« vom Herbst 1995 bis Ende 1996.

Das in Vorbereitung befindliche vierte Heft unserer Reihe wird sich außenpolitischen Aspekten des Wandels in der Region widmen, wofür Beiträge von Erhard Crome und Jochen Franzke (Potsdam), Helga Watzin-Heerdegen, Eva Seeber (beide Leipzig) sowie Bärbel Birnstengel (Berlin) zur Verfügung stehen.

Wolfgang Geier

JÖRG ROESLER

Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung

Untersuchungen zu einer Transformation¹ beinhalten den Prozeß der Wandlung von einem Zustand, einer Struktur bzw. Organisation zu einer anderen. Die Art der Transformation wird vor allem durch das Transformationsziel, den angepeilten Endzustand, beeinflußt. Ebenso spielt aber auch die Ausgangssituation für den Ablauf des Transformationsprozesses eine Rolle. Es ist daher zweckmäßig, eine Untersuchung, welche die Transformation in vier Ländern – Polen, Ungarn, Ex-DDR und Ex-Tschechoslowakei bzw. Tschechien – verfolgt, mit der Analyse der Ausgangsbedingungen dieser ostmitteleuropäischen Länder zu beginnen.

ÖKONOMISCHE AUSGANGSBEDINGUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

Die beiden wichtigsten Merkmale, mit denen die Startposition der Transformationsländer charakterisiert ist, sind zweifellos der Typ des ökonomischen Systems, ein Ergebnis von viereinhalb Jahrzehnten Nachkriegsentwicklung, und die volkswirtschaftliche Situation am Vorabend des Einsetzens der Transformation, d. h. in der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

1 Für den wirtschaftlichen Wandel in Osteuropa seit 1989 wird von den Wirtschaftswissenschaftlern in Europa überwiegend der Begriff Transformation verwendet. Siehe *Problems of Transforming Economies*. 2nd Conference of the European Association for Comparative Studies. Groningen 1992. – In Nordamerika wird dagegen die Formulierung Transition bevorzugt. Siehe *The Lessons of the Post-Communist Transition*. Sektion 7 der Jahreskonferenz der Association for Comparative Economic Studies (USA). Konferenzprogramm. San Francisco 1995.

Der Typ des ökonomischen Systems wird vor allem durch zwei Merkmale bestimmt: die Struktur des Eigentums an den Produktionsmitteln und den Wirtschaftsmechanismus.²

Die vier ostmitteleuropäischen Länder – Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR – wiesen hinsichtlich des Eigentums zweifellos große Gemeinsamkeiten auf. Die Wirtschaft aller Länder war durch die Dominanz des Staatseigentums bestimmt. Das betraf vor allem den wichtigsten Zweig, die Industrie. Mitte der 80er Jahre betrug der Anteil des staatlichen Sektors in der Industrie, in dem zwischen 46,6% (Ungarn) und 63,3% (DDR) des Nationaleinkommens erzeugt wurden, nach RGW-Kriterien in der Tschechoslowakei 100%, Ungarn 96,8%, in der DDR 97,9% und in Polen 97,0%.³

Betrachtet man das Nationaleinkommen, so lagen die Anteile des sozialistischen Sektors mit Ausnahme von Polen bei oder etwas über 95%. Bedingt dadurch, daß die landwirtschaftliche Produktion in Polen zu vier Fünfteln von Privatbauern erzeugt wurde, lag der sozialistische Anteil am Nationaleinkommen in Polen nur bei 81,6%.⁴

Größere Unterschiede als in der Eigentumsstruktur existierten zwischen den vier Ländern Ende der 80er Jahre hinsichtlich des Wirtschaftsmechanismus. Auch hier überwogen zwar die Gemeinsamkeiten: Die meisten Preise waren staatlich fixiert, das Angebot an Material, Produktionsmitteln und Konsumgütern wurde durch das Planungssystem bestimmt, und das Planungssystem beeinflusste wesentlich die kaufkräftige Nachfrage. Doch existierten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutliche Unterschiede zwischen Polen und Ungarn einerseits und der Tschechoslowakei und DDR andererseits. Ungarn kannte keine direktiven Jahresplanvorgaben mehr. Der Anteil der »freien«, d. h. nicht mehr durch die staatlichen wirtschaftsleitenden Organe festgesetzten Preise belief sich 1987 auf 53% und sollte bis

2 Siehe Svetozar Pejovich: *The Economics of Property Rights: Towards a Theory of Comparative Systems*. Dordrecht 1990.

3 Siehe *Statističeskij ežegodnik stran-členov sověta ékonomičeskij vzajmopomošci* 1986. Moskva 1986. S. 37 und 42.

4 Siehe ebenda. S. 37f. Es handelt sich jeweils um die »erste« oder »offizielle« Wirtschaft. In der »zweiten« Wirtschaft oder auf dem Schwarzmarkt war der Anteil des privaten Sektors größer. Westliche Schätzungen der 80er Jahre über den Umfang der zweiten Wirtschaft haben sich jedoch als überhöht erwiesen. Auch die im folgenden verwendeten statistischen Daten zur ökonomischen Transformation beziehen sich nur auf die »erste« Wirtschaft. Siehe European Association for Comparative Economic Studies: *Unofficial Ways of Private Sector Creation in Post Socialist Countries*. In: *Newsletter*. Triest (1995)10. S. 3f.

Ende des Jahrzehnts auf 70–75% steigen, während in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern die Preisfixierung fast vollständig Staatsaufgabe war.⁵ Die polnischen Reformen der 80er Jahre hatten unter dem Druck der Gewerkschaft *Solidarność* vor allem zum Ausbau der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben geführt.⁶ Polen und Ungarn waren bestrebt, die sozialistische Marktwirtschaft einzuführen bzw. zu vertiefen, während die DDR und die Tschechoslowakei kaum zu Abstrichen am System der zentralen Planung bereit waren.⁷

Ein zweites Moment, das den Start der vier Länder in die Transformation beeinflussen mußte, war die volkswirtschaftliche Situation, in der sich Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR in der zweiten Hälfte der 80er Jahre befanden. Gemeinsam war den vier Staaten ein deutlicher Produktivitätsrückstand hinter den westeuropäischen Ländern, ein nachlassendes Wirtschaftswachstum, verringerte Exportfähigkeit sowie ein Schuldenberg gegenüber den realkapitalistischen Staaten. Die Unterschiede in der Leistungskraft und Dynamik der ostmitteleuropäischen Staaten waren deutlicher ausgeprägt als die Differenzen in einzelnen Bereichen des ökonomischen Systems.

Hinsichtlich des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen lagen 1985 die DDR und die Tschechoslowakei dicht zusammen an der Spitze (DDR: 100%, Tschechoslowakei: 98,3%). Ungarn (82,9%) und Polen (62,7%) wiesen dagegen eine deutlich geringere Leistungskraft auf. Gleichzeitig erreichte die DDR aber nur 62%, Polen 38,5% des bundesrepublikanischen Niveaus.⁸ Die gleiche Rangfolge zwischen den ostmitteleuropäischen Län-

5 Siehe Andreas Wass von Czege: *Wirtschaftsentwicklung und -system in Ungarn*. In: *Südost Europa*. München (1987)7–8. S. 398f. und 407.

6 Siehe Cezary Jozefiak: *The Polish Reform. An Attempted Evaluation*. Forschungsberichte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Wien (1986)116 (im folgenden Cezary Jozefiak: *The Polish Reform ...*). S. 28ff.

7 So erklärte der SED-Parteichef Honecker 1989, auf seine Amtszeit rückblickend, zur zentralen Leitung und Planung: »Wir machten niemals unsere Ökonomie zu einem einzigen Experimentierfeld«. (Erich Honecker: *40 Jahre Deutsche Demokratische Republik*. In: *Einheit*. Berlin (1989)9–10. S. 792). – Für die Tschechoslowakei siehe Natalja Korovitsyna: *The Socialist Type of Modernisation: The Case of Czech Nation*. In: Václav Průcha (eds.): *The System of Centrally Planned Economies in Central-Eastern and South-Eastern Europe after World War II and the Causes of its Decay*. Prag 1994. S. 340ff. – Václav Průcha: *Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia 1918–1991*. Prag 1992. S. 39 (Unveröffentlichtes Manuskript).

8 Siehe Bernd Görzig/Martin Gornig: *Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR*. Berlin 1991. S. 14. Die Berechnung erfolgte auf Dollarbasis.

dern – allerdings mit deutlicherem Abstand Polens – ergab sich für die Außenhandelsintensität, gemessen am Export in US-Dollar pro Kopf.⁹ Hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung in konvertierbaren Währungen sah die Reihenfolge etwas anders aus. An der Spitze stand Ungarn, gefolgt von Polen (mit der größten absoluten Verschuldung), gefolgt von der DDR und der Tschechoslowakei. Letztere wies eine Pro-Kopf-Verschuldung auf, die nur ein Drittel der Verschuldung der DDR und ein Siebtel der ungarischen betrug.¹⁰ In der Nationaleinkommensentwicklung waren 1989 Ungarn und Polen in den Negativbereich geraten (Polen bereits seit 1988), während die DDR (mit 2,1%) und die Tschechoslowakei (mit 1%) noch ein positives Wachstum verbuchen konnten.¹¹ Diese Reihenfolge entsprach auch dem Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts der ostmitteleuropäischen Staaten in den gesamten achtziger Jahren. Im Falle Polens war dieses Wachstum – wegen der Produktionseinbrüche auch schon einmal am Anfang der Dekade – insgesamt negativ (-0,7%).¹² Einige abweichende Daten zur Wirtschaftslage ändern also nichts an der Rangfolge der ostmitteleuropäischen Staaten nach der Wirtschaftskraft: DDR – ČSSR – Ungarn – Polen. Diese Rangfolge wurde auch von westlichen Wirtschaftsinstitutionen gesehen. Für den September 1989 ergab eine Expertenbefragung bei 75 bis 100 westeuropäischen Banken folgende Unterschiede in der »Wirtschaftskraft« der ostmitteleuropäischen Länder: DDR 5,39, Tschechoslowakei 4,40, Ungarn 4,01, Polen 2,90.¹³

Die zwar von Land zu Land differenzierte, aber generell als nicht mehr länger tragbar empfundene wirtschaftliche Situation war neben politischen Forderungen nach Demokratisierung eine der Hauptursachen der Entmachtung der kommunistischen Parteien und Regierungen in den sozialistischen Ländern und einer von weiten Kreisen der Bevölkerung getragenen Bereitschaft, Wirtschaft und Gesellschaft dieser Länder zu transformieren.

9 Im Jahre 1985 führte die DDR mit 1.408 Dollar vor der Tschechoslowakei mit 1.132 Dollar. Ungarn mit 802 Dollar und Polen mit 309 Dollar. (Siehe Gerd Neumann: Probleme der osteuropäischen Wirtschaftsintegration in vier Jahrzehnten RGW-Entwicklung. In: Josef Wysocki (Hrsg.): Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1993. S. 175).

10 Siehe ebenda. S. 185.

11 Siehe ebenda. S. 186.

12 Siehe Michael Bruno: Stabilization and Reform in Eastern Europe: A Preliminary Evaluation. In: Olivier Jean Blanchard/Kenneth A. Froot/Jeffrey D. Sachs (eds.): The Transition in Eastern Europe. Vol. 1: Country Studies. Chicago 1994. S. 23.

13 Bei Benotungsmöglichkeiten durch die Experten zwischen eins und zehn. (Siehe Herwig E. Haase: Finanzpolitik vor der Öffnung. In: FS-Analysen. Berlin (1990)2. S. 37).

ZIELSTELLUNGEN DER TRANSFORMATION

Hinsichtlich des Ziels der Reformierung bzw. Transformation des traditionellen Planungssystems¹⁴ existierten Ende 1989 im wesentlichen drei Auswahlmöglichkeiten.

Erstens war der Übergang von der bisherigen staatlichen Planwirtschaft zur sozialistischen Marktwirtschaft¹⁵ denkbar. Solche Überlegungen konnten an Reformvorstellungen, die in den 60er Jahren entstanden und bedingt realisiert worden waren, anknüpfen. In der DDR und der Tschechoslowakei wurden diese Reformen aus eindeutig politischen Gründen – Gefährdung der Macht des Politbüros bzw. Bedrohung der »Einheit und Geschlossenheit« des sozialistischen Lagers – Ende der 60er Jahre abgebrochen.¹⁶ Es lag für die Tschechoslowakei und die DDR nahe, unter den durch die Herbstrevolutionen von 1989 völlig veränderten politischen Rahmenbedingungen an die Reformbestrebungen der 60er Jahre anzuknüpfen und sich für die Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft zu entscheiden. In Polen waren die in Richtung sozialistische Marktwirtschaft zielenden Reformen im Laufe der 70er Jahre aufgrund zunehmender Verschuldungs- und Versorgungsprobleme ins Stocken geraten und in den 80er Jahren wegen der politischen Auseinandersetzungen zwischen PVAP und Solidarność

14 Eine ausgewogene Schilderung der Entwicklung dieses teilweise als »stalinistisch«, teilweise als »sowjetisch« bezeichneten Planungssystems haben der polnische Wirtschaftshistoriker Landau und der tschechische Wirtschaftshistoriker Průcha jüngst geliefert. (Siehe Zbigniew Landau, Václav Průcha: *The Rise, Operation and Decay of Centrally Planned Economies in Central-Eastern and South Eastern Europe after World War II*. In: Václav Průcha: *The System of Centrally Planned Economies*. Prag 1994. S. 9ff.) – Für die DDR siehe Herbert Wolf: *Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR*. In: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. 1. Berlin 1993. S. 149ff.

15 Der in England lehrende polnische Wirtschaftswissenschaftler Brus hat »Marktsozialismus« wie folgt definiert: »Marktsozialismus ist ein theoretisches Konzept (Modell) eines ökonomischen Systems, in dem die Produktionsmittel (das Kapital) öffentliches oder kollektives Eigentum sind. Die Verteilung der Ressourcen folgt den Regeln des Marktes«. Als praktische Verwirklichung dieses Konzeptes läßt Brus das jugoslawische Wirtschaftssystem ab 1965 und das ungarische ab 1968 gelten. (Siehe Włodzimierz Brus: *Market Socialism*. In: John Eatwell, Murray Milgate, Peter Newman: *Problems of the Planned Economy*. New York 1990. S. 164).

16 Siehe Jörg Roesler: *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR*. Freiburg im Breisgau 1990. S. 153ff. – Stefan Bollinger: *Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling*. Berlin 1993. S. 27ff. (hefte zur ddr-geschichte 5).

nur langsam vorangekommen.¹⁷ Für Polen bot sich, ebenso wie für Ungarn, das mit zeitweiligen Unterbrechungen seit 1968 wirtschaftliche Reformen vorantrieb¹⁸, nach dem Herbst 1989 an, die sozialistische Marktwirtschaft unter pluralistisch-demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen zu vertiefen.

Zweitens konnte als Transformationsziel eine gemischte Wirtschaft angestrebt werden: Eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Regulierung der Wirtschaft wäre dann mit einem erheblichen Ausmaß staatlicher Intervention zugunsten sozialer Absicherung der Gesellschaft verbunden gewesen. Ein staatlicher Sektor in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen hätte zusätzlich das Feld staatlicher Einflußnahme erweitert. Die Vorstellungen einer gemischten Wirtschaft bezogen sich in den 80er Jahren im wesentlichen auf das (damals noch funktionierende) »schwedische Modell«.¹⁹

Ein drittes mögliches Transformationsziel war die Herstellung der »freien Marktwirtschaft«. Für die Wiedererrichtung der (rein) kapitalistischen Produktionsweise konnte man sich entweder an dem besser sozial abgesicherten (west)deutschen Modell²⁰ oder an dem mehr auf eine Polarisierung

- 17 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986. S. 295f.; The Polish Economy in the 20th Century. London 1985. S. 319ff. – Elsbjeta Tromer: Political Obstacles to Economic Reform in Poland. The Reforms in 1956 and 1973. Working Paper: Centre for Peace and Conflict Research. Kopenhagen 1989. S. 137ff. – Cezary Jozefiak: The Polish Reform ... S. 10ff.
- 18 Siehe Das System der Lenkung der Volkswirtschaft der Ungarischen Volksrepublik. Budapest 1972. S. 25ff. – Andreas Wass von Czege: Wirtschaftsentwicklung und -system in Ungarn. In: Südost Europa. München (1987)7–8. S. 378ff. – Laszlo Csaba: The Third Stage of the Hungarian Economic Reform. In: Ebenda. S. 431ff.
- 19 Über die »gemischte Wirtschaft« (mixed economy) schrieb der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Samuelson: »In der regulierten Volkswirtschaft der mixed economy behalten viele der alten klassischen Prinzipien der Betriebswirtschaft ihre Gültigkeit: Aber nun werden jene angewendet, weil sie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gutgeheißen werden können – nicht weil die Welt so glücklich ist, sie zu besitzen und bereit ist, sie in einem fort *automatisch* anzuwenden.« (Paul A. Samuelson: Economics. New York 1980. S. 322).
- 20 Die »soziale Marktwirtschaft« der Bundesrepublik war von ihren geistigen Vätern, besonders von Wilhelm Röpke, als dritter Weg zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und autoritärer staatlicher Verwaltungswirtschaft gedacht, hat sich in ihrer historischen Entwicklung jedoch wenig von anderen »freien Marktwirtschaften« Westeuropas unterschieden. Siehe Karl Georg Zinn: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim 1992. S. 31f. und 76ff.

der Gesellschaft hinauslaufenden amerikanischen Vorbild²¹ orientieren, das die marktwirtschaftlichen Wechsellagen auf den sozialen Bereich fast ungedämpft durchschlagen ließ.

Die von den Wirtschaftswissenschaftlern innerhalb bzw. außerhalb der Bürgerbewegungen initiierte²² und in die Öffentlichkeit getragene Diskussion über das Ziel der wirtschaftlichen Transformation, die während der Herbstrevolution und vor allem im Jahre 1990 geführt wurde, verlief angesichts der möglichen Vielfalt der Ziele recht einseitig: Die Diskussion lief in der DDR, Polen und der Tschechoslowakei relativ rasch auf die dritte Variante, d. h. die Einführung der freien Marktwirtschaft, hinaus, während in Ungarn die Verfechter des Marktsozialismus, wenn sie ihre bisherigen Vorstellungen aufgaben, eher der gemischten Wirtschaft zuneigten. Die Gewichte in der Diskussion waren vor allem in Polen und der Tschechoslowakei ungleich verteilt.

Noch im Februar 1989, als sich die Kontrahenten von PVAP und Solidarność um den ersten »Runden Tisch« versammelten, dominierten Auffassungen eines marktsozialistischen oder doch zumindest gemischtwirtschaftlichen Weges mit starker Arbeiterselbstverwaltung, wie sie der wirtschaftspolitische Sprecher von Solidarność, Bugaj, vertrat. Nach den (fast) freien Wahlen im Sommer triumphierte dagegen mit dem Ökonomen aus der Warschauer Hochschule für Planung und Statistik, Balcerowicz, einem Anhänger des amerikanischen Monetaristen Milton Friedman, bereits das Konzept der Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Balcerowicz wurde in der ersten Solidarność-geführten Regierung unter Ministerpräsident Mazowiecki Finanzminister und Vizepremier. Im Januar 1990 begann er – von den amerikanischen Ökonomen Sachs und Lipton beraten, mit der Verwirklichung seines radikalmarktwirtschaftlichen Transformationsprogramms.²³

21 Eine Charakteristik gibt der amerikanische Ökonom Galbraith. Siehe John Kenneth Galbraith: Die moderne Industriegesellschaft. München 1968. S. 188 ff.

22 Ökonomische Reform- oder Transformationskonzepte wurden nicht nur von Wirtschaftswissenschaftlern entwickelt, sondern auch von der politischen Opposition. Jedoch spielten wirtschaftliche Fragen in deren Programmen eine untergeordnete Rolle. Auf die Vorstellungen der politischen Opposition kann in dieser Publikation nicht näher eingegangen werden.

23 Siehe Gerd Neumann: Vier Jahre Transformation in Polen. Analyse des Verlaufs der polnischen Wirtschaftsreform. Berlin 1994 (im folgenden Gerd Neumann: Vier Jahre Transformation in Polen ...). S. 1 ff. (Unveröffentlichtes Manuskript).

In der Tschechoslowakei setzte sich ein Jahr später der radikale Marktwirtschaftler und Finanzminister Klaus gegenüber dem für staatliche Eingriffe und das Konzept einer gemischten Wirtschaft eintretenden stellvertretenden Premierminister Komarek durch. Nach den Wahlen vom Sommer 1990 wurde Klaus Ministerpräsident. Im September 1990 stellte er sein »Szenario für eine Wirtschaftsreform« vor, dem die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft »ohne Wenn und Aber« zugrunde lag. Die Verwirklichung dieses Wirtschaftsreformprogramms begann am 1. Januar 1991.²⁴

In Ungarn bestimmten die Diskussion zu Beginn der Transformation die Anhänger der sozialistischen Marktwirtschaft. Sie hatten im Winter 1986/87 ein Reformprogramm ausgearbeitet, das eine »umfassende, radikale, auf Demokratisierung und Dezentralisierung ausgerichtete, marktorientierte Reform« verlangte. Als im Mai 1988 die Vertreter radikaler politischer und wirtschaftlicher Reformen Poszgay und Nyers in der USAP maßgeblichen Einfluß erlangten, fühlten sich die Anhänger der sozialistischen Marktwirtschaft bestätigt und gestärkt. Andererseits kamen nicht wenigen unter ihnen auch Bedenken, ob das sozialistische Wirtschaftssystem zu retten sei. Zu ihnen gehörte auch der wohl bekannteste ungarische Wirtschaftswissenschaftler, Janos Kornai, der zur Auffassung gelangte: »Das (sozialistische) System ist unfähig, aus seinem eigenen Schatten zu treten. Keine teilweise Veränderung des Systems kann einen dauerhaften Durchbruch garantieren.«²⁵

Zur allgemeinen Überraschung brachten die freien Wahlen vom April 1990 nicht die reformierten Kommunisten um Poszgay, sondern die Konservativen unter Antall an die Macht. Die Regierung Antall benötigte mehr als ein Jahr, um ihr »Programm für die Umgestaltung und Entwicklung der ungarischen Wirtschaft« zu formulieren und ab Mai 1991 einzuführen.

Innerhalb weniger Wochen dagegen wurde ein radikalmarktwirtschaftliches Programm in der DDR unter der Regierung de Maizière, die durch die freien Wahlen vom März 1990 an die Macht gekommen war, formuliert. Dabei stützte sich die letzte DDR-Regierung nicht auf die Wirtschaftswissenschaftler im Lande, die seit 1990 überwiegend für gemischtwirtschaftli-

24 Siehe Karel Dyba/Jan Svejnar: Stabilization and Transition in Czechoslovakia. In: Olivier Blanchard a. o. (eds.): *The Transition in Eastern Europe*. Vol. 1. Chicago 1994. S. 98f. – Jiří Kosta: Marktwirtschaft mit und ohne Attribut. In: *Prager Zeitung*. (1993)30. S. 4.

25 Janos Kornai: *The Socialist System. The Political Economy of Communism*. Oxford 1992. S. XXV.

che Reformen eingetreten waren, sondern auf jene Gruppe westdeutscher Ökonomen wie Willgerodt, deren Transformationsvorstellungen den Regierungsmitgliedern von ihren westdeutschen Beratern empfohlen wurden. Die Verwirklichung des Reformkonzepts begann mit der Währungsunion vom Juli 1990.²⁶

So wurde bald klar, daß sich die Zielstellungen für die Transformation der ostmitteleuropäischen Länder wenig unterscheiden würden. Die Differenzen betrafen im wesentlichen den Zeitraum, den es dauerte, die Programme auszuarbeiten und einzuführen. Die Zeitspanne reichte vom Januar 1990 (Polen) bis zum Mai 1991 (Ungarn). Obwohl einige Reformmaßnahmen bereits früher ergriffen wurden, markiert die Einführung der Programme im wesentlichen den Beginn der Verwirklichung der ökonomischen Transformation.

ZUM BISHERIGEN VERLAUF DER ÖKONOMISCHEN TRANSFORMATION

Die bündigste Formulierung für die Vielzahl von wirtschaftlichen Reformmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen, damit das planwirtschaftlich gesteuerte System sich in ein marktwirtschaftlich reguliertes verwandelt, hat wohl Balcerowicz gefunden. Er unterschied zwischen drei Aufgabenkomplexen, die Regierungen, die sich für die Transformation entschieden, zu bewältigen hatten: makroökonomische Stabilisierung, mikroökonomische Liberalisierung, grundlegende institutionelle Umstrukturierung.²⁷

Eine der ersten Aufgaben der Verwirklichung der Transformation war die makroökonomische Stabilisierung. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatten sich die ökonomischen Probleme der ostmitteleuropäischen Staaten auch in offener bzw. versteckter Inflation geäußert. Bis zum Ende der 80er Jahre verwandelte sich in Polen die schleichende in eine galoppierende Inflation. Die Inflationsrate betrug im Durchschnitt des Jahres 1989 251%. Eine offene Inflation geringeren Ausmaßes gab es auch in Ungarn (17,0%

26 Siehe Hans Willgerodt unter Mitwirkung von Barbara Dluhosch und Malte Krüger: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Gutachten. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln März 1990 (im folgenden Hans Willgerodt: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit ...).

27 Siehe Leszek Balcerowicz: Economic Transition in Central and Eastern Europe: Comparisons and Lessons. In: The Australian Economic Review, Sydney (1994) (im folgenden Leszek Balcerowicz: Economic Transition in Central and Eastern Europe ...), S. 51f.

im Jahresdurchschnitt 1989). In der Tschechoslowakei betrug die Geldentwertung im gleichen Jahr 2,3%.²⁸ In der DDR gab es keine offene, sondern eine zurückgestaute Inflation. Im Herbst 1989 belief sich die überschüssige nominelle Kaufkraft der DDR-Bevölkerung, die nicht durch bedarfsgerechte Konsumgüter gedeckt war, nach Angaben des damaligen Finanzministers auf ca. 65 Milliarden Mark.²⁹ Die Maßnahmen zur mikroökonomischen Liberalisierung und zur grundlegenden institutionellen Umgestaltung mußten zunächst die Unsicherheiten in der Volkswirtschaft noch verstärken und inflationären Tendenzen weiteren Auftrieb geben. Die Bekämpfung der Inflation blieb daher – mit Ausnahme der in das Finanzsystem der Bundesrepublik fest integrierten neuen Bundesländer – eine ständige Aufgabe der Transformation. Deren Lösung konnte nur durch Maßnahmen des Staates, die gesamte Wirtschaft betreffend, also mit makroökonomischen Mitteln, geschehen.

Die makroökonomische Stabilisierung geschah für die DDR auf einen Schlag im Sommer 1990 mit der Währungsunion. Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde teilweise durch de facto Abwertung der Mark der DDR beim Umtausch verringert. Die Umtauschrate 1:1, die politisch eine wichtige Rolle spielte, galt nur für einen begrenzten Betrag der Ersparnisse: Auf sämtliche Ersparnisse bezogen, betrug die Umtauschrate 1:1,8. Für die restliche bis dahin ungedeckte Geldsumme übernahm die Bundesregierung faktisch die Garantie.³⁰

Nicht so rasch gelang die Dämpfung der galoppierenden Inflation in Polen. Die Inflationsrate sank dort erst im Jahre 1991 auf 70% und konnte bis 1993 nochmals halbiert werden.³¹ In Ungarn führte die diskontinuierliche Transformationspolitik dazu, daß die Währungsstabilisierung sich hinzog und die Inflationsrate im Jahre 1993 mit 22,5% noch nicht wieder auf das Niveau des letzten planwirtschaftlichen Jahres zurückgegangen war.³² In der Tschechoslowakei, die 1989 nur eine sehr geringe Inflationsrate aufwies, stieg die Geldentwertung im ersten Jahr der Verwirklichung des

28 Siehe Leszek Balcerowicz: *Transition to the Market Economy: Poland 1989–1993 in Comparative Perspective*. Toronto 1994. S. 18 (Unveröffentlichtes Manuskript).

29 Siehe Sebastian Gerhardt: *Privatisierung. Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhandanstalt – Anmerkungen zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland*. In: Subbotnik in L. A. Halle an der Saale (1995)70. S. 6.

30 Zu den finanztechnischen Details siehe ebenda. S. 9ff.

31 Siehe Leszek Balcerowicz: *Transition to the Market Economy: Poland 1989–1993 in Comparative Perspective*. Toronto 1994. S. 18f. (Unveröffentlichtes Manuskript).

32 Siehe ebenda.

Transformationsprogrammes auf fast 60% (56,7% in der Tschechischen und 61,2% in der Slowakischen Republik) an. Im Jahre 1992 betrug die Inflationsrate in Tschechien 11,1%, ein Jahr später 20,8%.³³

Die makroökonomische Stabilisierung war zwar der Maßnahmekomplex, der zuerst von den Regierungen ergriffen werden mußte, sie bedeutete aber für sich genommen noch keine Wende im Wirtschaftssystem. Ihre Hauptaufgabe war eine instrumentale. Die makroökonomische Stabilisierung sollte dazu dienen, weitergehende Reformmaßnahmen ökonomisch abzusichern.

Zum Komplex der mikroökonomischen Liberalisierung gehören alle Maßnahmen zur Beseitigung planwirtschaftlicher Restriktionen für die Unternehmensinitiative: die Zulassung privater Firmengründungen, die Beseitigung der Außenhandelsbeschränkungen und die Freigabe der Zinsraten, um nur einige Beispiele zu nennen.³⁴

Das bedeutet natürlich nicht, daß der Staat sich vollständig aus der Wirtschaft zurückzog. Vielmehr diente das Maß der Deregulierung in den westlichen Ländern als Vorbild. So beseitigte man in Polen die aus dem staatlichen Außenhandelsmonopol resultierenden Barrieren für den Weltmarkteintritt der Betriebe, behielt aber die Zölle bei. Die stark subventionierten Preise für Energie wurden nicht auf einmal, sondern in mehreren Etappen freigegeben. Das gleiche galt auch für die in den 80er Jahren im Vergleich zur Inflationsrate zu niedrigen Zinsraten. Und schließlich wurde zwecks Eindämmung der Inflation die Einhaltung der vom Staat festgesetzten Lohnentwicklung sogar noch stärker kontrolliert als vor dem Beginn der Liberalisierung.³⁵

Zu ganz ähnlichen Liberalisierungsmaßnahmen wie in Polen kam es auch in der Tschechoslowakei.³⁶

Ungarn hatte mit seinen auf die sozialistische Marktwirtschaft ausgerichteten Reformen bereits einige für die spätere Transformation nutzbare Liberalisierungsmaßnahmen ergriffen. So waren bereits 1982/83 80% aller

33 Siehe ebenda. – Siehe auch Bruno Sergi: A Disinflation Strategy in the Czech Republic: Monetary, Wage and Exchange Rate Policies in the Early 1990s. In: V. Dvořáková, E. Voráček (eds.): *The Legacy of the Past as a Factor of the Transformation Process in Postcommunist Countries of Central Europe*. Prag 1993. S. 395.

34 Siehe Leszek Balcerowicz: *Economic Transition in Central and Eastern Europe ...* S. 52.

35 Siehe Gerd Neumann: *Vier Jahre Transformation in Polen ...* S. 51ff. und 132ff. – Leszek Balcerowicz: *Economic Transition in Central and Eastern Europe ...* S. 52.

36 Siehe J. C. Brada: *The Economic Transition of Czechoslovakia from Plan to Market*. In: *The Journal of Economic Perspectives*. Stanford CA (1991)4. S. 173ff.

industriellen Produktionspreise und 37% aller Agrarpreise nicht mehr staatlich reguliert. Ab 1987 waren auch 53% der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen freigegeben. Dieser Anteil sollte sich bis Ende des Jahrzehnts auf 75% erhöhen.³⁷

In der DDR kam es mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 schlagartig zur Liberalisierung auf dem Gebiet des Außenhandels mit der Bundesrepublik und dadurch automatisch auch mit den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Auch in den meisten anderen bis dato durch staatliche Dekrete geregelten Bereichen wurden sämtliche staatlichen Beschränkungen aufgehoben. Das geschah in der DDR – anders als in Polen und der Tschechoslowakei – auch auf dem Gebiet der Löhne. Der vollständige Verzicht auf staatliche Regulierungsmaßnahmen galt auch für Konsumgüterpreise. Lediglich die Preise für einige Dienstleistungen und Mieten wurden für eine Übergangszeit weiterhin staatlich reguliert.³⁸

Die grundlegende institutionelle Umgestaltung bezog sich vor allem auf die Umstrukturierung bisher vorhandener Institutionen. Die wichtigste Änderung betraf die Betriebe. Das Staatseigentum wurde in Privateigentum überführt. Dieser Prozeß wurde von den Regierungen als das Kernstück der Transformation betrachtet. Ziemlich rasch war aber auch zu erkennen, daß die Massenprivatisierung ein komplexer Prozeß war, der mehr Zeit als andere Umstrukturierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen erfordern würde. Der Abschluß der Privatisierung wäre demzufolge auch das wichtigste Indiz für den Abschluß der Transformation.³⁹ Für Mitte 1994 schätzte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung den Anteil des privaten Sektors an der Wirtschaftsleistung in der Tschechischen Republik auf 65% und in Ungarn und Polen auf 55%.⁴⁰ In der Ex-DDR war nach Anga-

37 Siehe Andreas Wass von Czege: *Wirtschaftsentwicklung und -system in Ungarn*. In: *Südost Europa*. München (1987)7–8. S. 407.

38 Siehe Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente. Bonn 1990. S. 73ff. – Hannsjörg Buck: *Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungschancen*. In: *Schriftenreihe der Hochschule für Wirtschaft*. Düsseldorf (1991)8 (im folgenden Hannsjörg Buck: *Von der staatlichen Kommandowirtschaft ...*). S. 31ff.

39 Unterredung des Autors mit Leszek Balcerowicz. Toronto vom 31. Oktober 1994.

40 Siehe »Neues Deutschland«. Berlin vom 25. November 1994.

ben der Treuhand die Privatisierung von Unternehmen im Dezember 1994 fast vollständig abgeschlossen.⁴¹

Entsprechend der schwindenden Bedeutung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft wurde die Zahl der Ministerien, die sich mit der Lenkung der Wirtschaft befaßten, stark eingeschränkt. Die für die sozialistische Planwirtschaft typischen Branchenministerien für die Industrie verschwanden vollständig wie auch die zentralen Plankommissionen. Das Zentrum der Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat verschob sich vom Wirtschafts- auf das Finanzministerium. Privatisierungsinstitutionen wie die Treuhandanstalt in der DDR und Ungarn oder das Privatisierungsministerium in Polen entstanden als charakteristische Transformationsinstitutionen. Zu den sich im Transformationsprozeß wandelnden Institutionen gehörten auch das Steuersystem und das Banksystem. Beide wurden nach westlichem Vorbild umstrukturiert.

Ferner entstanden neue Institutionen, die es unter den Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft nicht gegeben hatte, (wieder), wie z. B. die Börse.⁴²

In der DDR wurde die institutionelle Umstrukturierung teilweise bereits vor der Währungsunion eingeleitet (Treuhandanstalt, Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsministeriums), der Abschluß erfolgte bereits kurze Zeit nach der Währungsunion. Ungarn hatte bereits Mitte der 80er Jahre im Zuge der Vertiefung der auf eine sozialistische Marktwirtschaft zielenden Reformen mit der grundlegenden institutionellen Umstrukturierung begonnen. Zu den Maßnahmen gehörten die Zulassung von Privatisierungen, die Schaffung einer Börse und die Umstellung des Steuersystems entsprechend westlichem Vorbild.⁴³

Welche Auswirkungen hatte die Umstrukturierung des gesamten Lenkungssystems der Volkswirtschaft für deren Dynamik?

Die sich für radikale marktwirtschaftliche Reformen einsetzenden Ökonomen und die entsprechende Reformprogramme verabschiedenden

41 Siehe Birgit Breuel: Treuhandanstalt: Bilanz und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1994)43–44. S. 14.

42 Siehe Leszek Balcerowicz: Economic Transition in Central and Eastern Europe ... S. 53f. – Joshua Charap/Karel Dyba: Economic Transformation in Czechoslovakia. In: Osteuropa-Wirtschaft. Stuttgart (1991)1. S. 40f. – Hannsjörg Buck: Von der staatlichen Kommandowirtschaft ... S. 39ff. – Heidemarie Englert: Umbruch in Ungarn. Hintergründe. Kräfte. Resultate. Potsdam 1993. S. 46ff.

43 Siehe Laszlo Csaba: The Third Stage of the Hungarian Economic Reform. In: Südost Europa. München (1987)7–8. S. 445ff. und 457ff.

Regierungen waren der Meinung, daß die Auswirkungen des Transformationsprozesses nach einer kurzen Anlaufphase positiv sein würden. Sie waren davon überzeugt, daß den Zeiten der Stagnation während der 80er Jahre rasch eine Belebung der Wirtschaft folgen werde, getragen vor allem von dem neu entstehenden privaten Sektor.

Daran glaubte man auch in der DDR. Darauf anspielend, sprach der DDR-Premier de Maizière in seiner Regierungserklärung vom April 1990 davon, daß zwar Arbeitskräfte freigesetzt würden, aber ohne große Probleme »in andere wichtige Bereiche, insbesondere in die Infrastruktur, in den Handels- und Dienstleistungsbereich und in das Bauwesen« umgelenkt werden könnten. »Unser Ziel ist es«, verkündete der Premier, »noch 1990 ca. 500.000 Arbeitsplätze im Mittelstandsbereich zu schaffen. Wir wollen damit auf dem Arbeitsmarkt einen Ausgleich schaffen für Arbeitsplätze, die aus zwingenden Gründen der Wirtschaftlichkeit oder des Umweltschutzes nicht zu halten sind.«⁴⁴

Der politökonomische Hintergrund eines solchen Regierungsoptimismus resultierte aus der besonders vom ungarischen Wirtschaftswissenschaftler Janos Kornai vertretenen These von der systembedingten Mangelwirtschaft im Sozialismus.⁴⁵ Die Zerschlagung des planwirtschaftlichen Systems würde diese Wachstumsbarriere beseitigen. Der westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler Hans Willgerodt hat diesen Optimismus wohl am deutlichsten zum Ausdruck gebracht, als er im März 1990 die Wirkungen der Währungsunion auf die DDR-Wirtschaft folgendermaßen beschrieb: »Nach Öffnung der Grenze für den Freihandel mit der Bundesrepublik werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe ausgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbetrag zugeflossen ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Konsumgütern werden hierzu ebenso beitragen wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenübersteht. Die gerade zu Beginn der Reform zu erwartende Produktivitätssteigerung kann sehr hoch sein.«⁴⁶

44 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 20. April 1990.

45 Siehe Janos Kornai: *The Economics of Shortage*. Oxford 1980.

46 Hans Willgerodt: *Vorteile der wirtschaftlichen Einheit ...* Köln März 1990. S. 43f.

Die beschworene wirtschaftliche Öffnung der Grenze nach Westdeutschland trat am 1. Juli 1990 ein. An Stelle des empfundenen Warenmangels trat der Warenüberfluß – nicht nur für Konsumenten, sondern auch für die Produzenten. Was nicht kam, war die Belebung der Wirtschaft. Die Produktion stürzte vielmehr ab. Die Industrieproduktion – ihr Umfang in den letzten drei Monaten vor der Währungsunion gleich 100% gesetzt – verringerte sich im Juli 1990 auf 61%, im August auf 52% und erreichte im Dezember 1990 lediglich 49,6%.⁴⁷ Massenentlassungen waren die Folge. Weder private Neugründungen im Dienstleistungssektor und der Industrie noch von den Bundesbehörden in Angriff genommene Bauvorhaben zur Verbesserung der Infrastruktur in Ostdeutschland waren in der Lage, den Entlassenen genügend Ersatzarbeitsplätze zu bieten. Bis zum Januar 1991 gingen 1,7 Millionen Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern verloren. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen überstieg Anfang 1991 die Dreiviertelmillion.⁴⁸

Damit wiederholte sich in der Ex-DDR, was ein halbes Jahr früher bereits in Polen beobachtet worden war. Dort hatte der Produktionsrückgang mit Beginn der Verwirklichung des Reformprogramms im Januar 1990 eingesetzt. Er betraf besonders die Industrie, deren Erzeugung im 1. Quartal 1990 um 30% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückfiel.⁴⁹ Auch in Polen gingen Produktionsrückgang und der Übergang zur Massenarbeitslosigkeit Hand in Hand. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte von ca. 10.000 1989 auf 152.000 im Februar 1990 und 558.000 im Juni des gleichen Jahres hoch. Sie überschritt im Oktober 1990 die Millionenengrenze.⁵⁰

Auch die Tschechoslowakei und Ungarn blieben von dem Phänomen des Produktionsabsturzes zu Beginn der Transformationsperiode nicht verschont. Für den in seiner Heftigkeit zunächst unerklärbaren Absturz erfand die westdeutsche Wirtschaftswissenschaft den Begriff »Anpassungskri-

47 Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer. Sondergutachten. Wiesbaden April 1991. S. 32.

48 Siehe Jörg Roesler: Mass Unemployment in Eastern Germany. Recent Trends and Responses by Workers and Policy Makers. In: Journal of European Social Policy. Bath (1991)2. S. 130. – Hannsjörg Buck: Von der staatlichen Kommandowirtschaft ... S. 53ff.

49 Siehe Gerd Neumann: Vier Jahre Transformation in Polen ... S. 340.

50 Siehe ebenda. S. 119, 128.

se«.⁵¹ Nach Angaben der OECD verringerte sich das Bruttosozialprodukt – verglichen mit dem im letzten planwirtschaftlichen Jahr (1989) erreichten Produktionsvolumen – in Polen bis 1991 auf 81,7%, in der Ex-DDR bis 1991 auf 68,4%, in Ungarn von 1990 bis 1992 auf 79,3% und in Tschechien von 1990 bis 1993 auf 77,8%.⁵² Die nur ansatzweise prognostizierten »Umstellungsschwierigkeiten« erwiesen sich als hartnäckig. Ein positives Wachstum setzte 1992, teilweise erst 1993 wieder ein. Bis zum Jahre 1994 war weder in der DDR noch in ihren Nachbarländern das – nunmehr marktwirtschaftlich umstrukturierte – Produktionsvolumen des Ausgangsjahres 1989 wieder erreicht. Über die günstigste Position verfügte Polen mit 90,5%, gefolgt von der Ex-DDR (85,3%), Ungarn (81,3%) und Tschechien (79,8%). Prognosen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche aus dem Jahre 1995 erwarteten eine Wiedererreichung des Wirtschaftsvolumens des Jahres 1989 für 1996 in zwei von den vier ostmitteleuropäischen Ländern – in Polen und der Ex-DDR.⁵³

Der Rückgang der Leistungskraft der Volkswirtschaften wurde von Anfang an durch positive Wachstumsraten in manchem Bereich der Dienstleistungen gebremst. In der Industrie schlug die »Anpassungskrise« dagegen voll durch. Bei der industriellen Bruttoproduktion wurde der Tiefstand in Polen 1991 mit 67% des Volumens von 1989, in Ungarn 1992 mit 70%, in der Ex-DDR im gleichen Jahr mit 33% und in Tschechien 1993 mit 61% erreicht.⁵⁴

Produktionsrückgänge und zunehmende Arbeitslosigkeit waren teilweise von erheblichen Realeinkommensverlusten begleitet. In Polen verringerten sich die Reallöhne im Jahre 1990 um ein Viertel und lagen 1993 bei 72% des 1989 erreichten Standes. In Ungarn verteilte sich der Rückgang des Realeinkommens gleichmäßiger und lag 1993 bei 87,3% des Niveaus vom letzten planwirtschaftlich bestimmten Jahr.⁵⁵ In Tschechien sank die

51 Bis Mitte 1995 veröffentlichten westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler 13 »Anpassungsberichte« über die wirtschaftliche Lage im Osten Deutschlands. (Siehe Stabilisiert, aber lange noch nicht stabil genug. 13. Anpassungsbericht der Wirtschaftsforscher. In: Die Wirtschaft. Berlin (1995)30. S. 3).

52 Siehe Economic Survey of Europe in 1993–94. New York 1994. S. 52. Für Ostdeutschland siehe Bernd Görzig: Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland. Dokumentation. Berlin 1991. S. 17ff. – Die Wirtschaft. Berlin (1995)30. S. 3.

53 Siehe Bernd Görzig: Produktion und Produktionsfaktoren. Dokumentation. Berlin 1991. S. 14. – »Die Zeit«. Hamburg (1995)43. S. 22. – Die Wirtschaft. Berlin (1995)30. S. 3. – Economic Survey of Europe in 1993–94. New York 1994. S. 52.

54 Siehe Economic Survey of Europe in 1993–94. New York 1994. S. 52.

55 Siehe ebenda. S. 79.

individuelle Konsumtion 1991 um fast ein Viertel (23,4%). Bis 1993 war sie – verglichen mit 1989 – auf 89,5% zurückgegangen.⁵⁶

Eine Ausnahme bildeten die neuen Bundesländer. Massive Finanztransfers verhinderten nicht nur ein Absinken des Reallohnes, sondern ermöglichten sogar eine Steigerung auf 130% bis 1993.⁵⁷ Allerdings war der Einkommensanstieg »geborgt«. Selbst im Jahre 1994 betrug das in den neuen Bundesländern erzeugte Bruttoinlandsprodukt nur 54,8% des Wertes der in Ostdeutschland verbrauchten Güter.⁵⁸ Ungeachtet dessen blieb auch 1994 das Realeinkommensniveau Ost deutlich hinter dem westdeutschen zurück.

Von der Reallohnentwicklung einmal abgesehen, waren die Auswirkungen der Transformation auf die wirtschaftliche Dynamik in der Ex-DDR grundsätzlich die gleichen wie bei ihren östlichen Nachbarn. Tiefe Produktionseinbrüche vor allem in der Industrie und Massenarbeitslosigkeit. Allerdings unterschieden sich der Umfang der Produktionseinbrüche und der Massenarbeitslosigkeit. Beim Rückgang der Industrieproduktion lag die Ex-DDR sogar vorn. Das trifft vermutlich auch auf die Arbeitslosenrate zu, wenn man den Beschäftigungsrückgang und nicht die – von Land zu Land unterschiedlich berechnete – offizielle Arbeitslosenquote dem Vergleich zugrunde legt. Der Beschäftigungsrückgang belief sich in der Ex-DDR zwischen 1989 und 1994 auf ein Drittel. Von den 1989 beschäftigten Männern hatten noch 70%, von den Frauen nur noch 59% Arbeit. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit (die sogenannte Unterbeschäftigung) wurde Mitte 1995 von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in den neuen Bundesländern mit 37% angegeben.⁵⁹

Die Tiefe der »Anpassungskrise« in der Ex-DDR widerspricht der These, daß die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen, mit denen die ostmitteleuropäischen Länder in die Transformationsphase eintraten, wesentlich die Auswirkungen der Transformation beeinflussten. Im Jahre 1985 hatte die DDR nach Berechnungen des Wiener Instituts für Internationale Studien je Erwerbstätigen ein etwas höheres Bruttosozialprodukt als die Tschechoslowakei (98% des DDR-Niveaus). Weitaus deutlicher war der Produktivitätsvorsprung der DDR-Wirtschaft gegenüber Ungarn (82,9%) und Polen

56 Siehe ebenda. S. 68.

57 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. (Siehe DIW-Wochenbericht. Berlin (1992)15. S. 81. – »Neues Deutschland«. Berlin vom 18. November 1994).

58 Siehe Die Wirtschaft. Berlin (1995)30. S. 3.

59 Siehe »Neues Deutschland«. Berlin vom 19. Juli 1995.

(62,7%). Der DDR half die relative Stärke ihrer Wirtschaft gegenüber der Ökonomie ihrer ungarischen und polnischen Nachbarn wenig. Von größerer Bedeutung war eine andere Relation: Die Produktivität in der DDR betrug 1985 nur 60,5% des bundesrepublikanischen Niveaus.⁶⁰

So wenig wie der DDR der Produktivitätsvorsprung gegenüber ihren östlichen Nachbarn half, so wenig konnte Ungarn davon profitieren, daß es beim institutionellen Umbau in Richtung Marktwirtschaft – verglichen speziell mit der DDR und der Tschechoslowakei – einen Vorsprung besaß.

Wenn die Ausgangsbedingungen keinen nachweisbaren Einfluß auf die unterschiedliche Schärfe der »Anpassungskrise« in den ostmitteleuropäischen Ländern hatten, dann müssen diese Unterschiede vor allem durch die differenzierte Art und Weise, wie der Transformationsprozeß eingeleitet wurde, welche Strategien zur Bewältigung der grundlegenden Umstrukturierungsmaßnahmen entwickelt wurden, erklärbar sein. Tatsächlich ergeben sich in diesem Bereich – anders als beim einheitlichen Transformationsziel kapitalistische Marktwirtschaft – bemerkenswerte Unterschiede.

DIE TRANSFORMATIONSSTRATEGIE

Schon früher hatte es prinzipiell zwei Möglichkeiten gegeben, Veränderungen in Wirtschaft bzw. Gesellschaft einzuführen. Man konnte dies schrittweise über einen längeren Zeitraum tun oder versuchen, das ganze Paket von Veränderungen auf einmal wirksam werden zu lassen, um den Wandlungsprozeß auf einen relativ kurzen Zeitraum zusammenzudrängen. Diese Erfahrungen hatten die sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas auch in den 60er Jahren gemacht, als sie relativ komplexe Wirtschaftsreformen mit dem Ziel einer größeren Autonomie der Betriebe, der Erhöhung der Wirksamkeit des Marktes und der Verbesserung der ökonomischen Stimulierung beschlossen.⁶¹ Die Festlegung, wie das Transformationsprogramm eingeführt werden solle – schrittweise oder en bloc –, war eine zweite notwendige Entscheidung im Zuge der Ausarbeitung der Reformen, die der ersten über das Ziel des Transformationsprozesses allerdings eindeutig untergeordnet war.

60 Siehe Europäische Rundschau. Wien (1991)I. S. 7.

61 Siehe Jörg Roesler: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum in den europäischen Mitgliedsländern des RGW. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Berlin (1986)30 (im folgenden Jörg Roesler: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum ...). S. 27ff.

Es ist gewiß paradox, daß nach 1989 eine relativ begrenzte Auseinandersetzung um das Transformationsziel geführt wurde, während die Diskussion um den Einführungsmodus der beabsichtigten Transformation sehr intensiv war. Die Fachleute teilten sich in den meisten osteuropäischen Staaten in Anhänger des schrittweisen Übergangs – des Gradualismus – bzw. Verfechter der en-bloc-Einführung des Transformationsprozesses, für die sich rasch die Bezeichnung Schocktherapie einbürgerte.

Für die DDR-Wirtschaft bedeutete die am 1. Juli 1990 in Kraft tretende Währungsunion den Beginn der Schocktherapie.⁶² Als sich die Regierung de Maizière für die Schocktherapie entschied, hatte die polnische Regierung deren Verwirklichung im eigenen Lande bereits mit dem 1. Januar 1990 begonnen.⁶³ Für die Schocktherapie sollte sich auch die tschechoslowakische Regierung entscheiden und deren Einführung für die Zeit nach dem 1. Januar 1991 verkünden.⁶⁴ Im Jahre 1990 sah es – zumindest von außen – noch so aus, als ob sich auch die ungarische Regierung der Schocktherapie bedienen würde. Doch das dann im Mai 1991 vorgelegte »Programm der Umgestaltung und Entwicklung der ungarischen Wirtschaft« setzte eindeutig auf den Gradualismus.⁶⁵

Während sich also Ungarn in der Wahl der Transformationsstrategie deutlich von den anderen ostmitteleuropäischen Ländern unterschied, bestanden die Unterschiede zwischen der DDR, Polen und der Tschechoslowakei vor allem in dem Grad der Fremdbeeinflussung der Entscheidung für die Schocktherapie. In der DDR hatte sich unter den Wirtschaftswissenschaftlern, die ihre Auffassungen zwischen November 1989 und April 1991 publizierten, keiner gefunden, der eine Schocktherapie befürwortete. Selbst die wohl kritischste Stimme, Horst Ebel, plädierte für eine »Übergangsperiode« von der Plan- in die Marktwirtschaft. »Weder die einzelne Wirtschaftseinheit, der Betrieb«, schrieb Ebel, »noch die gesamte Volkswirtschaft können per Dekret von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft umgestellt werden. Ein solcher Versuch würde zu einem wirtschaftlichen,

62 Siehe Christa Luft: Treuhandreport. Berlin 1992. S. 246f.

63 Siehe Michael Bruno: Stabilization and Reform in Eastern Europe: A Preliminary Evaluation. In: Olivier Blanchard u. a. (Hrsg.): The Transition in Eastern Europe. Vol. 1. Chicago 1994. S. 35f.

64 Siehe Karel Dyba/Jan Svejnar: Stabilization and Transition in Czechoslovakia. In: Ebenda. S. 99.

65 Siehe Kemal Dervis/Timothy Condon: Hungary – Partial Successes and Remaining Challenges. The Emergence of »Gradualist« Success Story? In: Ebenda. S. 123ff.

sozialen und politischen Kollaps führen«⁶⁶. De Maizière war offensichtlich grundsätzlich nicht bereit, auf die Stimmen ostdeutscher Ökonomen zu hören. Die Forderungen seines Kabinettskollegen, des Finanzministers Romberg, nach stufenweisem Vorgehen im Transformationsprozeß, führten zu dessen Entlassung.⁶⁷ Aber auch die Argumente eines großen Teils der westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler wurden – wie bereits dargestellt – von der letzten DDR-Regierung und ihren bundesrepublikanischen Beratern ignoriert. Offensichtlich gab das politische Argument der Bundesregierung – mit einem radikalen Abbau planwirtschaftlicher Strukturen die wirtschaftliche Einheit unumkehrbar zu machen – den Ausschlag für die Befürwortung der Schocktherapie auch durch die DDR-Regierung.⁶⁸

Politisch wurde ebenfalls durch Balcerowicz und seine amerikanischen Berater Sachs und Lipton in Polen die Befürwortung der Schocktherapie begründet. Die Bevölkerung würde nur für einen begrenzten Zeitraum bereit sein, die sozialen Lasten der ökonomischen Transformation zu tragen. Schon bald würde sich der Unmut der Bevölkerung gegen die Reformregierung richten. Zu diesem Zeitpunkt müßte der größte Teil der Veränderungen bereits geschehen und die Transformation unumkehrbar gemacht worden sein. Anders als in Ungarn spielten augenscheinlich wirtschaftshistorische Erfahrungen für die polnische Regierung keine Rolle. Es ist aber durchaus möglich, daß das letzte Scheitern der schrittweise eingeführten Reformprogramme der PVAP in den 60er, 70er und 80er Jahren die Gegner einer Schocktherapie hinderte, offensiver gegen die mit politischen Argumenten vorgetragene Befürwortung der Schocktherapie aufzutreten und den Gradualismus als glaubwürdige Alternative darzustellen.⁶⁹

66 Horst Ebel: *Abrechnung. Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Politik des »realen Sozialismus«*, Berlin 1990, S. 259.

67 Wie sehr de Maizière dabei bundesrepublikanischen Vorgaben folgte, wurde deutlich, als Walter Romberg fünf Jahre später seine damalige Kritik bekräftigte. Postwendend hielt Romberg der damalige und jetzige Finanzminister der Bundesregierung, Theo Waigel, die Haltlosigkeit seiner Argumente vor. (Siehe Theo Waigel: »Keine realistische Alternative zur Währungsunion«. In: *Die Wirtschaft*, Berlin (1995) 29, S. 4).

68 Am deutlichsten hat dies öffentlich wohl Lutz Hoffmann ausgesprochen. (Siehe Lutz Hoffmann: *Gefahr für das Modell Bundesrepublik*. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 13. Februar 1993; »Statt Sanierung tritt das glatte Gegenteil ein ...«. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 16. August 1993).

69 Der bekannte polnische Ökonom Pajestka gehört zu den Ausnahmen. (Siehe Jozef Pajestka: *Polens Erfahrung mit radikaler Wirtschaftsreform*. In: *Rissener Rundbrief*, Hamburg (1991) 19, S. 308).

Die Haltung der ungarischen Regierung war eher die Umkehr der polnischen: Ihre Entscheidung für den Gradualismus, der (weitere) größere wirtschaftliche und soziale Einbrüche verhindern und die UDF-dominierte Koalitionsregierung festigen sollte, war zwar eindeutig politisch motiviert, basierte jedoch höchstwahrscheinlich auf der Analyse der ungarischen Wirtschaftsreformgeschichte, in der bereits einmal – bei Einführung des »Neuen Ökonomischen Mechanismus« im Jahre 1968 – die Schocktherapie angewandt worden war und zwei Jahre lang zu unvorhergesehenen Turbulenzen in der ungarischen Wirtschaft geführt hatte.⁷⁰ Fremde Berater, die für die osteuropäische Transformation generell eher auf Schocktherapie als auf Gradualismus setzten, haben offensichtlich beim Zustandekommen der Entscheidung der ungarischen Regierung für die schrittweise Einführung des nach dem ungarischen Finanzminister benannten Kupa-Programms keine wesentliche Rolle gespielt. Ungarn hatte sowieso, indem es die ausländischen Berater in der sogenannte »Blaue-Band-Kommission« zusammenfaßte, einen starken Einfluß einzelner Berater, wie ihn Jeffrey Sachs anfangs in Polen und später, unter der Regierung Gaidar, zusammen mit dem Schweden A. Åslund, in Rußland hatte, nicht zugelassen.⁷¹

Generell skeptisch gegenüber ausländischen Beratern verhielt sich die tschechische Regierung unter V. Klaus. In seinen medienwirksamen Auftritten sprach V. Klaus westlichen Befürwortern der Marktwirtschaft wie

70 Siehe Jörg Roesler: *Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum ...* S. 36.

71 Mißbilligend äußerte sich dazu van Brabant, ein für die Vereinten Nationen arbeitender Wirtschaftswissenschaftler und Osteuropaspezialist. Er schrieb 1993: »Man muß sich kritisch gegenüber dem meisten, was ganz offensichtlich von außen den Transformationsländern in den letzten Jahren eingetrichtert wurde, verhalten.« (Jozef M. Van Brabant: *Lessons from the Wholesale Transformations in the East*. In: *Comparative Economic Studies*. Minneapolis (1993)4. S. 93). Bereits 1990 hatte er davor gewarnt, zuviel Hoffnung auf ausländische Ratgeber zu setzen und diese davor, die nationalen Institutionen des Gastlandes zu unterschätzen. (Siehe Jozef M. Van Brabant: *Remaking Eastern Europe – On the Political Economy of Transition*. Dordrecht 1990. S. 100ff.). Ebenfalls sehr kritisch äußerte sich der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith: »Nach meiner Meinung haben einige, vielleicht viele der Ratschläge, die den mittel- und osteuropäischen Staaten jetzt angeboten werden, ihren Ursprung in einem Bild von der kapitalistischen Wirtschaft, das keine Beziehung zu deren Realität hat. Denn würde das Bild zutreffen, hätten die kapitalistischen Volkswirtschaften nicht überlebt. Es ist ein ideologisches Gebilde, das eigentlich nur in den Köpfen und – vor allem – in den Hoffnungen der Geber existiert – eine primitive Ideologie.« (John K. Galbraith: *Ein Rezept namens Kapitalismus*. In: Herbert Matis, Dieter Stiefel (Hrsg.): *Der Weg aus der Knechtschaft. Probleme des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft*. Wien 1992. S. 205).

Ludwig Erhard und Margaret Thatcher seine Bewunderung aus. Bei intimen Interviews mit westlichen Journalisten gab er jedoch deutlich zu verstehen, daß beratende »Hilfe von außen nur marginale Wirkungen zeitige«. Auch ohne ausländische Berater, so äußerte der tschechische Premier im Sommer 1994 selbstbewußt, habe man bisher keine Fehler gemacht.⁷²

Während sich alle vier ostmitteleuropäischen Staaten für die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft entschieden, ging bei der Festlegung der Transformationsstrategie immerhin ein Land, Ungarn, einen anderen Weg als seine nördlichen Nachbarn. Daraus ergibt sich die methodische Möglichkeit, anhand der im Abschnitt über den Transformationsverlauf dargestellten Ergebnisse der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts die Auswirkungen der gewählten Transformationsstrategie auf das Tempo der marktwirtschaftlichen Rekonstruktion zu analysieren. Die Resultate einer solchen Gegenüberstellung sind jedoch nicht signifikant: Ungarn hatte im Jahre 1994 ebenso wie Tschechien wieder vier Fünftel des Standes der Produktion von 1989 erreicht, der Schocktherapeut der Jahre 1990 und 1991 Polen wies mit neun Zehntel des Standes von 1989 zwar bessere Werte auf, aber die in Ostdeutschland verfolgte Schocktherapie brachte den neuen Ländern bis 1994 trotz enormer Transfers aus dem Westen des Landes nicht mehr als 85% des Niveaus von 1989 ein.⁷³ Ähnliches läßt sich für den Stand der marktwirtschaftlichen Rekonstruktion der Industrie sagen. Wiederum war Polen im Vergleich zum letzten planwirtschaftlichen Jahr 1994 bei der marktwirtschaftlichen Rekonstruktion mit vier Fünftel weiter als Ungarn mit drei Viertel des Standes von 1989, während die Industrieentwicklung in Tschechien mit drei Fünftel des Vor-Transformationsstandes deutlich und die der DDR mit weniger als der Hälfte (46,2%) des bereits einmal erreichten Produktionsumfangs noch besorgniserregend niedrig lag.⁷⁴ Die Hypothese, daß sich die Unterschiede im Produktionsrückgang zwischen der DDR und ihren mittelosteuropäischen Nachbarn auf die zu Beginn des Transformationsprozesses eingeschlagene Transformationsstrategie zurückführen lassen, hat sich nicht bestätigt. Das ermutigt zu einer weiteren Hypothese, wonach weniger die zu Beginn der Reform getroffene strategische Entscheidung über den Ablauf der Transformation als vielmehr das laufende Transformationsmanagement die Er-

72 Siehe Ursula Wiegand: »Wir befinden uns im Fitness-Center. In: Die Wirtschaft. Berlin (1994)32. S. 14.

73 Siehe »Die Zeit« Hamburg (1995)43. S. 22.

74 Siehe United Nations: Monthly Bulletin of Statistics. New York (1995)6. S. 24ff.

gebnisse der marktwirtschaftlichen Rekonstruktion wesentlich beeinflußt und die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ergebnisse des Transformationsprozesses bewirkt hat. Auf einige Momente des Transformationsmanagement soll näher eingegangen werden.

DAS TRANSFORMATIONS MANAGEMENT

Mit der Untersuchung des Transformationsmanagements in den vier ostmitteleuropäischen Ländern soll nunmehr versucht werden, die Frage zu beantworten, ab wann die für die Transformation zuständigen Regierungen die von ihnen nicht (genügend) vorausgesehenen negativen wirtschaftlichen Folgen des Transformationsprogrammes erkannten, welche Schlußfolgerungen hinsichtlich möglicher Abstriche vom generell weiter verfolgten Transformationsziel sie unter Umständen vornahmen, ob sie den Zeitplan zur Erreichung dieses Zieles und die bei Beginn des Transformationsprogrammes festgelegten Ablaufstrategie beibehielten und welche Auswirkungen das Verhalten der Regierungen auf den weiteren Transformationsverlauf hatte.

Es ist bereits dargelegt worden, daß es zu unerwartet hohen Produktionsrückgängen in der Industrie, aber auch in anderen Produktionszweigen gekommen war, daß Arbeitslosigkeit und Armut sich ausbreiteten, was von den Regierungen kaum vorhergesehen worden war. Im folgenden geht es um die in den einzelnen Ländern daraufhin eingetretenen Reaktionen.

An Kritik von sachkundiger Seite am Transformationsmanagement des Bundesfinanzministeriums und der Treuhand hat es in Deutschland nie gefehlt. Unter den kritischen Ökonomen mit Leitungspraxis in der Regierung oder in regierungsnahen Institutionen waren die prominentesten der Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl⁷⁵, der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Otto Schlecht⁷⁶ und der frühere Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium und spätere Inhaber des Lehrstuhls für Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt/Main Wilhelm Hankel⁷⁷.

75 Zu seiner Auseinandersetzung mit der Bundesregierung siehe Christa Luft: Zwischen Wende und Ende. Berlin 1991. S. 191f.

76 Er übte Kritik an der Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Problemen im Osten: »Alles lief angeblich prima, was man auf den Weg gebracht hatte«. (Siehe »Die Zeit«, Hamburg (1991)16. S. 28).

77 Siehe Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der deutschen Vereinigung. Berlin 1993.

Zahlreich waren und sind die den Transformationsprozeß, insbesondere dessen Kernstück – die Privatisierung durch die Treuhandanstalt – kritisierenden Buchpublikationen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern. Fast alle Publikationen enthielten auch Alternativvorschläge zum praktizierten Transformationsmanagement der Bundesbehörden.⁷⁸ Die Bundesregierung überwand die privatisierungstechnischen, wirtschaftlichen, politischen und mentalen Barrieren, die sich einer Fortführung der Schocktherapie entgegenstellten, in erster Linie durch Transferzahlungen und Importe von Wirtschaftsmanagern und Verwaltungsbeamten.⁷⁹ Das erhöhte zwar die Transformationskosten beträchtlich, erlaubte aber eine Beibehaltung der ursprünglichen Transformationsstrategie und ein hohes Tempo der Umgestaltung der Wirtschaft.

Es dauerte bis zum August 1992, bevor sich die Bundesregierung bereitfand, die gefährlichste Konsequenz ihrer Transformationsstrategie zur Kenntnis zu nehmen: die Deindustrialisierung der neuen Länder. Die Treuhandanstalt unternahm daraufhin zwei Schritte, die vom bisherigen Privatisierungspfad abwichen: Es wurden erstens sogenannte Management KGs geschaffen, Konglomerate von schwer verkaufbaren Großunternehmen, die erst saniert und später (außerhalb der für die Treuhandprivatisierung gesetzten Fristen) entstaatlicht werden sollten. Zweitens wurde in größerem Maßstabe die Beteiligung von Ostdeutschen an der Privatisierung durch die Zulassung von Management-Buy-Outs erlaubt.⁸⁰ Allerdings wurde sorgfältig darauf geachtet, daß diese inhaltlichen Modifizierungen der Transformationsstrategie das Privatisierungstempo nicht verringern würden. Ebenfalls

78 Siehe z. B. Horst van der Meer/Lothar Kruss (Hrsg.): Vom Industriestaat zum Entwicklungsland? Frankfurt am Main 1991. – Burkhard Wehner: Das Fiasko im Osten. Auswege aus einer gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Marburg 1991. – Heinz Suhr: Der Treuhand-Skandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde. Frankfurt am Main 1991. – Werner Schulz/Ludger Vollmer (Hrsg.): Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Umbau-Konzepte für die fünf neuen Länder. Berlin 1992. – Martin Flug: Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs. Berlin 1992. – Christa Luft: Treuhandreport. Berlin 1992. – Harry W. Jablonowski/Rolf Simons (Hrsg.): Strukturpolitik in Ost und West. Zwischen Steuerungsbedarf und ordnungspolitischem Sündenfall. Köln 1993. – Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster 1995.

79 Siehe Klaus König: Bureaucratic Integration by Elite Transfer. The Case of the Former GDR. In: Governance. Cambridge MA, Oxford (1993)3. S. 386ff.

80 Siehe Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.): Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Berlin 1993. S. 207ff. und 397ff.

im Jahre 1992 legte die Bundesregierung deshalb als Enddatum der Privatisierung den Dezember 1994 fest, eine Frist, die dann auch im großen und ganzen eingehalten wurde.⁸¹

Auch in Polen, Ungarn und Tschechien erwiesen sich die gesellschaftlichen Kosten der Reform viel höher als zunächst angenommen und angekündigt. Relativ früh setzte auch bei den östlichen Nachbarn der Ex-DDR eine Ernüchterung und eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der Transformationsstrategie – nicht gegenüber dem Transformationsziel – ein.

In Polen gehörte Balcerowicz, der entschlossen war, an seinem Transformationsplan festzuhalten, bald zu den unbeliebtesten Politikern des Landes. Im Herbst 1991 mußte er seine Regierungsposten räumen. Die marktwirtschaftlichen Reformen wurde von nun ab schrittweise und unter stärkerer Berücksichtigung ihrer sozialen Folgen fortgeführt.⁸²

Anders als der Pole Balcerowicz, der an der einmal von ihm eingeleiteten Schocktherapie unbeirrt festhielt, erwies sich der tschechische Premier Klaus in der Frage der Transformationsstrategie trotz aller andersgearteten Redefloskeln als durchaus flexibel und zu Kompromissen bereit. Tatsächlich wählte die Regierung in Tschechien in der Realität eher ein gradualistisches als einen schocktherapeutisches Herangehen an die Aufgaben der Transformation.⁸³

Ungarn blieb bei dem von Anfang an eingeschlagenen Weg der schrittweisen Transformation.⁸⁴

Während es im Jahre 1990 so ausgesehen hatte, als ob die Schocktherapie die übliche Transformationsstrategie in Ostmitteleuropa werde, war bereits 1992 die Situation weitgehend verändert. Offen oder heimlich hatten sich die Regierungen der östlichen Nachbarländer von der Schocktherapie abgewendet, da sich vor allem die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Barrieren für ihre Verwirklichung als zu hoch erwiesen. Allein für Ostdeutschland beharrte die Bundesregierung auf der Schocktherapie. Nur dort gelang der Regierung, die sich aufrichtenden Barrieren zu über-

81 Siehe ebenda. S. 144ff.

82 Siehe Gerd Neumann: Vier Jahre Transformation in Polen ... S. 3.

83 Siehe Jiří Kosta: Marktwirtschaft mit und ohne Attribut. In: Prager Zeitung. Prag (1993)30. – Olaf Standke: Liegt Böhmen etwa doch am Meer? In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 5. August 1994. – Ursula Wiegand: »Wir befinden uns im Fitness-Center«. In: Die Wirtschaft. Berlin (1994)32. S. 14.

84 Siehe Kemal Dervis/Timothy Condon: Hungary – Partial Successes and Remaining Challenges: The Emergence of »Gradualist« Success Story? In: Olivier Blanchard a. o. (eds.): The Transition in Eastern Europe. Vol. 1. Chicago 1994. S. 123ff.

springen, allerdings zu einem hohen Preis, mehr als 950 Milliarden DM. Kein Nachbarland wäre in der Lage gewesen, vergleichbare Summen einzusetzen. Das Ausmaß der Transfers in die neuen Bundesländer konnte allerdings nicht verhindern, daß dort die Produktion tiefer sank als bei den östlichen Nachbarn der Ex-DDR. Auch ermöglichten diese Transfers bis 1994 nicht einen wesentlich rascheren Wiederanstieg der Produktion.

DIE TRANSFORMATION UND DIE WIRTSCHAFTLICHE POSITION DER OSTMITTELEUROPÄISCHEN LÄNDER

Einleitend war die Frage aufgeworfen worden, ob es Unterschiede in der wirtschaftlichen Bewältigung des Transformationsprozesses zwischen der Ex-DDR und ihren östlichen Nachbarn gäbe, wie es auch schon früher Differenzen zwischen der DDR und ihren Nachbarn Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im Bereich der ökonomischen Leistungsfähigkeit je Einwohner gegeben hat. Die Untersuchung des Transformationsverlaufs ergab deutliche Unterschiede zwischen der Ex-DDR und ihren östlichen Nachbarn. Daraufhin wurden Überlegungen angestellt, inwieweit die Anwendung verschiedener Transformationsstrategien diese Differenzen bewirkt haben könnte. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen gewählter Transformationsstrategie und wirtschaftlichem Ergebnis ließ sich jedoch nicht erkennen. Erst die Einbeziehung des Transformationsmanagements, betrachtet vor allem als Wechselwirkung zwischen gewählter Strategie und der Reaktion der Regierungen auf die in vieler Hinsicht unerwartet problematischen Folgen der Transformation, ließ einen greifbaren Zusammenhang erkennen: Je länger – und starrer – die zunächst von fast allen ostmitteleuropäischen Ländern als Wundermittel betrachtete Schocktherapie beibehalten wurde, desto schwerwiegender waren die im Prozeß der Transformation eingetretenen wirtschaftlichen Verluste, negativen sozialen Folgen und politischen Turbulenzen. So läßt sich vor allem auf der Grundlage der Analyse des Transformationsmanagements erklären, warum die Transformationskrise in Ostdeutschland am tiefsten war und nach genereller Einschätzung der Wirtschaftswissenschaftler die durch Nettotransferleistungen in Milliardenhöhe aus dem Westen Deutschlands auf dem Wege der marktwirtschaftlichen Rekonstruktion voranschreitenden neuen Bundesländer noch nicht zu einem selbsttätigen Aufschwung gefunden haben. Anders ist das in ihren Nachbarländern, wo hauptsächlich ein flexibleres Management des Transformationsprozesses einen Verfall der Wirtschafts-

tätigkeit ostdeutschen Ausmaßes verhinderte. Das hat den östlichen Nachbarn der Ex-DDR, deren wirtschaftliche Ausgangsbedingungen bestenfalls gleich (Tschechoslowakei) oder doch schlechter (Ungarn und besonders Polen) als die der DDR waren, zumindest bis Ende 1994 ein Mithalten bei der Wiederherstellung des Produktionsvolumens ungeachtet weitaus geringerer finanzieller Mittel ermöglicht.

Ein Nachteil der bisher gewählten Betrachtungsweise ist die Fixierung auf das Jahr 1989 insofern, als die Differenzen in der Wirtschaftskraft der ostmitteleuropäischen Länder in diesem Jahr Synonym eines »Normalzustandes« sind, der jahrzehntelang bestanden hatte und dem man sich nach der Transformation wieder annähern müsse. Ferner erlaubt ein derartig beschränkter Vergleich keine Einschätzung der Entwicklung dieser Länder als Bestandteil der ostmitteleuropäischen Region im Vergleich zu Westeuropa. Schließlich war das Aufholen gegenüber den marktwirtschaftlichen Ländern Westeuropas das wirksamste Zugmittel derjenigen Ökonomen und Politiker der Wende, die jede »Zwischenlösung« ablehnten und für die Einführung der »reinen« Marktwirtschaft plädierten.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die uns geläufige Rangfolge in der Wirtschaftskraft der ostmitteleuropäischen Länder: (Ost)Deutschland – Tschechoslowakei – Ungarn – Polen zwar für das ganze 20. Jahrhundert galt, es aber doch Positionsverschiebungen in der Periode der sozialistischen Planwirtschaft gab. Gemessen am deutschen/ostdeutschen Pro-Kopf-Nationaleinkommen (= 100) hatte sich, verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1925/34, die Wirtschaftskraft der drei anderen ostmitteleuropäischen Länder bis 1985 erhöht – am deutlichsten im Falle Polens (von 39,6% auf 57,4%), relativ stark auch im Falle der Tschechoslowakei (von 67,4% auf 82,4%), am wenigsten in Ungarn (von 51,5% auf 58,1%).⁸⁵ Das war zweifellos vorrangig ein Ergebnis der Aufholstrategien dieser Länder in der Phase der sozialistischen Industrialisierung.⁸⁶ Zwar war das Aufholen weniger wirtschaftsstarker bzw. unter dem Kapitalismus wirtschaftsschwa-

85 Zu Berechnungsmethoden, den Quellen und der Aussagekraft dieser Angaben siehe Jörg Roesler: Die Wirtschaftsentwicklung der europäischen RGW-Länder während der 70er Jahre im historisch-stadialen Vergleich. In: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung (1984)6 (im folgenden Jörg Roesler: Die Wirtschaftsentwicklung der europäischen RGW-Länder ...) S. 8.

86 Im Falle der Tschechoslowakei betraf das die slowakischen Landesteile. (Siehe Ernstgert Kalbe (Leiter des Autorenkollektivs): Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin 1981. S. 228ff.).

cher Länder – unter den europäischen RGW-Ländern hatte man dabei vor allem Bulgarien und Rumänien im Auge – für die regionalen Egalisierungsbestrebungen der »sozialistischen Staatengemeinschaft« von beträchtlicher Bedeutung. Die dauerhafte Sicherung dieser Annäherung unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen hing aber davon ab, ob es auch gelang, den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber Westeuropa zu beseitigen (Polen, Ungarn, slowakische Länder der Tschechoslowakei) bzw. an das in der Zwischenkriegszeit erreichte Niveau anzuknüpfen (DDR, tschechische Länder der Tschechoslowakei). Dazu war das planwirtschaftliche System bekanntlich nicht in der Lage. Selbst gemessen an Großbritannien, einem der wirtschaftlich weniger erfolgreichen westeuropäischen Staaten, hielten sich Aufholerfolge in Grenzen, nicht zu sprechen von den besonders am Ende der 50er Jahre durch die Parteiführungen in den ostmitteleuropäischen Ländern geschürten Ein- und Überholerwartungen. Gemessen am britischen Niveau (= 100) erhöhte sich das Bruttonationalprodukt je Einwohner in der Tschechoslowakei zwischen 1947 und 1985 von 45,5% auf 55,0%, in Polen von 31,4% auf 36,4% und in Ungarn – nur verglichen mit den beiden anderen Staaten beachtlich – von 22,6% auf 46,3%.⁸⁷ Näher als Großbritannien lag den drei ostmitteleuropäischen Staaten allerdings Österreich. Gegenüber diesem Land, das Krieg und Nachkriegsperiode unter vergleichsweise ähnlichen Bedingungen wie seine östlichen und nördlichen Nachbarn verbracht hatte, gingen den ostmitteleuropäischen Ländern in der Periode der Planwirtschaft eindeutig wirtschaftliche Positionen verloren. Gemessen am Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen Österreichs (= 100) sank zwischen 1938 und 1985 die wirtschaftliche Leistungskraft in Ungarn von 62,5% auf 43,2%, in Polen von 58,1% auf 33,8% und in der Tschechoslowakei besonders eindeutig von 98,3% auf 51,3%.⁸⁸

Vom Wiedereinstieg in die kapitalistische Marktwirtschaft erhofften sich die ostmitteleuropäischen Länder nach 1989, was die sozialistische Planwirtschaft ihnen nicht ermöglicht hatte: den Anschluß an das westliche Wirtschaftsniveau. Weltbankangaben erlauben uns hinsichtlich der Resultate der beabsichtigten Aufholprozesse erste Rückschlüsse. Von entscheidender Bedeutung ist dafür die Produktivitätsentwicklung. Verglichen mit der Gruppe der »Hocheinkommensländer« Westeuropas, der USA und Japan (= 100), betrug das Bruttonationalprodukt pro Kopf in den beiden Ländern,

87 Berechnet nach Angaben in der Europäischen Rundschau. Wien (1991)I. S. 7. Siehe dort auch die Quellen und methodischen Hinweise.

88 Siehe ebenda.

für die uns ein Vergleich möglich ist – Ungarn und Polen –, im Jahre 1989 14,7% bzw. 10,3%. Bis zum Jahre 1993 ging das Produktivitätsniveau entgegen allen ursprünglichen Hoffnungen weiter zurück: auf 14,5% im Falle Ungarns und auf 9,7% in Polen.⁸⁹ Nun kann argumentiert werden, daß dies zwar ein unerwartetes, aber zumindest im Nachhinein verständliches Resultat der »Anpassungskrise« sei, die zu Ende gehe. Wirtschaftsjournalisten wollen auch bereits die »neuen Tiger« im Osten Europas ausgemacht haben, denen ein ähnlicher spektakulärer Aufschwung bevorsteht wie einer Reihe ostasiatischer Länder.⁹⁰ Aber selbst wenn man einmal davon absieht, daß die südostasiatischen Staaten zuvor Agrarländer waren, während die ostmitteleuropäischen Länder spätestens in der Nachkriegszeit zu Industrieländern wurden, so läßt sich die wirtschaftliche Zukunft der Ex-DDR und ihrer östlichen Nachbarn einschließlich ihrer Niveauentwicklung im Vergleich zu Westeuropa bis heute nicht voraussagen.⁹¹

Eher möglich ist es dagegen, sich der Methode des historischen Vergleichs bedienend, Aussagen über die Relation des ökonomischen Niveaus zwischen den osteuropäischen Ländern zu treffen. Nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle auf der Basis des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner ergibt sich eine uns bereits bekannte Reihenfolge des wirtschaftlichen Niveaus: Tschechische Republik–Slowakische Republik–Ungarn–Polen. Zwischen 1989 und 1994 hat sich – wenn Ungarns Bruttonationalprodukt je Einwohner als Maßstab (= 100) genommen wird, das wirtschaftliche Niveau dieses Landes zur Tschechoslowakei bzw. zu Tschechien/Slowakei wie folgt geändert: von 118,8% auf 121,6% bzw. 106,8%. Während zwischen beiden Ländern die Transformation kaum zu Veränderungen in der Wirtschaftskraft geführt hat, konnte Polen gegenüber

89 Berechnet nach World Tables 1995. Published for the World Bank. Baltimore 1995. S. 4f. Zu Quellen und Berechnungsmethoden siehe ebenda. S. X–XVIII.

90 Nur ein typisches Beispiel sei genannt. Im Jahre 1994 gab ein deutscher Journalist seine Eindrücke vom Prozeß der tschechischen wirtschaftlichen Rekonstruktion unter dem Titel »Tschechien wächst zum Tiger heran« wider. (Siehe Hans-Jörg Schmidt: Tschechien wächst zum Tiger heran. In: »Berliner Zeitung« vom 24. Mai 1994).

91 So verzichten die Herausgeber der bisher wohl ambitionsesten Analyse des osteuropäischen Transformationsprozesses, die amerikanischen Ökonomen und Osteuropakenner Jeffrey Sachs, Olivier Jean Blanchard und Kenneth Froot auf Vorhersagen zum Thema Osteuropa nach der Transformation. (Siehe Olivier Blanchard a. o. (eds.): The Transition in Eastern Europe. Vol. 1: Country Studies. Chicago 1994. – Vol. 2: Restructuring. Chicago 1994).

Ungarn aufholen: von 78,6% auf 86,2%.⁹² Ob allerdings dieser Trend sich fortsetzt bzw. das Aufgeholte gehalten werden kann, bleibt abzuwarten.

Lehrreich ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der ersten Transformations- und Rekonstruktionsperiode in Ostmitteleuropa. Auch damals ging es nach einem kriegsbedingten – aber von Land zu Land unterschiedlichen – Rückgang der Produktion um die Rekonstruktion der Wirtschaft dieser Länder entsprechend den veränderten inneren und äußeren Absatzbedingungen.⁹³ Vorübergehend (zwischen den 30er Jahren und 1950) gelang es den östlichen Nachbarländern, gegenüber dem stärker kriegszerstörten und mit Reparationsleistungen belasteten Ostdeutschland beträchtlich aufzuholen. Vorkriegsdeutschland = 100 gesetzt, erhöhte sich das relative Niveau Ungarns von 51,5% auf 96,5%, das Polens von 39,6% auf 87%, das der Tschechoslowakei von 67,4% auf 132,2%. Die Tschechoslowakei hatte (Ost)Deutschland wirtschaftlich überholt, Ungarn das Niveau der DDR erreicht, Polen sich diesem angenähert. Im Jahre 1960 war die alte Reihenfolge wieder hergestellt, vorübergehende Positionsgewinne der östlichen Nachbarstaaten Ostdeutschlands gegenüber Ostdeutschland geschrumpft.⁹⁴ Ähnliche Prozesse könnten auch nach dem Jahre 2000 wirksam werden und die – besonders durch das außerordentliche Absinken der Industrieproduktion Ostdeutschlands hervorgerufenen – Verschiebungen in den wirtschaftlichen Positionen der ostmitteleuropäischen Länder, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre aufgetreten sind, erneut rückgängig machen.

92 UNO-Angaben bzw. Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. In: Europäische Rundschau. Wien (1991)1. S. 7. – Bausanierung. Berlin (1995)5. S. 6.

93 Siehe Jörg Roesler: Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den europäischen Volksdemokratien. Ein Forschungsbericht zu ökonomischen Problemen der Nachkriegsentwicklung. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 26/1. Berlin 1982. S. 113ff.

94 Siehe Jörg Roesler: Die Wirtschaftsentwicklung der europäischen RGW-Länder ... S. 8.

ERNSTGERT KALBE

**Historische Aspekte nationaler Identitätssuche
und nationaler Konflikte in Südosteuropa,
insbesondere im ehemaligen Jugoslawien
(Thesen)**

**I. HEUTIGE BALKANKONFLIKTE
NICHT URSÄCHLICH VERKÜRZEN**

Die Balkanregion hat sich nach dem Zusammenbruch des etatistischen Realsozialismus erneut in eine brisante Konfliktzone verwandelt, wie bereits wiederholt in ihrer Geschichte: während der Kreuzzüge vom späten 11. bis 13. Jahrhundert, des Niedergangs Byzanz' und der Türkeninvasion vom 14. bis 16. Jahrhundert, der Orientalischen Krise im 19. Jahrhundert, der Affirmation von Balkanstaaten zwischen Berliner Kongreß 1878 und bosnischer Annexionskrise 1908 im Spannungsfeld nationaler Bewegung und imperialistischer Infiltration, der Balkankriege von 1912/1913, des Ersten Weltkrieges mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und dem Friedenssystem der Versailler Vorortverträge, des Zweiten Weltkrieges mit Grenzrevisionismus, Okkupation und Résistance, der Nachkriegsordnung von Teheran und Jalta bis Potsdam und Paris mit volksdemokratischer Revolution, griechischem Bürgerkrieg und Kominformkonflikt, der Sowjetisierung mit Teilmodernisierung und mangelnder Effektivität, politischem Etatismus und gesellschaftlicher Erstarrung.

Dieser Sachverhalt verweist auf die Unzulässigkeit wie immer gearteter Verkürzungen der Ursachen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisen und politischen Konflikte, die nicht auf realsozialistische Deformationen allein reduziert, sondern nur im Komplex widersprüchlicher historischer Traditionen, verspäteter sozialökonomischer und nationalkultureller Entwicklungen, internationaler Abhängigkeiten und innerer Rückständigkeit sowie deformierter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sowohl in einer verkürzten bürgerlichen als auch forcierten sozialistischen Geschichtsperiode erfaßt werden können.

2. DIMENSIONEN DER JUGOSLAWISCHEN KRISE

Die gegenwärtigen Konflikte, die im jugoslawischen Nationalitätenkrieg kulminieren, berühren nicht nur die südslawischen und nichtslawischen Völker im zerbrochenen Jugoslawien, sondern bieten Sprengstoff einerseits für die interbalkanischen Beziehungen, da fast alle Nachbarstaaten durch wechselseitige ethnische Minderheiten involviert und daraus abgeleitete Ambitionen engagiert sind, sowie andererseits auch für die internationalen Beziehungen, da zur Konfliktlösung keineswegs allein eine abgestimmte UNO-Politik wirksam wird, sondern auch regionale politische Gruppierungen und Einzelstaaten agieren, die unterschiedlichen Sichten und Absichten der Konfliktbereinigung folgen.

Häufig sind unzureichende Hintergrundanalyse, zweifelhafte politische Prämissen, mangelndes Einfühlungsvermögen, nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung der Parteien, falsches Timing und gefährliche militärische Drohgebärden in den »Befriedungsstrategien« der internationalen Akteure zu beklagen. Das betrifft z. B. die voreilige, im Alleingang vollzogene Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1991, die letzte Kompromißchancen und denkbare Konföderationsstrukturen zwischen eigenständigen jugoslawischen Staaten aushebelte, ebenso wie umgekehrt das langzeitliche illusionäre Festhalten an einer multinationalen Einheit von Bosnien-Herzegowina, die man für Gesamtjugoslawien längst aufgegeben hatte.

Das gilt sowohl für einseitige bzw. undifferenzierte Embargomaßnahmen, vor allem gegen Serbien, als auch für die selektive Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für bevorzugte jugoslawische Völker bzw. Nachbarstaaten, obwohl alle Konfliktparteien in nationalistischer Hybris ungegerechtfertigte Ambitionen (Groß-Serbien, Groß-Kroatien, moslemisches Bosnien usw.) verfolgen, Kriegsverbrechen gegen das eigene Volk und benachbarte jugoslawische Völker begehen und am Auslöser eines Balkankrieges zündeln. Für die Beendigung des Krieges und die schrittweise Konfliktlösung im ehemaligen Jugoslawien gibt es keine annehmbare Alternative zu zähen Friedensverhandlungen – trotz wiederholter Rückschläge – und zur geduldigen Suche nach vernünftigen Kompromissen unter politischem Nachdruck der internationalen Gemeinschaft, der UNO, nicht regionaler Gruppierungen, bei strikter Gleichbehandlung der Konfliktparteien sowie gleichartigen Embargo-, Kontroll- und humanitären Hilfsmaßnahmen. Der Versuch einseitiger militärischer Interventionsschritte würde das Ende von Verhandlungen und die Eskalation des Krieges bedeuten.

3. IN JUGOSLAWIEN BÜNDELN SICH ALLE BALKANKONFLIKTE

Am Beispiel der historischen und aktuellen Entwicklung der jugoslawischen Völker bzw. des endgültig zerbrochenen ehemaligen Jugoslawien erscheinen alle Probleme und Konfliktfelder Südosteuropas wie durch ein Brennglas gebündelt bzw. ein Prisma gebrochen.

Jugoslawien entstand erstmals Ende 1918 auf der Grundlage einer südslawischen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts, der faktischen Vormachtstellung des seit 1829 autonomen Serbiens und mit dem Segen der Siegermächte des Versailler Systems aus der Vereinigung der serbischen Monarchie mit der südslawischen Erbmasse des zerfallenen Österreich-Ungarn und des vom Balkan verdrängten Osmanischen Reiches.

Das zentralistische Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen – seit 1929 offiziell Jugoslawien –, das Gebiete verschiedener kulturhistorischer Tradition und unterschiedlichen sozialökonomischen Entwicklungsniveaus vereinigte, wies ein ausgeprägtes wirtschaftliches und kulturelles Nord-Süd-Gefälle auf. Die seit dem späten Mittelalter im katholisch-habsburgischen Einzugsbereich verankerten Slowenien und Kroatien sowie die seit der türkischen Expansion auf dem Balkan von der osmanischen Militärdespotie beherrschten und von der byzantinisch-orthodoxen Kulturtradition geprägten Länder Serbien, Bosnien, Montenegro und Mazedonien wurden nunmehr von einem staatstragenden, politisch hegemonialen, aber wirtschaftlich schwachentwickelten Serbien dominiert.

Daraus resultierten nationale Konflikte, begünstigt durch vielfach überlagerte Siedlungsgebiete und ethnische Mischregionen. Im Kern ging es darum, daß die reichere slowenische und kroatische Bourgeoisie nicht als Steuerzahler für das staatlich hegemoniale, politisch stärkere, aber wirtschaftlich ärmere Serbien fungieren wollte, das seinerseits die nichtserbischen Völker dominierte. Diese Situation förderte die Entstehung nationaler wie separatistischer Strömungen, darunter der klerikalfaschistischen Ustaša-Bewegung in Kroatien, wodurch die staatliche Zerschlagung und militärische Okkupation Jugoslawiens nach dem Überfall Hitlerdeutschlands im Frühjahr 1941 erleichtert wurde.

Das Scheitern des jugoslawischen Vorkriegsregimes führte zur Zerstückelung des Landes in zehn Besatzungs- bzw. Annexionsgebiete, darunter in das um Bosnien-Herzegowina vergrößerte Ustaša-Kroatien als formeller Bündnispartner der Achsenmächte und das um die Vojvodina, das Kosovo und Mazedonien verkleinerte besetzte Serbien als formeller Rechtsnachfolger des besiegten Jugoslawien. Gegen das barbarische Okkupationsregime

der Achsenmächte und in bewußter Abgrenzung vom bürgerlich-monarchistischen Zentralismus Vorkriegsjugoslawiens erhob sich eine starke, von der KPJu als einziger gesamtjugoslawischer Kraft geführte Partisanen- und Volksbefreiungsbewegung, die auf ihren Ratstagungen (AVNOJ) Ende 1942 bzw. Ende 1943 in Bihać und Jajce (Bosnien) eine föderalistische Staatsstruktur mit sechs nationalen Republiken (Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien) proklamierte, gerichtet sowohl gegen zentralistische wie partikularistische Konzepte, was freilich keine ethnische Homogenität der meisten Republiken gewährleistete.

Das zunächst an sowjetischen Sozialismuskonzepten orientierte zweite, nunmehr föderative Jugoslawien, das seit dem von Stalin provozierten Kominformkonflikt 1948/49 ein alternatives sozialistisches Selbstverwaltungsmodell hervorbrachte, erbe in der gesellschaftlichen Realität alle ungelösten Entwicklungsprobleme (staatsrechtliche Ausgestaltung, national-kulturelle Autonomie, Wirtschaftsgefälle) des alten Jugoslawien, was in der Praxis der sozialistischen Umwälzung ein ständiges Pendeln zwischen mehr Föderalismus und mehr Zentralismus zur Folge hatte und in den Verfassungsreformen von 1953, 1963 und 1974 zum Ausdruck kam.

Nach anfänglichen Entwicklungserfolgen in den fünfziger und sechziger Jahren wurde seit den siebziger Jahren der latente Widerspruch zwischen der Führungsfunktion des gesamtjugoslawischen BdKJ und den Selbstverwaltungsansprüchen der Republiken und Kommunen, Wirtschaftseinheiten und Einrichtungen deutlich, der sich in Effektivitätsverlusten und Demokratiedefiziten äußerte. Wirtschaftliche Stagnation, geringe Innovation und Intensivierung, wachsende Verschuldung, Inflation und Arbeitslosigkeit, die das Nord-Süd-Gefälle verfestigten, sowie ungelöste kulturelle und nationale Probleme (Kosovo, Vojvodina u. a.) verschärften eine Gesellschaftskrise und förderten etatistische Tendenzen des Bundes wie der Republiken, vornehmlich auch die Stärkung serbischer Hegemonialfunktionen.

In dieser Situation lebten verdeckte nationale Konflikte neu auf, die nicht mit Mitteln des Kompromisses gelöst, sondern durch Repressivmaßnahmen eskaliert wurden. Nach dem Tode des Kroaten Josip Broz (Tito), der politischen Integrationsfigur für die jugoslawischen Völker, brachen alle Widersprüche offen aus, führten zu einem nationalistischen, weniger politischem Pluralismus.

Der Ausbruch des Nationalitätenkrieges – nicht Bürgerkrieges, der politisch alternative Zielkonzepte einschloß – hat den Zerfall Jugoslawiens besiegelt, ohne daß gesellschaftlich tragfähige Alternativen sichtbar wären.

Die behauptete Gegenüberstellung vermeintlich gerechter, demokratisch-freiheitlicher und ungerechter, etatistisch-konservativer Wertekonzeptionen im jugoslawischen Kriegskonflikt stellt eine illusionäre Fiktion dar.

In vieler Hinsicht treten historisch langfristig verwurzelte, ungelöste Entwicklungsprobleme zutage, wiederholen sich Problemlagen des alten Zwischenkriegsjugoslawien samt ihrem internationalen Konfliktpotential. Der Jugoslawienkonflikt berührt – gewollt oder ungewollt – alle Nachbarstaaten sowie die internationale Staatenwelt und kann das südosteuropäische Pulverfaß zur Explosion bringen.

4. SÜDOSTEUROPA ALS KULTURHISTORISCHE REGION

Südosteuropa stellt eine historisch-geographische Kontaktzone von byzantinisch-christlich-orthodoxen, römisch-christlich-katholischen und osmanisch-islamisch-orientalischen Einflüssen dar, deren Spezifik einerseits durch jahrhundertlange zunächst römische (weströmische) (Dalmatien, Pannonien, Dacien, teils Illyrien) und später karolingisch-fränkische sowie ungarische und österreichisch-habsburgische Vorherrschaft im (nordwestlichen) Donauroaum und andererseits durch ebenfalls Jahrhunderte währende (ost-)römisch-byzantinische (Mösien, Thrakien, Makedonien, teils Illyrien) Dominanz und danach osmanisch-islamische Herrschaft auf dem Balkan sowie durch ihre gegenseitige Abgrenzung und Durchdringung geprägt war.

Es bildete sich eine abendländisch-katholische und griechisch-orthodoxe resp. orientalisches-islamisch beeinflusste Kulturgrenze mit zeitweiligen territorialen Verschiebungen etwa entlang der Adriaküste (Ragusa = Dubrovnik; Salona = Spalato, Split; Jadera = Zara, Zadar) und von da mit den Flußläufen von Una, Save und Donau bis zu den Südkarpaten und danach dem west-östlichen Karpatenbogen folgend bis zum Donaudelta heraus. Diese Kulturgrenze, die ungeachtet ihrer ethnisch-nationalen Vielschichtigkeit durchmischter Siedlungsgebiete heute südslawischer, griechischer, moslemischer (Albaner, Türken, bosnische Muslime), romanischer (Rumänen, Walachen), ungarischer, zeitweilig auch deutscher Bevölkerungsgruppen entstand, hat ihre Langzeitwirkung bis in die Gegenwart bewahrt. Das gilt auch für die vergleichsweise geringeren Fernwirkungen der Kreuzzüge und namentlich für die gravierenden Nachwirkungen des venezianischen, partiell auch des genuesischen Levantehandels auf die dalmatinische Adriaküste und die griechisch-ionische Inselwelt, die hier nicht beleuchtet werden.

Entscheidender Einfluß auf Sprache, Ethnos, Kultur und Religion der südosteuropäischen Völker kommt der römischen Reichsteilung 395, der Völkerwanderung, der Entstehung slawischer, ungarischer und rumänischer Feudalstaaten im frühen resp. späten Mittelalter, der christlichen Missionierung und dem Kirchenschisma 1054, der direkten Herrschaft Byzanz' im 11./12. Jahrhundert und seinem Untergang 1453 sowie der osmanischen Expansion im 14. bis 16. Jahrhundert zu.

Südosteuropa als Gesamtregion verschiedener kulturhistorischer Komponenten und Balkanraum im engeren Sinne als griechisch-orthodoxe und osmanisch-islamische Teilregion stellten keine deckungsgleichen Territorien dar. Gemeinsam sind ihnen historische Traditionen und gesellschaftliche Strukturen, die auf antiker Hochkultur fußen, jedoch durch osmanische bzw. habsburgische Expansion überlagert, und deren Völker in fremdbestimmte Vielvölkerstaaten einbezogen wurden.

Im Habsburger wie im Osmanenreich wurden – graduell zwar unterschiedlich ausgeprägte – agrarisch-gesellschaftliche Rückständigkeit und bürokratische Fremdherrschaft verursacht, wobei in ersterem Falle feudale Verhältnisse einer deutsch-ungarischen Adels- und Bürger- sowie slawischen Bauerngesellschaft, in letzterem feudal-patriarchalische Bindungen einer multiethnischen Bauerngesellschaft im Rahmen der feudal-bürokratischen türkischen Militärdespotie konserviert, bürgerlich-kapitalistische Umwälzungen gehemmt oder verhindert und etatistisch-bürokratische Herrschaftsmechanismen verfestigt wurden.

5. OSMANISCHE BALKANINVASION UND HABSBURGER AUSDEHNUNG ZUM VIELVÖLKERSTAAT

Der osmanischen Invasion auf dem Balkan, die im 14. Jahrhundert begann und bis zum 16./17. Jahrhundert andauerte, fielen 1361 Adrianopol, 1389 auf dem Amselfeld (Kosovo polje) Serbien, 1393/96 Bulgarien, 1453 Konstantinopel, 1459 Restserbien, bis 1461 ganz Griechenland, 1417/62 die Walachei, 1463 Bosnien, 1479 Albanien, 1521 Belgrad, 1526 Mittelungarn (1526 Pest, 1541 Buda, Ofen) und Transsilvanien zum Opfer. Letzteres (Siebenbürgen) stand im 16./17. Jahrhundert unter wechselnder türkischer und habsburgischer Oberherrschaft und bewahrte als protestantisch beeinflusstes Fürstentum eine gewisse Eigenständigkeit zwischen Habsburger- und Osmanenreich. 1529 und 1683 standen die Türken gar vor den Toren Wiens, bevor im 17./18. Jahrhundert der Niedergang des Osmanenreiches begann.

Das Kosovo polje, 1389 serbisch-türkisches Schlachtfeld, und Mohacs, 1526 Stätte der ungarischen Niederlage gegen die Türken, sind bis heute Orte nationaler Identifikation wie nationaler Traumata von historischer Größe und Trauer der Serben und Ungarn, die sich in folkloristisch-literarischer Legendenbildung niederschlagen.

Während der Türkenherrschaft, die den einheimischen (südslawischen) Feudaladel – sofern er nicht zum Islam übertrat (Bosnien) bzw. staatliche Vasallität bewahren konnte (Walachei, Moldau, Siebenbürgen) – weitgehend ausrottete sowie ihr militär-bürokratisches Verwaltungssystem und feudal-etatistisches Lehenssystem auf die eroberten Gebiete übertrug, herrschte ein vom Sultan belehneter, kriegerischer Dienstadel (spahi), der die christlichen, national nicht unterschiedenen Untertanen, die rajah, mit Kopfsteuer, Pachten, Abgaben und Dienstleistungen belegte. Dadurch fand zunächst eine weitgehende soziale Nivellierung der christlichen rajah statt, die erst spät durch soziale Differenzierungsprozesse durchbrochen wurde. Die Städte waren mehr administrative und militärische als Handels- und Gewerbezentren.

Das seit 1276 von den Habsburgern beherrschte Herzogtum Österreich, das 1335 die heute slowenischen Gebiete Krain und Kärnten erwarb, verwandelte sich im 16. Jahrhundert endgültig in einen Vielvölkerstaat. Nach der Teilung des von Karl V. (1516/19–1556) geschaffenen Habsburgischen Weltreiches in eine spanische und eine österreichische Linie, die faktisch 1521/1522, de jure 1556 erfolgte, verlagerte sich das politische Interesse der österreichischen Habsburger zunehmend nach Osten und Südosten, bedingt durch die Türkengefahr. Ferdinand I. (1521–1564), österreichischer Erzherzog und seit 1556 deutsch-römischer Kaiser, übernahm nach der Schlacht bei Mohacs 1526 auch die ungarische Königskrone, gewann zunächst jedoch nur Westungarn mit Kroatien, und wurde gleichzeitig zum König von Böhmen (mit Mähren und Schlesien) gewählt. In den österreichisch-türkischen Kriegen des 17./18. Jahrhunderts, besonders nach den Siegen des Prinzen Eugen bei Zenta (Frieden von Karlowitz 1699) und Belgrad (Frieden von Passarowitz 1718) fielen ganz Ungarn und die Kleine Walachei an die Habsburger Monarchie.

Entlang der österreichisch-türkischen Grenze auf der Linie Zadar-Save-(kroatisch-bosnisches Grenzgebiet)-Slawonien-Vojvodina-Banat errichteten die Habsburger im 16./17. Jahrhundert mit zumeist südslawischen (serbischen, bosnischen, mazedonischen) Flüchtlingen die sogenannte Militärgrenze privilegierter Wehrbauern mit Selbstverwaltung, eigener Verfassung, Steuerbefreiung und Direktunterstellung unter Wien, die dem Türkenan-

sturm im wesentlichen standhielten und bis zur Gegenwart wehrhafte Selbstverwaltungstraditionen (serbische Krajina, Banija, Ostslawonien) bewahren, was eine freiwillige Unterordnung unter kroatische Verwaltung ausschließt.

Die Habsburger Monarchie, die Schutzfunktionen gegenüber der Türkenexpansion erfüllte, übte gegenüber den beherrschten südosteuropäischen Völkern zugleich ein fremdstämmiges feudal-absolutistisches Regiment aus, in dem der grundherrliche Dienstadel über eine weitgehend multiethnische bäuerliche Bevölkerung ohne nationale Autonomierechte gebot. Namentlich im 18. und 19. Jahrhundert, während der Periode des aufgeklärten Absolutismus Maria Theresias und Joseph II., in der Restaurationszeit Metternichs und des nachrevolutionären Absolutismus Franz Josephs verstärkte sich der etatistische Zentralismus. Damit verstärkte sich die Unterdrückerfunktion des Habsburgerreiches besonders gegenüber den slawischen Völkern, ungeachtet begrenzter wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungschancen. Erst 1867 verwandelte sich das Habsburgerreich mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, der Ungarn zur mitherrschenden Nation machte, in eine Doppelmonarchie. Jede von slawischen Völkern erstrebte nationalistisch verfaßte Staatlichkeit wurde abgewiesen, statt dessen 1878 Bosnien-Herzegowina offen okkupiert.

6. SPEZIFIK SÜDOSTEUROPÄISCHER WIEDERGEBURTSBEWEGUNG

Unter Existenzbedingungen sozialökonomisch vergleichsweise rückständiger und feudal geprägter Vielvölkerstaaten konnten sich bei den bäuerlich-patriarchalisch strukturierten südosteuropäischen Völkern keine bürgerlichen Staatsnationen – wie in Westeuropa – mit eigener wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller und kommunikativer Infrastruktur formieren; vielmehr wurde ein ethnisch-sprachliches Verständnis von Kulturnation adaptiert, das aus der gemäßigten Spätaufklärung und Romantik hervorging und den sozialpolitischen Gegebenheiten wie der ethnischen Gemengelage der Region eher entsprach.

Eingeordnet in große Vielvölkerstaaten, die nationalem Autonomiestreben mit zentralistischem Etatismus begegneten und mehr oder weniger deutliche Germanisierungs- bzw. Magyarisierungs- oder Türkisierungs-tendenzen betrieben, entfalteten sich im 18./19. Jahrhundert nationalkulturelle Aufklärungs- und Bildungsbewegungen, die erst später in nationalrevolutio-

näre oder nationalirredentistische Unabhängigkeitsbewegungen hinüberwuchsen.

Die südosteuropäischen Wiedergeburtbewegungen, die sich je nach Standort auf die mittelalterliche Staatlichkeit des Ungarn der Arpaden, des Bulgarien der Aseniden, des Serbien der Nemanjiden, wenn irgend möglich auf die griechische Antike, das Alexandrinische Mazedonien oder die dakorömische Kolonisation, notfalls auch auf weniger reputierliche feudalespotische walachisch-moldauische Fürstentümer beriefen, waren letztlich Ausdruck einer verspäteten und langwierigen bürgerlichen Nationwerdung, aber keine nationale Renaissance, vielmehr Nachvollzug von Nationwerdung.

Ihrer sozialen Struktur nach waren die Wiedergeburtbewegungen bäuerlich-kleinadlig, handwerklich-händlerisch und kleinbürgerlich-intelligenzlerisch, nur zum Teil adlig und bourgeois. Beeinflußt von der französischen Revolution und den napoleonischen Reformen, der europäischen Aufklärung und der deutschen Romantik, den russischen revolutionären Demokraten bis zu den bäuerlich-utopischen Sozialisten, reichte ihre politische Bandbreite vom reformerischen Liberalismus und ethnischen Nationalismus bis zum revolutionären Demokratismus und bäuerlich-kleinbürgerlichen Egalitarismus. Einen wichtigen Faktor stellten auch die südslawischen nationalkirchlichen Bewegungen dar.

Stärker bürgerlich-demokratisch geprägt waren die ungarische nationalkulturelle und nationalpolitische Reform- und Revolutionsbewegung (Ungarische Jakobiner um J. Martinovics, Reformen um J. Szechenyi und F. Deak, Junges Ungarn um S. Petöfi, Nationalrevolutionäre um L. Kossuth) sowie die griechische jakobinische Hetairija (K. Rigas) bzw. die spätere Philike Hetairija (A. und D. Ypsilantis).

Mehr bäuerlich-kleinadligen Zuschnitt besaß die rumänische Wiedergeburtbewegung, die nach dem Bauernaufstand von 1821 (T. Vladimirescu) mit der Geheimgesellschaft »Fratia« (N. Balcescu) in die Revolution von 1848 mündete.

Die in sich zwar differenzierte, dennoch auch verbundene südslawische Bewegung reichte von der serbischen Aufklärung (D. Obradović) über die stammesübergreifende Romantik (F. Prešeren, V. Karadžić, P. Njegoš) bis zum kroatischen Illyrismus (L. Gaj, J. Drašković) im Vormärz bzw. danach von der teils liberalen (V. Jovanović), teils revolutionär-demokratischen serbischen Omladina (S. Marković), die bulgaro-mazedonischen Aufklärer (D. und K. Konstantinov) bis zum klerikalliberalen kroatischen Jugoslawismus (J. J. Štrosmajer).

Die bulgarische nationalkulturelle und nationalrevolutionäre Wiedergeburt durchlief Etappen einer aufklärerischen Bildungsbewegung (P. Beron, V. Aprilov, N. Rilski), einer nationalkirchlichen Unabhängigkeitsbewegung (N. Bozveli, J. Makariopolski) sowie einer nationalrevolutionären Befreiungsbewegung (L. Karavelov, G. S. Rakovski, V. Levski, Ch. Botev), gewann zunehmend revolutionär-demokratische Züge und brachte zugleich eine durchdachte Vision einer gleichberechtigten, multinationalen und demokratischen Balkanföderation hervor, die später von der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgegriffen wurde.

Zuletzt trat im späten 19. Jahrhundert die albanische Wiedergeburtbewegung (Rilindja Kombetare Shqiptare) auf den Plan, die 1878 im Kosovo die »Albanische Liga von Prizren« mit dem Anspruch auf zunächst nur Verwaltungsautonomie im Osmanischen Reich gründete und sich im 20. Jahrhundert mit der Forderung nach politischer Unabhängigkeit auf den Nationalkongressen von Vlora (1912) und Lushnja (1920) fortsetzte.

Diese Wiedergeburtbewegungen, die Zeugnis vom langfristigen Prozeß bürgerlicher Nationwerdung unter Bedingungen fehlender Eigenstaatlichkeit ablegen, markieren jedoch nicht den Abschluß, vielmehr eine Etappe dieses Prozesses, der sich im Rahmen spät erfolgter Staatsbildung rückständiger Monarchien bis ins 20. Jahrhundert fortsetzt.

7. RUSSISCH-TÜRKISCHE KRIEGE UND ORIENTALISCHE FRAGE

Während die Hoffnungen der südosteuropäischen Völker auf Befreiung vom Türkenjoch vom 16. bis zum frühen 18. Jahrhundert im Zusammenhang mit den österreichisch-türkischen Kriegen auf das Habsburgerreich gerichtet waren, verlagerten sich diese mit der Verwandlung Österreichs in einen Vielvölkerstaat seit dem 18./19. Jahrhundert zunehmend auf Rußland, das in den russisch-türkischen Kriegen – ungeachtet eigener Schwarzmeer- und Meerengeninteressen – auch als Schutzmacht slawischer Balkanvölker auftrat.

Die russisch-türkischen Kriege (1768/1674; 1806/1812; 1828/1829) erweiterten die Balkanpositionen Rußlands und sicherten mit dem Frieden von Kütschük-Kainardshi 1774 dessen geistliches Protektorat über die christlichen Balkanvölker, mit dem Frieden von Bukarest 1812 den Gewinn Bessarabiens für Rußland und Bewegungsfreiheit für serbische und griechische Aufstände und mit dem Frieden von Adrianopol 1829 die Anerkennung der serbischen Autonomie und griechischen Unabhängigkeit. Der

Krimkrieg der europäischen Westmächte gegen Rußland, der den russischen Meerengeneinfluß zurückdrängte, sollte den Verfall des Osmanischen Reiches aufhalten. Die im Ergebnis des entscheidenden russisch-türkischen Krieges 1877/1878 und des anschließenden Vorfriedens von San Stefano vollzogene Verdrängung der Türkei vom Balkan sowie die damit fixierte Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros, Rumäniens und Großbulgariens wurden durch den Berliner Kongreß der Großmächte zugunsten der Türkei abgemildert (Rückgabe Mazedoniens, Thraziens) und zuungunsten Bulgariens (Dreiteilung in Nordbulgarien, Ostrumelien, Mazedonien) sowie Serbiens (österreichische Besetzung Bosnien-Herzegowinas) revidiert.

Die Orientalische Frage, entstanden aus dem Zerfallsprozeß des Osmanischen Reiches, dem Interessenkonflikt der Großmächte und dem Aufbegehren nationaler Bewegungen, wurde so im Kräfteparallelogramm von Großmachtinteressen, nicht im Interesse der nationalen Emanzipation der südosteuropäischen Völker, gelöst.

Nationwerdung wie Staatsgründungen der südosteuropäischen Völker wurden durch ihre Einbeziehung in Konfliktfelder vor allem des zaristischen Rußland, des Habsburgerreiches und der Osmanischen Türkei, zunehmend auch der Westmächte und später Deutschland wesentlich fremdbestimmt und dadurch deformiert.

8. VERSPÄTETE SÜDOSTEUROPÄISCHE STAATSGRÜNDUNGEN

Infolge der langen Einbindung der südosteuropäischen Völker in feudal-absolutistische Vielvölkerstaaten vollzogen sich deren Nationwerdung und Erlangung der Eigenstaatlichkeit nicht in kongruenten, sondern weitgehend voneinander getrennten Prozessen. Die Staatsgründungen erfolgten im Regelfall im Gefolge von Kriegen, kaum in Verbindung mit bürgerlichen Revolutionen, wengleich manche staatliche Konstituierung bürgerliche Umwälzungen zu kompensieren suchte (Griechenland, Bulgarien). Die Staatsmacht wurde indessen letztlich nicht von den sozialen Trägern nationaler Befreiungsbewegungen, sondern von vojevodisch-bojarischen oder von čorbadži-händlerischen Oberschichten übernommen, die nach Legitimation strebten und von ausländischen Protektoren abhingen. Die Chancen demokratischer Staatlichkeit, die in den nationalen Wiedergeburt-, südslawischen Einigungs- und demokratischen Balkanföderationsbewegungen angelegt waren, wurden mit der Europäisierung der Orientalischen Frage und der Konstituierung von Balkanmonarchien, häufig deutscher Provenienz

– die Wittelsbacher in Griechenland, die Battenberger bzw. sächsischen Coburger in Bulgarien, die Hohenzollern in Rumänien –, historisch vertan. Mehr oder minder wirksame liberale Verfassungsgesetze – in Griechenland, Serbien, Rumänien und Bulgarien – wurden über kurz oder lang entschärft bzw. ausgehebelt.

Da die Orientalische Krise 1878 nicht mit dem Abschluß des Prozesses nationaler Staatsbildungen beendet wurde, setzte sich die nationale Irredenta über die ostrumelische Krise 1885, den mazedonischen Iljindenaufstand 1903, die jungtürkische Revolution und die bosnische Annexionskrise 1908, die Balkankriege 1912/1913, das Attentat von Sarajevo 1914 und den Ersten Weltkrieg bis zum Zerfall der Habsburger Doppelmonarchie 1918 fort. Dabei gewannen monarchistisch-chauvinistische Bewegungen zunehmend die Oberhand über demokratische National- und Föderationsbewegungen.

Die tief verwurzelten patriarchalischen Traditionen, zentralistisch-absolutistischer Etatismus osmanischer Fremdherrschaft, auch der Caesaropapismus der byzantinisch-orthodoxen Kirchentradition, prägten politische Struktur und Kultur, die nur durch (eben fehlende) Demokratieerfahrungen einer (nicht vollzogenen) bürgerlichen Revolution hätten überwunden werden können.

Die südosteuropäischen Staatsgründungen vollzogen sich in mehreren Etappen:

- die erste Etappe umfaßt das erste Drittel des 19. Jahrhunderts, in der nach russisch-türkischen Kriegen in Verbindung mit Aufständen Serbien 1817 bzw. 1829 als autonomes Fürstentum und Piemont einer dynastischen südslawischen Einigung sowie 1829 Griechenland als souveränes Königreich entstehen;
- die zweite Etappe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bringt im Schatten des Krimkrieges 1859/62 die Vereinigung der Moldau und Walachei zum Fürstentum Rumänien sowie die vom Berliner Kongreß sanktionierte Unabhängigkeit Serbiens, des seit 1852 weltlichen Fürstentums Montenegro, Rumäniens und eines Kleinbulgariens; zugleich löst der Berliner Kongreß irredentistische Bewegungen in Mazedonien und Bosnien-Herzegowina aus, die die Lunte an das balkanische Pulverfaß legen;
- die dritte Etappe zu Beginn des 20. Jahrhunderts beinhaltet die Vollendung der antiosmanischen und den Aufschwung der antihabsburgischen Nationalbewegungen, was in den Balkankriegen zunächst zur Befreiung und danach zur Dreiteilung Mazedoniens führt und Albanien formale Unabhängigkeit bringt; die interbalkanischen Staatenbeziehungen verfeinden sich endgültig und determinieren ihre Positionen im Ersten Weltkrieg;

– die vierte Etappe während und im Gefolge des Ersten Weltkrieges wird durch die Vollendung der antihabsburgischen Nationalbewegung, den Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn sowie die Entstehung der Nachfolgestaaten Jugoslawien und Ungarn charakterisiert; Albanien erlangt im Widerstreit gegen griechische, serbische und italienische Ansprüche 1920 die faktische Unabhängigkeit.

9. DEFORMIERTE BÜRGERLICHE ENTWICKLUNG ZWISCHEN VERSAILLER UND PARISER FRIEDENSORDNUNG

Der Zerfall der Habsburger Doppelmonarchie zerriß einerseits eine entstandene multikulturelle Vielfalt wie Einheit zwischen den Kaiser- und Königsstädten Wien – Prag – Bratislava (Preßburg, Pozsony) – Kraków (Krakau) – Budapest, vollendete aber andererseits das Streben der unterdrückten Völker nach nationaler Emanzipation von den herrschenden deutsch-österreichischen und ungarischen Nationen. Das Ringen der österreichischen Sozialdemokratie um nationalkulturelle Autonomie der in der Doppelmonarchie lebenden Völker konnte die fehlende territorialstaatliche Autonomie – insbesondere der slawischen Völker – nicht kompensieren.

Die Bildung der Nachfolgestaaten Jugoslawien und Ungarn (Österreich und die Tschechoslowakei bleiben außerhalb unserer Betrachtung) im Rahmen des Systems der Versailler Vorortverträge von Trianon und St. Germain erfolgte weder nach historischen Bindungen noch nach ethnischen Siedlungsgebieten, sondern zog Grenzlinien nach den Großmachtinteressen der Ententemächte und Bündnispräferenzen für die Kleine Entente (Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei). Ein gleiches Verfahren gilt analog für die Friedensverträge von Neuilly mit Bulgarien und Sèvres mit der Türkei im Hinblick auf die Entente-Partner Jugoslawien, Rumänien und Griechenland.

Jugoslawien ging aus der Vereinigung des siegreichen Entente-Verbündeten Serbien mit den vom österreichisch-ungarischen Verlierer abgefallenen slowenischen, kroatischen und bosnisch-herzegowinischen Provinzen hervor; Mazedonien und Montenegro wurden Serbien angeschlossen. Ungarn verlor den Großteil seines bisherigen Staatsgebietes (Slowakei, Kroatien, Vojvodina, Transsilvanien) an seine Nachbarn Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien und verwandelte sich aus einer privilegierten Nation, die ganz oder teilweise andere Nationalitäten beherrschte, nunmehr selbst in eine benachteiligte Nation mit fremdbeherrschten ungarischen

Minderheiten im benachbarten Ausland. Bulgarien und die Türkei erlitten weitere Territorialverluste im serbisch-mazedonischen, bulgarisch-thrazischen bzw. griechisch-thrazischen Grenzbereich.

Diese Regelungen schufen neue ethnisch-kulturelle Mischregionen, verschärften wirtschaftliche Disproportionen und aktivierten nationalistisch-irredentistische Bewegungen. Revolutionär-demokratische Alternativen für Südosteuropa, die von den nach 1918 erstarkenden Arbeiter- und Bauernbewegungen repräsentiert wurden und auf die Errichtung demokratischer Republiken oder sozialistisch-föderativer Donau- bzw. Balkanstrukturen abzielten, wurden mit der Niederlage der ungarischen Revolution 1918/1919, dem Sturz der bulgarischen Bauernbundregierung 1923, der Zuspitzung des mazedonischen Bandenkrieges und den serbischen Schüssen 1928 auf kroatische Bauernpartei-Abgeordnete gegenstandslos.

Statt dessen wurden konservativ-monarchistische, militärisch-reaktionäre oder nationalistisch-profasischistische Herrschaftssysteme installiert, die sich durch reaktionäre Staatsschutzgesetze gegen revolutionär-demokratische Bewegungen absicherten, selbst wenn und wo sich eine pluralistische Parteienlandschaft etablieren konnte. Das gilt mutatis mutandis für das militärisch-autokratische Horthy-Regime in Ungarn, für das militär-monarchistische Cankov-Regime wie später für das profasischistisch-monarchistische Filov-Regiment in Bulgarien, für die halbfeudale Königsdiktatur Zogus in Albanien ebenso wie für die großserbische Pašić-Regierung und später die militär-monarchistische Živković-Diktatur in Jugoslawien. Nur Rumänien und Griechenland konnten länger parlamentarisch-liberale Verhältnisse bewahren, ehe sie 1938 durch die Königsdiktatur Carols II. bzw. 1940 durch die Militärdiktatur Antonescus in Rumänien sowie 1936 durch die militär-monarchistische Metaxas-Diktatur in Griechenland beendet wurden.

Außenpolitisch begründete das Versailler Nachkriegssystem in Südosteuropa eine neue Konfrontation zwischen grenzrevisionistischen Verliererstaaten (Ungarn, Bulgarien) und antirevisionistischen Siegerstaaten (Jugoslawien, Rumänien, Griechenland), die sich im Zweiten Weltkrieg entlud und die Haltung der südosteuropäischen Staaten zu den faschistischen Achsenmächten bzw. zur Anti-Hitler-Koalition weitgehend vorwegnahm sowie ihre Stellung in der faschistischen Neuordnung Europas bestimmte, entweder als verbündete Satelliten (Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien) oder als okkupierte Feindstaaten (Jugoslawien bzw. Serbien, Griechenland).

Jugoslawien, nach dem faschistischen Überfall vom 6. April 1941 als Staat zerschlagen, wurde in zehn Annektions- bzw. Okkupationsgebiete aufgeteilt, wobei neben Deutschland und Italien auch Ungarn (Vojvodina)

und Bulgarien (Mazedonien) Beuteanteile erhielten. Im Kern wurde ein verkleinertes Serbien als besiegter Feindstaat von Deutschland okkupiert, während ein deutsch-italienisch besetzter, aber um Bosnien-Herzegowina vergrößerter Ustaša-Staat Kroatien als verbündeter Achsenpartner erschien. Mitunter drängen sich Parallelen zu historisch tradierten Konstellationen im gegenwärtigen Konflikt um die jugoslawischen Länder auf.

Der ungarisch-rumänische Konflikt um Transsilvanien wurde im zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 durch die Teilung in ein ungarisches Nord- und ein rumänisches Süd-Siebenbürgen überbrückt. Albanien, vergrößert um Kosovo und Westmazedonien, wurde italienische Protektoratsprovinz. Griechenland wurde nach seiner Niederlage im Krieg gegen die italienischen und deutschen Aggressoren (Herbst 1940/Frühjahr 1941) in zwei Okkupationsgebiete aufgeteilt.

Die auf die Zerschlagung der faschistischen Aggressoren folgende Nachkriegsordnung der Anti-Hitler-Koalition, fixiert in den Beschlüssen von Teheran, Jalta und Potsdam und sanktioniert in den Pariser Friedensverträgen 1947 mit Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, stellte im wesentlichen den Status quo ante, d. h. die Grenzziehungen des Versailler Systems, modifiziert durch die sowjetischen Erwerbungen von 1940 (Bessarabien, Bukowina, Ruthenien), wieder her; dadurch blieben auch alte Belastungen der Zwischenkriegszeit wirksam, neue traten hinzu und wurden nur zeitweilig durch Bündnisverträge des Warschauer Vertragssystems überdeckt.

Insgesamt ergibt sich die Folgerung, daß weder die Versailler noch die Pariser Friedensverträge die nationalen Probleme und zwischennationalen Konflikte gelöst haben. Vielmehr sind beide Ordnungsversuche als Friedenssysteme gescheitert. Dennoch können das unselige Aufwerfen von Grenzfragen, die selektive Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes oder die wahlweise Anerkennung bestehender oder korrigierter Staatsgrenzen die gegenwärtigen Konflikte nicht eindämmen, sondern vergrößern die Gefahr ihrer weiteren Eskalation.

10. SCHEITERN DES ETATISTISCHEN REALSOZIALISMUS

Die abschließende Frage nach historischem Platz, Modernisierungschancen und gesellschaftlichen Resultaten von vier Jahrzehnten etatistischem Realsozialismus in Südosteuropa ruft kontroverse, zumindest widersprüchliche Antworten hervor.

Die volksdemokratischen Regimes, hervorgegangen aus dem nationalen antifaschistischen Widerstand, der in Jugoslawien, Albanien, auch in Bulgarien – desgleichen im hier nicht erörterten Griechenland – beträchtliche Ausmaße erreichte und im Partisanenkrieg bzw. Aufstand kulminierte sowie letztlich durch die Befreierrolle der Sowjetarmee in den meisten südosteuropäischen Ländern etabliert wurden, führten meines Erachtens durchaus revolutionär-demokratische Umwälzungen in Richtung Sozialismus durch. Dabei wurden zunächst angestrebte nationale Sozialismusmodelle – etwa eines jugoslawischen Weges zum Sozialismus oder demokratische Sozialismusvorstellungen via Volksdemokratie eines Georg Lukács in Ungarn – angesichts des beginnenden Kalten Krieges in Frage gestellt und durch den sowjetisch-jugoslawischen bzw. Kominformkonflikt 1948 abgebrochen, was mit dem Überstülpen des sowjetischen Macht-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, mitgetragen vom kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung, endete.

Angesichts ererbter sozialökonomischer Rückständigkeit und gesellschaftlicher Demokratiedefizite setzte sich damit der bürokratisch-zentralistische und etatistisch-hierarchische Macht- und Politikstil der Vergangenheit fort. An die Stelle feudal-absolutistischer und monarchistisch-bürgerlich-konservativer Regimes trat mit dem Anspruch einer Volksmacht und unter der Formel »Diktatur des Proletariats« die uneingeschränkte Macht einer Partei und ihres Apparats. Diese Macht offenbarte rasch ihre erstaunlich feudal-absolutistischen Strukturen und Herrschaftsmethoden (hierarchischer Zentralismus, ständischer Kollektivismus, ideologischer Monismus, missionarischer Messianismus, sozialer Egalitarismus, ökonomischer Autarkismus), die aus dem weitgehenden Fehlen demokratischer Traditionen eben nicht vollzogener tiefgreifender bürgerlicher Umwälzungen resultieren. Der Weg von der Selbstherrschaft des Monarchen zur Alleinherrschaft des Generalsekretärs war kurz und fast ungebrochen. Politische Machtausübung nicht »durch das Volk«, sondern vermeintlich »für das Volk« geriet zu subjektivistischer Willkür. Vorstellungen von einem »demokratischen Sozialismus« wurden entweder verketzert oder erwiesen sich als Illusion, selbst dort, wo Selbstverwaltungsmodelle gegen etatistischen Zentralismus wirken sollten.

Zugleich bewirkten forcierte Industrialisierungsprozesse und damit verbundene infrastrukturelle Wandlungen tatsächlich partielle gesellschaftliche Modernisierung. Die Verwandlung der südosteuropäischen Region in Industrie-Agrarländer mit eigener volkswirtschaftlicher Basis, die Ausprägung einer differenzierten Sozialstruktur von massenhafter Arbeiterschaft, zahl-

reicher Intelligenz, reduzierter Bauernschaft und staatlich-bürokratischem Management – von M. Djilas als »neue Klasse« bezeichnet – durchbrach verkrustete und rückständige Sozialstrukturen. Angesichts vorher nur schwacher industrieller Entwicklung, die sich vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts zudem in imperialen Abhängigkeiten und mit halbkolonialen Zügen vollzog, erzielte der Realsozialismus durchaus ökonomische und soziale Fortschritte. Meines Erachtens beschleunigt sich in diesem Zusammenhang auch die Nationsformierung mit einer eigenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und kommunikativen Infrastruktur in Südosteuropa. Dieser Nachvollzug von Nationwerdung entfaltete entgegen den Erwartungen von nationaler Annäherung jedoch zugleich nationale Identitätssuche und differenzierende nationale Sprengkraft.

Insgesamt erreichte der etatistische Realsozialismus, der mit dem Industrialisierungsschub weniger genuin sozialistische Ziele verfolgte, eher Prozesse der ursprünglichen Akkumulation und der industriellen Revolution mit etatistischem Instrumentarium nachvollzog, im Vergleich zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine erforderliche gesellschaftliche Effizienz.

Dieses Fazit ergibt sich deshalb, weil die extensive industrielle Wachstumspolitik keine wirtschaftliche Effektivität, technische Innovation und intensive Reproduktion erreichte; weil mit forcierter Kollektivierung der Landwirtschaft beschleunigte Landflucht und überhitzte Urbanisierung mit demographischen Verwerfungen ausgelöst wurde; weil mit etatistisch-bürokratischen Machtstrukturen keine Effizienz des politischen Systems, keine demokratische Akzeptanz der Machtverhältnisse zu erzielen war.

Damit bewirkte der etatistische Realsozialismus die selbstverschuldete Implosion seines Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und stürzte damit auch die meisten südosteuropäischen Länder in eine tiefe gesellschaftliche und Modernisierungskrise, deren Auswege offen sind.

Der anstehende Transformationsprozeß kann jedoch nicht mit der bloßen Übertragung westlich-marktwirtschaftlicher Modelle auf Südosteuropa bewältigt werden, weil die Problemlage nicht auf die Überwindung realsozialistischer Deformationen zu verkürzen ist, sondern das Resultat einer Summe historisch-gesellschaftlicher Entwicklungen darstellt: Erbe von Fremdherrschaft und hegemonialer Unterordnung, Resultat verspäteter Nationwerdung und Eigenstaatlichkeit, Konsequenz deformierter bürgerlicher wie realsozialistischer Entwicklungen. Für die Lösung dieses Problembündels, die langfristig erfolgen wird, bedarf es neuer, längst nicht sichtbarer Konzepte, und nicht der versuchten Nachahmung westlicher Gesellschaftsmodelle.

ERHARD CROME

Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch

Lenin und Genossen erweisen »dem internationalen Sozialismus, dem zu Liebe und um dessentwillen sie gestritten und gelitten, einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Rüstkammer als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkriege waren«.

Rosa Luxemburg, 1918¹

»Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Es ist auch nicht verwunderlich: Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin – von innen. Hitler attackiert den Marxismus. Stalin attackiert ihn nicht nur, sondern prostituiert ihn auch. Es ist nicht ein ungeschändetes Prinzip, es ist nicht eine unbefleckte Idee übriggeblieben. Selbst die Worte Sozialismus und Kommunismus sind grauenhaft kompromittiert, seit unkontrollierte Gendarmen mit Ausweisen als »Kommunisten« ihr Gendarmenregime Sozialismus nennen.«

Leo Trotzki, 1937²

Der Mann mit dem Alkoholikergesicht und der abgewetzten Jeansjacke steigt in einen zerbeulten, alten Opel. Im Davonfahren sieht man das Schild im Heck: »Stasijäger«. Ist zu erwarten, daß dies einer war, der tatsächlich in einer Zelle zusammengeschlagen wurde?

In einer Diskussion, bereits in jenem denkwürdigen Jahr 1990, war ein Mann mit scharfkantigem Gesicht aufgestanden und hatte insistiert, er sei ideologisch mißlieblich, ja ein Opfer der DDR-Verhältnisse gewesen. Bei näherem Hinsehen stellte sich heraus: Er hatte im außenpolitischen Dienst der DDR gearbeitet, nur zum Botschafter hatte man ihn nicht gemacht.

1 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 4. Berlin 1974. S. 364.

2 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen. Berlin 1990. S. 324.

Der Realsozialismus als geschichtsmächtige Kraft ist dahingegangen. Das Fell des Bären liegt am Boden. Je länger es liegt, desto mehr Leute kommen herbei, die einst, als das Tier noch bei Kräften war, stets einen weiten Bogen gemacht, und die nun das Fell bespucken, auf ihm herumtrampeln, und stolz sind auf ihren Mut.

Diese Art nachwendischen Heldentums hat allenthalben Platz gegriffen und erweist sich als spezielles Hindernis für die Betrachtung und Bewertung. »Der ›Stalinismus‹«, schreibt Ákos Szilágyi, »ist nicht mehr unser Feind. Er ist vielmehr unser Gegenstand. Wir können ihn in die Hand nehmen, wenden und betrachten wie einen schlechten Zahn, unter dem wir noch vor kurzem so gelitten haben: ›Das war er also!‹ Kurz, wir können mit ihm bereits machen, was wir wollen, und das muß den Interpreten zur Vorsicht mahnen. Haß und Begeisterung, Ekel und Andacht gehören zur Geschichte des Gegenstandes und sind selbst schon Gegenstand. Niemand lasse sich dadurch täuschen, daß die zu allem entschlossenen Freiheitshelden, die unbestechlichen Streiter für Rache und Abrechnung gerade jetzt – für die Dauer eines Szenenwechsels – in Osteuropa die Bühne betreten, um dem toten Monster tollkühn das Schwert ins Herz zu stoßen, mit dem theatralischen Ausruf: ›Büße, Elender!‹ Die dem Monster zu dessen Lebzeiten nicht entgegentreten wagten oder es nicht wollten, ob sie nun seine leidenden Opfer, schwärmerischen Sklaven oder andächtigen Priester waren – sie gehören heute ebenfalls dem Gegenstand an, dem Zerfall des Alten und nicht dem neuen Leben. Wir sind nämlich keine Sieger. Überlebende sind wir. Wenn uns nun, aus der Gnade der Geschichte, als Gegenstand in die Hände kommt, was unser Leben – Schicksal, Institution, Denkweise, Alltäglichkeit der Macht – ausmachte, sollten wir es zunächst einmal in Augenschein nehmen. Die zeitliche, geschichtliche Distanz zum Geschehenen ermöglicht eine neue, in diesen Breiten ungewöhnliche, aber vielleicht nicht unfruchtbare Betrachtungsweise: die der Sachlichkeit. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich spreche nicht von Gleichmut, Objektivität, sondern von der Freiheit, uns von den obligatorischen Interpretationen des Gegenstandes zu lösen, ihn so ernst zu nehmen, daß nichts mehr von ihm bleibt.«³

Es ist auch in Deutschland nicht die Zeit, sich Freunde zu machen durch eine sachliche Analyse des Realsozialismus und seines Endes. Die eine obligatorische (Mehrheits-)Interpretation ist, nur von dem Gendarmenregime

3 Ákos Szilágyi: *Paradiesischer Realismus. Totalitäre Staatskunst im 20. Jahrhundert*. In: Péter György/Hedvig Turai (Hrsg.): *Staatskunstwerk. Kultur im Stalinismus*. Budapest 1992. S. 7.

zu reden und zu verneinen, daß dahinter auch etwas anderes stand; die andere, in gewissen Kreisen ihrerseits wiederum obligatorische (Minderheits-)Interpretation läuft darauf hinaus, das stickige Gendarmentum zu leugnen und an der Legende zu stricken, das da damals sei doch die »schöne neue Welt« gewesen, nur hätte »der Feind« sie nicht zu sich selber kommen lassen.

Im folgenden soll versucht werden, den »obligatorischen Interpretationen« nicht zu folgen.

EIN DDR-SPEZIFISCHER AUSGANGSPUNKT

Ulbricht hat Kádár immer für einen »Revisionisten« gehalten, und »die alten Genossen« wissen, daß die ungarischen Entwicklungen SED-parteiintern auch immer so behandelt wurden. Honecker dachte ähnlich, verbarg dies nur etwas geschickter.

Als Gyula Horn, damals ungarischer Außenminister, Günter Mittag, dem kurzzeitig anstelle des erkrankten Generalsekretärs als Spitzenmann der SED Amtierenden, im Spätsommer 1989 in Berlin erklärte, daß Ungarn nicht bereit sei, die DDR-Bürger weiter festzuhalten – wenn die DDR Probleme mit ihren Bürgern hätte, sollte sie sie doch intern lösen –, hatte Ungarn ein aus dem Jahre 1961 datiertes geheimes Abkommen aufgekündigt; es tat dies zudem unter Hinweis auf die Menschenrechte im allgemeinen und die entsprechenden Vereinbarungen im Rahmen der KSZE im besonderen.

Da wußten die Genossen in Berlin, die es schon immer gewußt hatten, daß die Ungarn nun den DDR-Sozialismus an den »Klassenfeind« verkauft hatten. Hermann Axen betätigte sich als Seher und sagte Laternen voraus, an denen man die Kommunisten aufhängen werde. »... wie '56, ihr werdet es sehen!« Es folgten Kerzen, Friedensgebete, auch in der DDR ein »Runder Tisch« und freie Wahlen. Der Realsozialismus ist nun abgeschlossenes Sammlungsgebiet. Deutschland vereinigt. Man kann, wenn man will, an die Analyse gehen.

Die DDR-Presse unterstellte in Wiedergabe von Positionen der SED-Führung im September 1989 unter Verweis auf den Kurzbesuch von Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Horn am 25. August 1989 in der BRD und ihr Treffen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher »Verrat« und »Silberlinge« in den Taschen der ungarischen Reformer.⁴

4 Siehe Gyula Horn: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete. Hamburg 1991, S. 314ff.

Im Spätsommer 1989 standen sich in Gestalt der SED- und der ungarischen Führung zwei konträre Konfigurationen der Spätphase des realsozialistischen Herrschaftssystems gegenüber. Die SED-Führung war mit der Tatsache konfrontiert, daß die deutschen Kommunisten nunmehr die dritte Niederlage im Systemwettbewerb auf deutschem Boden nach 1945 hinnehmen mußten: Nachdem die Begründung eines sozialistischen Gesamtdeutschlands gescheitert war und die Mauer von 1961 das Scheitern des sozialistischen Projekts bei offenen Grenzen dokumentierte, bedeutete die Fluchtwelle von 1989, daß auch die seit den 60er Jahren gehegte Hoffnung zerstoßen war, den »Sozialismus« nunmehr im Schatten der Mauer auf seinen eigenen Grundlagen zu entwickeln – wie es im Programm der SED von 1963 formuliert war: »Umfassender Aufbau des Sozialismus heißt: Die Deutsche Demokratische Republik zu einem modernen sozialistischen Staat zu machen, der der ganzen Welt gegenüber das neue Deutschland verkörpert, dessen Friedenspolitik, Ansehen und Anziehungskraft seine Bürger mit Stolz erfüllen.«⁵ Diese Bürger, zumal viele der jüngeren, die bereits in der DDR und unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit aufgewachsen waren, hatten in großer Zahl 1989 entschieden, unter allen Umständen die DDR zu verlassen und Bürger der Bundesrepublik zu werden; mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 entschied dies die große Mehrheit der DDR-Bürger. Die Reaktion der SED-Führung im Spätsommer 1989 war der verstärkte Rückzug in die virtuelle Welt einer »prinzipiellen, klassenmäßigen Position«, von der aus versucht wurde, die ungarische Führung für das eigene Scheitern verantwortlich zu machen.

Die ungarischen Reformen, die 1989 die Macht in Händen hatten, waren dagegen aus einer jahrzehntelangen Reformentwicklung in Ungarn hervorgegangen, und sie machten mit großem Realismus Politik vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen. Ihre Deutschlandpolitik des Jahres 1989 rührte aus zwei Quellen. Die erste war die innere Logik der eigenen Reformentwicklung. Sie lief auf den Verzicht auf die traditionelle marxistisch-leninistische Rabulistik hinaus, wonach die Welt in die gute Logik des Sozialismus und die schlechte des Kapitalismus zu unterteilen war, was der kommunistischen Staatspartei nahezu alles erlaubte, wenn es um der »großen Sache« und der »historischen Mission« willen geschah. Die USAP-Reformer nahmen die von Gorbatschow benutzten Formeln von den »all-

5 Walter Ulbricht: Referat. Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. – Programm der SED. In: VI. Parteitag der SED. Berlin, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin 1963. S. 322.

gemein-menschlichen« Werten ernst und vollzogen eine Rückbindung der eigenen Politik an die Menschenrechte. So hatte es bereits am 10. und 11. Januar 1989 harte Auseinandersetzungen im ungarischen Parlament um das neue Vereins- und Versammlungsgesetz gegeben. Am Ende hatte sich der Standpunkt durchgesetzt, daß es sich hier nicht um Konzessionen der Staatsmacht, sondern um grundlegende Menschenrechte handelt. Justizminister Kálman Kulcsár hatte in der Begründung der Gesetze betont, Ungarn lasse sich auf seinem Wege zu rechtsstaatlichen Verhältnissen von westeuropäischen Vorbildern leiten.

Eine politische Kraft, wie sie 1989 der politische Reformflügel der USAP darstellte, die sich in so erheblichem Maße daran gebunden hatte, ihre Autorität aus den Reformen, nun auch auf politischem Gebiet, abzuleiten, war außerstande, dem Ansinnen der DDR-Führung zu folgen, den Flüchtlingsstrom aus der DDR mit Gewalt an der ungarischen Grenze zu stoppen. Das hätte die gesamte eigene Reformpolitik und deren geistige Grundlagen desavouiert. Das Bemühen, dies realpolitisch auch mit der Regierung der Bundesrepublik abzustimmen, war die Konsequenz dessen, nicht umgekehrt.

Die zweite Quelle ist das ungarische Nationalbewußtsein. Zu den erklärungsbedürftigen Phänomenen der Nachkriegsgeschichte im sowjetischen Herrschaftsbereich gehört, daß die polnische und die ungarische Gesellschaft sich besonders widerständig zeigten gegenüber den stalinistischen Zumutungen. Hier blieben Unruheherde, wurde die Mauer unterminiert, bevor sie in Berlin fallen konnte. Eine Hypothese findet sich dann, wenn man davon ausgeht, daß es sich hier kultursoziologisch um die ausgeprägtesten Gentry-Gesellschaften im Osten Europas handelt. Sie haben sich schon aus ihrer kulturellen Disposition heraus am deutlichsten gegen den Moskauer Machtanspruch gestellt. In diesem Sinne wurden in der jüngeren Generation der ungarischen Eliten auch weiterreichende Überlegungen angestellt. Mit den Worten eines jungen Mitarbeiters eines staatlichen Instituts in Ungarn, in dem strategische Studien erarbeitet wurden, lautete diese bereits im Jahre 1980 wie folgt: »Machen Sie die deutsche Einheit, dann werden die Russen hinter ihre natürlichen Grenzen zurückgedrängt, und Ungarn ist frei!«

In diesem Sinne war der Beitrag Ungarns, die DDR aus den Sphären der klassenmäßigen Fiktion herunterzuholen auf den Boden der nationalen Tatsachen, ein Beitrag zur Lösung Ungarns aus der Subordination unter die Moskauer Politik. Aus ungarischer Sicht war der Fall der Mauer in Berlin ein entscheidender Schritt auf dem Wege Ungarns zur Unabhängigkeit, zurück »nach Europa«.

ZU DEN SYSTEMATISCHEN AUSGANGSPUNKTEN

Rosa Luxemburg kritisierte insbesondere jenen Leninschen Ansatz, die Diktatur der Demokratie entgegenzustellen, um letztere abzuschaffen.⁶ Dies aber wurde in Gestalt des »sowjetischen Modells« kanonisiert, im Laufe der 20er Jahre innerhalb der kommunistischen Bewegung durchgesetzt und mit den sowjetischen Siegern des Zweiten Weltkrieges in die besetzten Länder übertragen. Das Luxemburg'sche Diktum, wonach die russischen Kommunisten das in die »Rüstkammer« der Theorie des Sozialismus einbrachten, was »die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten« waren, erwies sich als geradezu hellseherisch. Das Bekenntnis zum »sowjetischen Modell« avancierte Anfang der 50er Jahre zum Kriterium für die »Prinzipienfestigkeit« der verschiedenen kommunistischen Parteien, und es war im Kern die Aufforderung, ein künstliches Gesellschaftsgefüge zu installieren, das mit der eigenen Geschichte der respektiven Länder nur bedingt zu tun hatte. Die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften, wirtschaftlich, sozial und kulturell entwickelter, als die meisten Völker der Sowjetunion, jedoch waren offenbar nicht bereit, die Oktroyierung des sowjetischen Modells widerspruchslos hinzunehmen.

Insofern war es nicht zufällig, daß die erste Erhebung gegen diese Politik in der DDR, der »Perle in der Krone«⁷ des sowjetischen Herrschaftssystems, stattfand, einem der Länder, die das höchste Entwicklungsniveau im sowjetischen Machtbereich hatten. Die von Ulbricht und der sowjetischen Führung verwendete Interpretation, der 17. Juni 1953 in der DDR sei ein »faschistischer Putsch« gewesen, enthob dann die SED und die Führer des sowjetisch dominierten Staatengefüges der Notwendigkeit, ernsthaft über die tieferen Ursachen des Volksaufstandes nachzudenken. Die deutsche Vergangenheit, der »Klassenfeind« und die offene Grenze der DDR fungierten als die wohlfeilen Erklärungsmuster.

Anders wurde es dann mit den Volksaufständen des Jahres 1956, zunächst in Polen, dann in Ungarn. Eine Erklärung zu geben erheischte, nicht nur den »Klassenfeind«, sondern auch die falsche Politik der eigenen Partei in den Blick zu nehmen. Das bedeutete in Ungarn eine klare Abgrenzung der USAP unter Kádár gegenüber der früheren »Partei der Ungarischen

6 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 4. Berlin 1974. S. 361f.

7 Dieser Begriff wird so verwendet von Wojciech Jaruzelski in seinen Erinnerungen. (Wojciech Jaruzelski: Hinter den Türen der Macht. Der Anfang vom Ende einer Herrschaft. Leipzig 1996. S. 75).

Werktätigen« Rákosis. Diesem wurde zugewiesen, eine »mechanische Übertragung« des sowjetischen Modells auf ungarische Verhältnisse bezweckt zu haben, was dann den Volksaufstand von 1956 zur Folge gehabt hätte.

Insofern hatte die Kádár'sche Politik seit 1956 vor allem zwei Ausgangspunkte: die notwendige Distanzierung vom ursprünglichen »sowjetischen Modell«, weil die »mechanische Übertragung« schon mit Rákosi negativ besetzt war, und die Öffnung zu einer neuartigen, schöpferischen Politik, weil anders die Position der Staatspartei nicht erneut zu befestigen war.

Entgegen den Selbstdarstellungen der Träger realsozialistischer Machtverhältnisse waren die wirklichen Verhältnisse in den betreffenden Ländern vergleichsweise differenziert. Die Varianzbreite reichte von der eher reformerischen Politik Kádárs in Ungarn bis zur offenen, terroristischen Diktatur Ceauşescus in Rumänien; dazwischen standen die reformfeindliche Politik Honeckers in der DDR oder Husaks in der ČSSR bzw. die unter innerem Druck eher reformfreundliche Politik Jaruzelskis in Polen.

Die Spezifika der ungarischen Entwicklung und Politik seit 1956 hängen in vielem mit den Folgen des Volksaufstandes und den entsprechenden Folgerungen der politischen Führung unter Kádár zusammen. Hier haben die Eigenarten des »Gulaschkommunismus«, die reformerischen Dimensionen und Spielräume in Ungarn ihren Ursprung.

Daraus folgt zweierlei. Aus der Sicht der DDR-Verhältnisse beispielsweise gilt es durchaus zu würdigen, welche Vorteile die real existierende ungarische Gesellschaft besaß, etwa hinsichtlich der Offenheit der Diskussion, der Freimütigkeit von wissenschaftlichen Äußerungen, in den 80er Jahren der Entstehung eines halböffentlichen Raumes, in dem sich auch sich ausdifferenzierende politische Positionen artikulieren konnten. Dabei ist es unerheblich, ob diese Entwicklungen im Sinne des ursprünglichen Verständnisses von Kádárs patriarchalischem Sozialismus lagen, oder von einem bestimmten Punkt an gegen seinen Willen sich vollzogen, weil die Entwicklung inzwischen weitergegangen war.

Gleichzeitig sollte nicht verkannt werden, daß auch Kádárs »Gulaschkommunismus« Fleisch vom Fleische des stalinistischen Herrschaftstyps war. Typologisch handelte es sich durchaus um einen einheitlichen Herrschaftscharakter, trotz der konkreten Ausdifferenzierungen. Doch räumte dieser in Ungarn Möglichkeiten ein, die in anderen Herrschaftssystemen und Gesellschaften dieses Typs nicht bestanden. Die Sicht auf die Reformpotentiale, die in Ungarn in der Ära Kádár entstehen konnten, hebt die typologische Zuordnung zum Typus »Stalinismus« nicht auf, zeigt aber die Varianzbreite, die seit den 60er Jahren noch zugenommen hat.

Die politischen Konstellationen im ungarischen Umbruch von 1989/1990 wiederum resultieren in vielem aus der Entstehung des halböffentlichen politischen Raumes in den Jahrzehnten davor.

DIE AUSGANGSSITUATION UND DIE FOLGERUNGEN DER USAP NACH 1956

Die Niederschlagung des Aufstandes von 1956 bedeutete für Ungarn, daß das geopolitische Eingebundensein in den sowjetischen Herrschaftsbereich für historisch nicht absehbare Zeit unausweichlich blieb, zumal der Westen, auch dies eine Botschaft des Jahres 1956, daran nichts ändern konnte oder wollte, und daß die Herrschaft der kommunistischen Partei ebenso obligatorisch blieb. János Kádár, der im Zusammenhang mit dem fingierten Schauprozeß gegen Lászlo Rajk (hingerichtet 1949) selbst in den Kerker geworfen und dort schwer mißhandelt worden war, stellte sich im November 1956 an die Spitze der Rekonstruktion des realsozialistischen Herrschaftssystems.

Er stand vor einer Situation, daß die frühere Staatspartei in der Bevölkerung völlig diskreditiert war, sie sich faktisch aufgelöst hatte, die Arbeiter in den Betrieben noch streikten und alle im In- und Ausland wußten, nur die sowjetischen Panzer hatten den Ausschlag gegeben, daß nicht mehr Imre Nagy an der Spitze der Regierung stand, sondern Kádár. Was sollte oder konnte er in dieser Lage tun? Der Kurs der neugegründeten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) verband drakonische Maßnahmen der Machtsicherung schon frühzeitig mit Reformen, zunächst in der Landwirtschaftspolitik, und mit vielgestaltigen Dialogangeboten. Das Ein-Partei-System wurde beibehalten, die Wiedergründung der unter Rákosi 1949 unterdrückten Parteien nicht zugelassen, jedoch wurden Politiker aus ursprünglich anderen politischen Lagern, wie József Bognár, vor 1949 in der Partei der Kleinen Landwirte, auf hoher Ebene (Bognár als Minister in der Kádár-Regierung) einbezogen. Zielpunkt der Politik gegenüber den Arbeitern in der Industrie und den Bauern war das Versprechen, daß deren Wohlergehen der Sinn der Politik sein werde.

Innerhalb der USAP wurde versucht, Voraussetzungen für neue politische Spielräume zu schaffen. Die politische Niederlage, die der Volksaufstand 1956 für die ungarischen Kommunisten bedeutete, wurde zum Ausgangspunkt eines spezifischen ideologisch-politischen Ansatzes, der dann für die gesamte Kádár-Zeit prägend sein sollte. Das war *erstens* die Kennzeichnung des Volksaufstandes als »Konterrevolution«, sonst hätte die

USAP ja ihren Herrschaftsanspruch aufgeben müssen, allerdings dann ergänzt mit dem Nachsatz, diese sei eine »nationale Tragödie« gewesen.

Zweitens wurden die Ursachen für diese »Tragödie« nicht nur »dem Verrat« Imre Nagys zugewiesen, sondern ebenso der »dogmatischen«, d. h. orthodox-stalinistischen Politik Rákosis und dem Personenkult um ihn. So definierte sich die USAP faktisch seit Dezember 1956, bekräftigt dann durch Parteikonferenzen und Parteitage, als eine Partei, die ideologisch einen »Zweifrontenkampf« führt, gleichermaßen gegen »Dogmatismus« und »Revisionismus«. Das war für die 50er und 60er Jahre eine Besonderheit in der Konstellation der kommunistischen Parteien Osteuropas. Betonte doch etwa Walter Ulbricht zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß der Feind der »Revisionismus« sei, während der »Dogmatismus« eher auf die Schärfe des Klassenkampfes oder die unschöpferische Herangehensweise von Kommunisten, die es eigentlich richtig meinten, zurückzuführen sei. Damit war die linkssektiererische, stalinistische Dimension der Politik und Ideologie der Entstehung und Entwicklung des Realsozialismus in Ungarn in einer Weise zur Debatte und wissenschaftlichen Bearbeitung freigegeben, wie innerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereiches zu jener Zeit in keiner anderen Partei.

Drittens erweiterte Kádár dann die »Bündnispolitik« zur Festigung des Systems Anfang der 60er Jahre durch den Kurs: »Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns.« (Übrigens eine dezidierte Umkehrung eines Leninschen Satzes.) Viele wegen »konterrevolutionärer Tätigkeit« Inhaftierte wurden, oftmals vorzeitig, aus der Haft entlassen. Bürgerliche Intellektuelle fanden ihren Platz auch (wieder) an Universitäten und Hochschulen.

Die internationale Absicherung dieses Kurses, gegenüber Moskau und gegenüber dem ideologischen Mißtrauen der anderen Parteien, etwa der SED, erfolgte zunächst dadurch, daß die USAP ihn in ihren offiziellen oder offiziellen Stellungnahmen völlig unideologisch begründete, als pragmatischen Kurs einer Partei, die nach der »Konterrevolution« neues Vertrauen in der eigenen Bevölkerung gewinnen mußte und dafür auch das Vertrauen und die Unterstützung der »Bruderparteien« brauchte – nicht als großartiges neues, theoretisch hergeleitetes Reformprojekt. Außerdem erkaufte die USAP ihre innenpolitischen Spielräume durch dezidierte Linientreue in allen wesentlichen Fragen der Außenpolitik, durch ausdrückliche Unterstützung der sowjetischen Positionen, etwa in der »Westberlin-Politik« der 50er und 60er Jahre oder der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, oder auch hinsichtlich des Einmarsches in die Tschechoslowakei 1968.

Ein Leitgedanke der Kádárschen Politik war, wie er in seinen Altersreden mehrmals betonte, daß das ungarische Volk nach Jahrhunderten der Tragödien, von Mohács 1526, über 1848/49 bis zu 1956, in Ruhe und Frieden seiner täglichen Arbeit nachgehen können sollte. Es war seit den 60er Jahren die behutsame Diktatur eines aufgeklärten Patriarchen-Sozialismus. Das schloß die Beteiligung an großartigen, neuen Experimenten, wie sie von anderen regierenden realsozialistischen Staatsparteien immer wieder von Parteitagstribünen verkündet wurden, aus, die Öffnung zu inneren Reformdebatten aber ausdrücklich ein. Die Partei sollte sich legitimieren aus der spürbaren Besserung der Lebenslage der Bevölkerung.

DIE REFORMDEBATTEN SEIT DEN SECHZIGER JAHREN UND DAS DILEMMA DER REFORMER

Reformdebatten wurden seit Anfang der 60er Jahre in den europäischen sozialistischen Ländern im sowjetischen Herrschaftsbereich allenthalben geführt. Innerhalb der Sowjetunion wurden die Debatten und die Reformen selbst nach dem Sturz Chruschtschows abgebrochen; im internationalen Gefüge waren sie mit der Denunzierung der Ansätze Ota Šiks als einer der »revisionistischen« Ursachen der »Ereignisse« in der Tschechoslowakei 1968 durch die Moskauer Führung, nicht ohne Zutun der SED-Führung, verunmöglicht worden.

Die USAP ist diesen Schwenk nicht mitgegangen, auch wenn Ende 1968 nicht mehr alle, ursprünglich vorgesehenen Reformschritte gegangen wurden. Entscheidend dabei war, daß dieser Diskussionsstrang in Ungarn seit Anfang der 60er Jahre organisch entwickelt und nicht als Kampagne gestaltet worden war. Die Wirtschaftsreform, die per 1. Januar 1968 mit ihren umfangreichen Regelungen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft als Ganzes eingeführt worden war, hatte spätestens seit 1964 die Partei wesentlich beschäftigt; Kádár und die Parteiführung hatten sich voll damit identifiziert, so daß sie nicht als Ressortangelegenheit der Wirtschaftler beliebig wieder beiseite gelegt werden konnte. Die Erfüllung der Hoffnungen, die mit ihr in der offiziellen Präsentation der Politik der Partei verbunden wurden, war Bestandteil der Bemühens um weitere innenpolitische »Normalisierung« und Vertrauenerwerb.

Es wirkte sich aus, daß die USAP-Führung die Begründung der Reform wiederum unideologisch, als lediglich auf die Steigerung der Effizienz der Wirtschaft gerichtet, herleitete. Dies war eingepaßt in das ideologisch-poli-

tische Konzept der »Tabus«. ⁸ Damit war gemeint, daß bestimmte Fragen nicht öffentlich diskutiert bzw. in Frage gestellt werden durften. Insbesondere waren dies: die »führende Rolle« der Partei, das »Bündnis mit der Sowjetunion«, d. h. die Einbindung Ungarns in den sowjetischen Machtbereich, und die Charakterisierung des Aufstandes von 1956 als »Konterrevolution«, abgemildert als »Tragödie«. Alle anderen Probleme und Themen der ungarischen Situation konnten vergleichsweise offen debattiert werden. Jedenfalls gab es zwar Beschlüsse und Festlegungen der Partei zu den verschiedensten Problemkreisen; es wurde jedoch nicht eine, wie in anderen staatssozialistischen Parteien übliche, Unterwerfung auch des letzten Parteimitgliedes unter die jeweiligen Sprachregelungen gefordert. (Das betraf auch die Pressepolitik, etwa im Unterschied zur DDR.)

Das Grundkonzept der Wirtschaftsreform wurde nie zurückgenommen, auch wenn seit 1972 Phasen wieder stärkerer Zentralisierung in der Wirtschaftsführung und solche erneut verstärkter Dezentralisierung einander ablösten. Das hatte Folgen für das geistige und politische Klima. Exponierte Reformer, die aus der politischen Verantwortung entfernt wurden, verschwanden nicht – nach sowjetischem Vorbild – im Nichts, sondern Rezső Nyers, der »Vater der Wirtschaftsreform«, beispielsweise wurde nach seiner Ablösung als Wirtschaftssekretär der USAP-Führung in den 70er Jahren Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, konnte sich auch weiterhin regelmäßig öffentlich äußern. Aus dieser Stellung heraus konnte er nochmals eine wichtige politische Rolle im Prozeß des Wandels 1988/1989 spielen.

Im Studium der Wirtschaftswissenschaften wurden schon seit den 60er Jahren in Ungarn moderne westliche Theorien gelehrt, ungarische Studenten konnten Studienaufenthalte im Westen in Anspruch nehmen – Miklós Németh galt als einer der ersten hochrangigen Wirtschaftspolitiker, die unter diesen Bedingungen ausgebildet waren. Ungarische Soziologen lehnten offen das marxistisch-leninistische Klassenverständnis ab. Juristen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften befaßten sich mit den Kommunalverfassungen in Westeuropa, weil sie den Auftrag hatten, Vorschläge für neue Regelungen in Ungarn zu unterbreiten. In allen Bereichen, auch der Sozial- und Geisteswissenschaften, waren Wissenschaftler tätig, die eindeutig aus der alten, »bürgerlichen« Intelligenz kamen. Alles in allem bestand in Ungarn auch im offiziellen Wissenschaftsbetrieb ein natürliches

8 Das wurde von hochrangigen ungarischen Medicinleuten auch schon in den 70er Jahren ganz offen so genannt.

Eingebundensein in die geistigen Debatten des Westens, wie es in anderen Ostblockländern, abgesehen von Polen, nicht anzutreffen war. Ein Mann wie József Bognár, dessen stets originelle Forschungsansätze im Grunde nie dem Marxismus-Leninismus zuzuordnen waren, konnte jahrelang das bekannte Budapestener Institut für Weltwirtschaft leiten, an dem beispielsweise Béla Kádár arbeitete, der dann Minister für internationale Zusammenarbeit in der Antall-Regierung wurde.

Im Grunde war die gesamte Politik der USAP seit den 60er Jahren geprägt von einem Hin und Her in der Wirtschaftspolitik zwischen mehr Markt einerseits und (zeitweilig, partiell wieder) mehr Staat und Plan andererseits. Es sollte eine Liberalisierung der Wirtschaft ermöglicht werden, ohne die Machtposition der Partei anzutasten. Hier standen die Erfahrungen von 1956 und der Intervention in der Tschechoslowakei 1968, der geopolitische Schatten der sowjetischen Hegemonie gleichsam im Hintergrund.

In der Mitte der 80er Jahre war in Ungarn, wie in den anderen realsozialistischen Ländern ebenfalls, eine umfassende Gesellschaftskrise spürbar. Anders als in der Sowjetunion standen die ungarischen Reformer in den 80er Jahren allerdings nicht vor der Tatsache, daß die entstandene Krise des sozialistischen Systems dem jahrzehntelang völligen Fehlen von Reformen zu verdanken war, sondern ihr Dilemma war, daß mit den verschiedensten Varianten von Reformen experimentiert worden war, ohne daß ein sichtbarer Erfolg verzeichnet werden konnte.

In den 80er Jahren waren die Reformer in der Partei, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und die Medien, soweit sie bereits in bestimmtem Sinne öffentliche Meinung zu artikulieren vermochten, darin einig, daß das politische System zum eigentlichen Hemmnis geworden war.

DER SPÄT-KADARISMUS UND GORBATSCHOW

An die Macht gekommen, mußte Gorbatschow eine Krise des Systems konstatieren, die von der imperialen Überdehnung der Sowjetunion noch verstärkt wurde.⁹ Seine Perestroika, zumal verkoppelt mit Glasnost, löste

9 Ich folge hier dem von Paul Kennedy entwickelten Erklärungsmuster, daß große Mächte in ihrer Niedergangsphase gewöhnlich an »imperialer Überdehnung« leiden, die schließlich zu gravierenden Kursänderungen, wenn nicht zum Verschwinden der Großmacht als Großmacht, führen. (Siehe Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt am Main 1989).

dann allerdings einen Reformschock aus, den nicht nur das äußere Imperium, sondern auch das innere Imperium und das sozialistische Gesellschaftssystem nicht überstanden.

Als Gorbatschow in seine historische Rolle schlüpfte, konnten die ungarischen Reformkommunisten auf einen langen Reform-Vorlauf, sachlich und konzeptionell, zurückblicken. Ideen- und politikgeschichtlich hat eher das ungarische Reformdenken die Reformen in der Sowjetunion beeinflusst als umgekehrt. So waren die unter Andropow in der Sowjetunion debatierten Reformansätze augenscheinlich von den ungarischen Entwicklungen geprägt, wobei auch das persönlich spezifische, enge Verhältnis zwischen Kádár und Andropow, der 1956 sowjetischer Botschafter in Ungarn war, eine Rolle spielte.

Kádár setzte in Gorbatschow, von dem er wußte, daß Andropow ihn in die Moskauer Führung geholt hatte, die Erwartung, daß er das an Reform des Sozialismus verwirklichen würde, was Andropow nicht mehr konnte. Während Honecker etwa darauf hoffte, daß es die Orthodoxen in Moskau doch noch schaffen würden, Gorbatschow zu stürzen, unterstützten sowohl Kádár als auch die Reformler in der USAP, die in diesem längst ein Hindernis für die weitere Entwicklung sahen, Gorbatschows Position.

Gorbatschow jedoch ging in seiner Politik bald viel weiter, als Kádár je gegangen war – ob dieser das aus kommunistischer Gesinnung oder wegen des Drucks der vormaligen sowjetischen Führungen getan hatte, ist dabei unerheblich. Die Gorbatschows Kurs immanente Delegitimierung des realsozialistischen Systems entzog auch dem Kádárismus die eingewohnte Basis. Das Wort von der »freien Wahl des Entwicklungsweges«, die auch für die sozialistischen Bruderländer gelte, und die eindeutigen Signale aus Moskau, daß die »Bruderparteien« sich ihre Legitimierung bei ihren respektiven Bevölkerungen bitteschön selbst besorgen sollten, zumindest sowjetische Panzer dafür nicht mehr zur Verfügung stünden, verstärkten den politischen Druck auch in Ungarn.

Kádár, der im Verhältnis zu den anderen Parteiführungen jahrzehntelang gegen die Etikettierung als »Revisionist« anpolitisiert werden mußte, erschien neben Gorbatschow nun selbst als seltsam antiquiert, vergleichsweise orthodox, zögerlich und unzeitgemäß. Die »Tabus« verloren plötzlich ihren Sinn. Die Entstehungsgründe des Kádár-Regimes standen wieder auf der Tagesordnung; allein diese Frage wog schwerer, als all die geöffneten Ventile der langen Reformjahre.

Reformkommunisten und entstehende Oppositionsgruppen sahen sich durch Gorbatschow bestätigt, daß das ungarische Reform-Dilemma durch

einen grundsätzlichen Wandel des politischen Systems gelöst werden mußte. Zugleich waren sie sich einig, daß es nur eine ungarische Lösung sein konnte; Antworten waren bekanntlich aus Moskau nicht zu hören, und die Fragen zum eigenen System kannte man in Ungarn ohnehin besser. »Freie Wahl des Entwicklungsweges« konnte auch heißen, daß die geopolitische Falle, zum sowjetischen Imperium zu gehören, nicht mehr aufgestellt war. Zumindest konnte man prüfen, welche neuen Spielräume bestehen.

Wenn das bisher herrschende System seine Definitionsmacht verliert, rücken die unerledigten historischen Fragen, die dieses unterdrücken, verschweigen oder umgehen wollte, unweigerlich wieder auf die Tagesordnung.

DIE FORMIERUNG DER POLITISCHEN KRÄFTE DES WANDELS

Trotz der andersartigen Entstehungszusammenhänge war die Gesellschaftskrise in Ungarn der in den anderen osteuropäischen Ländern vergleichbar. Die Liberalisierung der Wirtschaft scheiterte an den politischen Verhältnissen; die Nichterfüllung sämtlicher Wirtschaftspläne seit Mitte der 70er Jahre und das immer schnellere Hin und Her zwischen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzepten und Reformversprechen ließen nicht nur an der Lösbarkeit der Probleme im gegebenen Rahmen, sondern an der Lösungskompetenz der USAP überhaupt zweifeln. Mit der Verschlechterung der sozialen Situation, die durch die kleinen Freiräume im Innern und die vorhandene Reisefreiheit nach außen nicht mehr kompensiert werden konnte, schwand die Akzeptanz bzw. stillschweigende Duldung des sozialistischen Systems in der Bevölkerung.

Auf ihrem 13. Parteitag im März 1985 hatte die USAP signalisiert, daß sie ihre »führende Rolle« beibehalten, jedoch auf ihr Machtmonopol verzichten wollte. Es wurde davon ausgegangen, daß in der »sozialistischen Gesellschaft« unterschiedliche Interessen bestehen, die sich auch politisch artikulieren sollten. Dabei war zunächst nicht an ein Mehrparteiensystem gedacht, sondern an eine Modifizierung des Beziehungssystems zwischen Partei- und Staatsorganen, eine Erhöhung des politischen Gewichts der Gewerkschaften und der Patriotischen Volksfront sowie der örtlichen Selbstverwaltung und vor allem an eine Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments, verbunden mit einer Demokratisierung des Wahlsystems. Der modifizierte Wahlmodus wurde zu den Parlamentswahlen 1985 praktiziert. In den Wahlkreisen, die je einen Abgeordneten in das ungarische Parlament zu entsenden hatten, wurde die Möglichkeit geschaffen, zwischen mehre-

ren Kandidaten zu wählen. Die Machtposition der USAP aber sollte gewahrt bleiben. So sollten sich dann jeweils zum Beispiel zwei Parteimitglieder aus der Landwirtschaft, zwei junge Arbeiterinnen oder zwei parteilose Pfarrer gegenüberstehen. In einer Reihe von Fällen war dieses Konzept nicht ganz aufgegangen; es hatten Kandidaten die Nominierungsversammlungen und dann die Wahlen erfolgreich absolviert, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Am Ende war ein Parlament mit für die USAP sicherer Mehrheit zustande gekommen. Der Widersinn »halbfreier« Wahlen war jedoch offensichtlich. Wie man nicht halb-schwanger sein sein, kann es auch nur stalinistisches Zettelfalten oder freie Wahlen geben.

In der Folgezeit verstärkten sich die Diskussionen darüber, das Machtmonopol der USAP aufzugeben, andere politische Parteien zuzulassen, die sowjetischen Truppen in Ungarn zu reduzieren und das Land immer mehr in Richtung Westen zu öffnen. Diese Debatten nahmen besonders zu nach der Landeskonzferenz der USAP im Mai 1988, auf der die Ära János Kádár beendet wurde, während der Zeit, da Károly Grósz Generalsekretär der Partei und dann Miklós Németh Chef der letzten sozialistischen Regierung war.

Im Hintergrund aller Entwicklungen in Ungarn aber stand der Volksaufstand von 1956. Für alle politischen Akteure hatte sich als eine entscheidende Schlußfolgerung, gleichsam als Nationalräson ergeben, Gewalt in der Auseinandersetzung unbedingt zu vermeiden bzw. zu verhindern, und es nicht zu einer neuerlichen sowjetischen Intervention in Ungarn kommen zu lassen. In Gesprächen mit der USAP angehörenden Intellektuellen Anfang der 80er Jahre über die damalige Entwicklung in Polen beispielsweise rangierte dieses Verständnis an erster Stelle, noch vor dem Nachdenken über das Problem der Macht.

Die Absicht der Parteireformer aber war auch in Ungarn zunächst nicht, den Sozialismus abzuschaffen, sondern ihn durch Reformen zu verbessern. Sowohl Grósz als auch Imre Pozsgay, die zentrale Figur der Reformkommunisten im Jahre 1989, gingen in den Dialog mit der sich formierenden Opposition mit der Überzeugung, die auf demokratischer, reformerischer Grundlage gewandelte vormalige Staatspartei werde in der Lage sein, demokratische Wahlen für sich zu entscheiden.

Das Austesten der realen Spielräume erfolgte bereits zu Jahresbeginn 1989 durch die Reformkommunisten. Als Testfeld wurde das zentrale »Tabu« ausersehen. Im Januar bezeichnete Imre Pozsgay, und dies nicht als Privatperson, sondern als Vorsitzender einer Kommission der USAP, die sich mit programmatischen und historischen Problemen befassen sollte, die Ereignisse von 1956 öffentlich als einen »Volksaufstand«, nicht als eine

»Konterrevolution«. Das wurde von anderen Mitgliedern der USAP-Führung heftig attackiert, sahen sie darin doch eine grundsätzliche Delegitimierung der Partei, der damaligen sowjetischen Intervention, des Verhältnisses zur Sowjetunion. Die Tatsache, daß aus Moskau keine Reaktion erfolgte, war für Pozsgay jedoch ein hoffnungsvolles Zeichen, »daß die Breshnew-Doktrin der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten endgültig tot ist«. ¹⁰

Bereits einige Tage zuvor, am 10. und 11. Januar 1989, hatten die bereits erwähnten Auseinandersetzungen im ungarischen Parlament um das neue Vereins- und Versammlungsgesetz stattgefunden. Mit der Annahme der Gesetze wurden die neuen Parteien und Vereinigungen, die sich in den Monaten zuvor gebildet hatten, nachträglich legalisiert.

Die Opposition in Ungarn bestand ursprünglich, noch Anfang der 80er Jahre, aus Freundeskreisen und Klubs, untereinander lose vernetzt, die Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem übten, ohne bereits Konzepte zu seiner Abschaffung zu verfolgen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre bestanden schließlich über 7.000 Gesellschaften und Vereinigungen, die unterschiedliche Interessen vertraten.¹¹ Dabei hatte es immer Verbindungen und Kontakte zwischen den Reformern in der USAP und den reformorientierten Kreisen der Opposition gegeben. So trafen sich in der Ortschaft Lakitelek 1987 und 1988 Intellektuelle beider Strömungen und stellten ihre Übereinstimmung fest, im nationalen Interesse das bestehende gesellschaftliche System demokratisch umzugestalten. Aus diesen Treffen ging das Ungarische Demokratische Forum (UDF) hervor, dessen Gründungscharta am 3. September 1988 beschlossen wurde. Am 24. Juni 1989 erfolgte per Beschluß die Umwandlung in eine politische Partei. Das im März 1988 gebildete »Netzwerk Freier Initiativen« wollte alle oppositionellen Gruppen außerhalb der Reformkreise der USAP und des UDF zusammenfassen. Aus der Spaltung dieses Netzwerkes ging dann im November 1988 der »Bund der Freien Demokraten« (BFD) hervor. Der »Bund der Jungen Demokraten« (BJD) entstand im März 1988 als alternative Jugendorganisation, verstand sich dann als politische Partei und beteiligte sich an den Wahlen.

¹⁰ Gespräch mit Imre Pozsgay. In: Der Spiegel. Hamburg (1990)47. S. 220.

¹¹ Ein Überblick in deutscher Sprache dazu siehe Henrik Bischof: Ungarn auf dem Weg zur Demokratie. Am Vorabend der ersten freien Wahlen. Studie des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. Januar 1990.

DER PAKTIERTE SYSTEMWECHSEL

Ist die Beseitigung eines politischen, ja auch wirtschaftlichen und sozialen Systems das Kriterium, so hat in Ungarn 1989/1990 eine Revolution stattgefunden, wie in den anderen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas ebenfalls, in der UdSSR/den GUS-Staaten etwas später. Wohl aus Prag stammt das Bonmot jener Zeit, wonach »es« in Polen zehn Jahre dauerte, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen, in der Tschechoslowakei zehn Tage und in Rumänien zehn Stunden. Schon bei dieser Reihung allerdings wird deutlich, daß im Kontext der osteuropäischen Zeitenwende Ende der 80er Jahre Ungarn zum einen an einem Vorreiter-Platz zu finden ist, zum anderen der Prozeß dieser Veränderung vergleichsweise langwierig war.

Hinzu kommt: Diese Revolution fand weder in großen, spektakulären Auseinandersetzungen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen statt, noch war sie mit der Verhängung von Ausnahmezustand oder ähnlichem verbunden. Sie ging gleichsam organisch aus den Diskussionsprozessen der verschiedenen Gruppen ungarischer Intellektueller hervor, die z. T. seit den 60er Jahren, verstärkt in den 80er Jahren geführt worden waren. Im Laufe des Jahres 1989 geriet der Systemwandel zum Systemwechsel. Ein einzelnes, herausragendes Ereignis dafür zu finden, ist wahrscheinlich nicht möglich.

Geht man von vorliegenden Arbeiten der vergleichenden politikwissenschaftlichen Erforschung anderer Transitionsprozesse aus¹², so kann der Systemwechsel in Ungarn als der osteuropäische Prototyp eines paktierten, von oben initiierten Übergangs angesehen werden. Ähnlich der Entwicklung in Polen hat der Nationale Runde Tisch eine zentrale Rolle bei der Übergabe der Macht gespielt. Der den Gesamtprozeß initiiierende Akteur war jedoch im Unterschied zu Polen zunächst der Reformflügel innerhalb der Staatspartei USAP.

Wenn die wichtigsten Schritte des Machtübergangs in ihrer logischen Abfolge skizziert werden sollen, so wären zunächst zu nennen: das Bemühen der Regierung Németh, sich in ihren Entscheidungen zunehmend unabhängig von der USAP zu machen und den Reformprozeß ihrerseits

12 Siehe G. O'Donnell/Ph. Schmitter/L. Whitehead (eds.): *Transition from Authoritarian Rule – Prospects for Democracy*. Baltimore 1986. – Wolfgang Merkel: *Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*. Bonn (1990)51. – Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen 1994. – Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen 1996.

ehrlich und gründlich zu befördern; der Beschluß des Zentralkomitees der USAP vom Februar 1989, ein Mehrparteiensystem nunmehr zu akzeptieren; die unter dem Druck der Öffentlichkeit ab Juni 1989 zustande gekommene Arbeit des »Runden Tisches«.¹³ Er hatte auch in Ungarn die Funktion, die bestehenden Legitimationsdefizite zu überbrücken. In der Kopplung von Entscheidungen am »Runden Tisch« und Beschlüssen im Parlament, das in dieser Übergangszeit auch ganz anders arbeitete als früher, sowie entsprechendem Handeln der Regierung und aller Staatsorgane wurde der paktierte Übergang de facto realisiert.¹⁴

Dementsprechend wurden im September vereinbart und im Oktober 1989 in Gesetzesform gebracht: die Änderung der Verfassung (Streichung der »führenden Rolle der Partei«, Gewaltenteilung, Umbenennung in »Republik Ungarn«), die Einsetzung eines Verfassungsgerichts, ein neues Parteiengesetz und ein neues Wahlgesetz (mit einer Vier-Prozent-Klausel).

Auf dem im Oktober 1989 tagenden Parteitag der USAP wurde die Neugründung einer »Ungarischen Sozialistischen Partei« (USP) beschlossen. Damit hörte die alte Staatspartei auf, zu existieren; von den ursprünglich über 800.000 Mitgliedern hatten bis Ende 1989 nur etwa 50.000 ihren Beitritt erklärt.¹⁵ Als die Kräfte um Pozsgay in der zweiten Jahreshälfte spürten, daß der Einfluß der Sozialisten rasch zurückging, und damit die ursprünglichen Vorstellungen, auch Wahlen nach demokratischen Spielregeln gewinnen zu können, sich als Illusion erwiesen, versuchten sie, Pozsgays damalige Popularität wenigstens in vorgezogenen Präsidentenwahlen in Positionsgewinn umzusetzen. Präsidentenwahlen noch vor den Parlamentswahlen wurden in einem Referendum am 26. November 1989 mit knapper Mehrheit abgelehnt. Zugleich wurde die Kompetenz der Wahl dem

13 Umfassende Übersichten über die Entwicklungen der Jahre 1988 und 1989 siehe Sándor Kurtán/Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország Politikai Évkönyve 1988 (Politisches Jahrbuch Ungarns 1988). Debrecen 1989. – Sándor Kurtán/Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország Politikai Évkönyve 1989. Budapest 1990.

14 Der »Runde Tisch« in Ungarn war faktisch ein Dreieck: an einer Seite die USAP, an der zweiten die Opposition in Gestalt des »Oppositionellen Runden Tisches«, an der dritten die bestehenden Organisationen des realsozialistischen Systems, wie Landesrat der Gewerkschaften, Patriotische Volksfront, Frauenrat, die sich ihrerseits von der Staatspartei zu emanzipieren bestrebt waren.

15 Die USP ist im Grunde aus dem Reformflügel der früheren USAP hervorgegangen und versteht sich auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehend. Andere Gruppierungen bestanden auf einer Fortexistenz der USAP und versuchten diese auf einer quasi kommunistischen Grundlage neu zu formieren. Diese Versuche sind politisch bisher nicht relevant.

Parlament zugewiesen. Im Grunde wurden mit diesem Referendum (Wahlbeteiligung 58 Prozent) die Entscheidungen des Jahres 1989 bestätigt. Es erfolgte die Weichenstellung in Richtung eines parlamentarischen, nicht eines Präsidialsystems. Zur Zäsur sollten die Parlamentswahlen werden.

Die Wahlen zum ungarischen Parlament fanden in zwei Wahlgängen am 25. März und am 8. April 1990 statt. Bis Ende 1989 hatten sich in Ungarn über 50 Parteien gebildet,¹⁶ 43 beteiligten sich bis Februar 1990 an dem Wahlkampf, zwölf gelang es, die vom Wahlgesetz geforderte Zahl von Kandidaten in den Wahlkreisen aufzustellen, und sechs übersprangen die Vier-Prozent-Hürde.¹⁷ Das UDF (165 Sitze) wurde stärkste Partei und stellte mit József Antall den Ministerpräsidenten, an der Spitze einer Koalitionsregierung mit der Partei der kleinen Landwirte (43 Sitze) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei CDVP (21 Sitze). Stärkste Oppositionspartei wurde der BFD (93 Sitze), gefolgt von der USP (33 Sitze) und dem BJD (21 Sitze). Damit entstand ein »zweieinhalbpoliges« parlamentarisches Parteiensystem mit einer konservativ-nationalen Regierung, einer liberalen und einer sozialistischen Opposition, wobei letztere durch das »Nachfolgepartei«-Syndrom gehandikapt war.¹⁸ Zum Staatspräsidenten wählte das Parla-

16 Typologisch könnte man die neuentstandenen Parteien und politischen Bewegungen in den osteuropäischen Ländern in vier Gruppen einteilen (wobei die Übergänge im einzelnen fließend sind): Parteien, die sich in ihrer Wertorientierung und ihrer Programmatik an westliche Vorbilder anlehnen (konservative, liberale, sozialistische, grüne Parteien); traditionelle Parteien, d. h. Parteien, die sich als Wiederbegründung oder Fortsetzung in den Ländern einstmals bestehender Parteien verstehen (in Ungarn z. B. die Partei der kleinen Landwirte); Parteien, die aus dem Zerfall der vormaligen staatssozialistischen Parteien hervorgegangen sind; Bürgerbewegungen, die im Kampf gegen das realsozialistische System entstanden. Sie haben sich in Osteuropa als Bewegungen offenbar nicht dauerhaft etablieren können und sind (Tschechoslowakei und Polen) in Parteien zerfallen bzw. haben frühzeitig Parteiform angenommen (Ostdeutschland). Für Ungarn ist charakteristisch, daß das Parteiensystem von Anfang an als solches entstand und durch das Wahlsystem eine eindeutige Mehrheitsbildung zuließ. Die Aus- und Übertritte von Abgeordneten aus und in Parteien und Fraktionen zeigten jedoch, daß der Prozeß der Ausbildung des Parteiensystems auch in Ungarn ein langwieriger Prozeß war.

17 Zur Analyse der Wahlen siehe Rudolf L. Tökés: Vom Post-Kommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1990)45. – Máté Szabó: Probleme der Demokratisierung in Ungarn. In: Ebenda. Bonn (1992)6. – Erhard Crome/Jochen Franzke: Aspekte der Transformation des politischen Systems in der DDR im Vergleich zu Osteuropa. In: Initial. Berliner Debatte (1991)6. S. 633–642.

18 Diese Charakterisierung geht zurück auf Csilla Machos: Demokratische Charta '91. Von der »alten« zur »neuen« ungarischen Opposition. In: Initial. Berliner Debatte (1992)4. S. 57.

ment am 3. August 1990 den früher politisch verfolgten Schriftsteller Arpád Göncz. Zuvor hatte der BFD, dessen Kandidat Göncz war, mit dem UDF eine Vereinbarung über die Sicherung der »Regierbarkeit« des Landes getroffen.

Die Schaffung neuer, demokratischer Institutionen war in Ungarn zielstrebig und rasch erfolgt: ein verfassungsrechtlicher Rahmen, der auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruht; ein parlamentarisches System mit dem Regierungschef als zentraler Figur (Kanzlerprinzip); ein handlungsfähiges, demokratisch gewähltes Parlament; Verfassungsgerichtsbarkeit und sich einübende Unabhängigkeit der Gerichte. In diesem Sinne ist Ungarn heute ein demokratischer Verfassungsstaat und Rechtsstaat. Der politische Systemwechsel ist institutionalisiert, demokratisch legitimiert und irreversibel.

Bis 1994 hatten die Konservativen ihren politischen Kredit verspielt. Der Reformflügel von einst, jetzt organisiert in der USP, kehrte in den zweiten demokratischen Wahlen an die Macht zurück. Gyula Horn wurde erster nachwendischer sozialistischer Ministerpräsident. Die Wähler hatten sich, nachdem sie 1990 mehrheitlich diejenigen gewählt hatten, die die sicherste Garantie dafür boten, daß der Realsozialismus der Vergangenheit angehört, nunmehr für die Fachkompetenz entschieden.

SCHLUSSBEMERKUNG

In der Politikwissenschaft gilt als Faustregel, daß demokratische politische Verhältnisse dann als konsolidiert gelten können, wenn ein zweimaliger Machtwechsel auf demokratischem Wege stattgefunden hat. In der Bundesrepublik Deutschland war das 1982; in Ungarn 1994.

Das muß aber nichts zu bedeuten haben. Für die sich zuspitzende soziale und wirtschaftliche Lage wird in demokratischen Gesellschaften in der Regel die jeweilige Regierung verantwortlich gemacht, oft mit dem Resultat ihrer Abwahl. In Ungarn sind das gegenwärtig die Sozialisten.

SARKIS LATCHINIAN

Der Konflikt um Berg-Karabach. Hintergründe und Aussichten

KURZE HISTORISCHE EINFÜHRUNG IN DIE ENTSTEHUNG DES KONFLIKTS

»Karabach ist mehr als ein strittiges Gebiet zwischen zwei Völkern [...] Der Name ist türkisch und heißt ›Schwarzer Garten‹. Die Armenier nennen das in Berg- und Flachland geteilte Territorium ›Arzach‹ [...] Die Armenier sahen dort die Wiege ihres Volkes. Hier wurde die armenische Schrift entwickelt, eine der ältesten der Welt, in Karabach standen die ersten Druckmaschinen Armeniens, hier blühte die Kultur«¹. Von hier aus wurden die armenischen Interessen besonders intensiv gegen die mongolisch-türkische Fremdherrschaft verteidigt. Um dieses Kerngebiet versuchten sich die armenischen Fürstentümer zu scharen, um wieder ein einheitliches armenisches Königreich zu schaffen. Das Fürstentum von Karabach unterhielt im 17. und 18. Jahrhundert diplomatische Beziehungen mit Rußland, schlug türkische und persische Eindringlinge zurück und versuchte, mit den südlichen Teilen Rußlands die Zukunft des staatlichen Wiederaufbaus Armeniens zu verbinden. »Als die Türken am Ende des Ersten Weltkrieges das Land besetzt hatten, eroberten die mit den Türken verbündeten Aserbaidshaner (oder Aseri) die Dörfer von Nieder-Karabach und vertrieben seine armenischen und kurdischen Einwohner, so daß nun ein aserbaidshanisch besiedelter Korridor das Bergland (russisch Nagornij Karabach) von Armenien trennt und das Verlangen nach Vereinigung weckt«².

Die im Mai 1918 in Aserbaidshan gebildete mussawatistische Regierung bot den armenischen Bewohnern Berg-Karabachs die Staatsbürgerschaft

-
- 1 »Wir werden euch ausrotten«. Kampf um Berg-Karabach und der Völkermord an Armenien. Serie (I). In: Der Spiegel. Hamburg (1992)13 (im folgenden »Wir werden euch ausrotten« ...). S. 139–140.
 - 2 Ebenda. S. 140. In diesem Zusammenhang zitiert »Der Spiegel« den russischen Dichter Sergej Gorodetzki aus dem Jahre 1919: »Wenn Armenien Karabach verlöre, würde zweifellos die Idee der Selbstbestimmung der Nationen eine ernsthafte Schmälerung erfahren. Durch den Besitz Karabachs erhält Armenien einen machtvollen Strom energievoller Kulturkräfte.« (Ebenda. S. 140).

Aserbaidshans an. Die Armenier wiesen diesen Vorschlag zurück und entschieden, ihre nationale und administrative Unabhängigkeit zu verteidigen. Zu diesem Zweck bildete der Armenische Kongreß im Juli 1918 einen Armenischen Nationalrat und die Volksregierung von Karabach. Alle weiteren Versuche der Aserbaidshaner, Karabach zu beherrschen, scheiterten.³ Am 14. Januar 1920 wurde die armenische Intelligenz von Karabach nach Schuscha (aserisch, heute armenisch Stepanakert, im Frühmittelalter turksprachig Chankendi) – damals auch Hauptstadt von Karabach – eingeladen zur Entscheidung über das letzte Ultimatum der Mussawatisten. Das erneute Nein der Armenier hatte tragische Konsequenzen. Am 23. März 1920 überfielen bewaffnete Aserbaidshaner die armenische Bevölkerung von Schuscha; der armenische Stadtteil wurde angezündet, der größte Teil der 35.000 Armenier innerhalb von drei Tagen ermordet, der Rest vertrieben.

Im April 1920 entmachteten Abteilungen der 11. Roten Armee die Mussawatisten in Aserbaidshans. Am 12. Mai zog die Rote Armee auch in Schuscha ein. Die armenische Landbevölkerung unterstützte die Rote Armee und begann die Wiederaufbauarbeiten in Schuscha in Erwartung der baldigen Proklamation der Sowjetmacht auch in Armenien.

Auf eine Frage Lenins nach der Zugehörigkeit Berg-Karabachs antwortete der damalige Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin: »Karabach ist altehrwürdiges armenisches Territorium.«⁴ Am 9. November 1920 faßte die Führung der KPR(B) folgenden Beschluß zu Karabach: Müßte man entscheiden, »wem die umstrittenen Gebiete in Berg-Karabach gehören sollen, so kann man diese der gegenwärtigen Regierung Armeniens nicht geben. Wird sie sowjetisch, dann wird man sie ihr geben.«⁵

Am 29. November 1920 siegte die Sowjetmacht auch in Armenien. Einen Tag danach sandten der Vorsitzende des sowjetisch-aserbaidshansischen Revolutionskomitees Nariman Narimanow und der Volkskommissar für Auswärtiges Aserbaidshans Hüseseinow folgendes Telegramm an das Revolutionskomitee Sowjetarmeniens: »Ab heute sind die Grenzstreitigkeiten zwischen Armenien und Aserbaidshans beendet. Berg-Karabach, Sangesur und Nachitschewan werden als Bestandteile der Armenischen Sozialisti-

3 Siehe Bagrat Ulubabian: Berg-Karabach – historisch-geographischer Überblick. In: »Hajreniki Tzayn«. Jerewan vom 8. Juni 1988. S. 4 (in armenischer Sprache).

4 Ebenda. »Hajreniki Tzayn«. Jerewan vom 13. Juni 1988. S. 4. – »Wir werden euch ausrotten«. ... S. 141.

5 Zweigstelle des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus in Baku. Dokument F 1. Op. 56. D. 26.

schen Sowjetrepublik betrachtet.«⁶ Grigori (Sergo) Ordshonikidse informierte am 2. Dezember 1920 Lenin und Stalin: »Aserbaidshan hat bereits gestern die Rückgabe von Nachitschewan, Sangesur und Karabach an Armenien vollzogen«.⁷

Anfang März 1921 besetzten türkische Truppen Nachitschewan. Mitte März 1921 verpflichtete die türkische Seite die Sowjetmacht in einem Abkommen mit Sowjetrußland, Nachitschewan an Aserbaidshan zurückzugeben. Dafür setzte sich auch die Sowjetmacht in Aserbaidshan mit Stalins Unterstützung ein. Narimanow verlangte nunmehr auch seinerseits die Rückgabe Karabachs an Aserbaidshan. Die Volkskommissare der Kaukasusrepubliken Kirow und Ordshonikidse waren entschieden dagegen.

Im Sommer 1921 beschloß das Büro des Transkaukasischen Komitees der KP(B) unter der Leitung von Stalin: Berg-Karabach solle »wegen der Notwendigkeit der nationalen Eintracht zwischen Muslimen und Armeniern sowie der wirtschaftlichen Verbindung von Berg- mit Nieder-Karabach weiterhin innerhalb der Grenzen der Sowjetischen Sozialistischen Republik Aserbaidshan verbleiben«⁸; ihm solle breite Gebietsautonomie gewährt werden mit dem administrativen Zentrum Schuscha, das in das autonome Gebiet einbezogen wird.⁹

Dieser Beschluß entschied das Schicksal von Berg-Karabach Anfang der 20er Jahre, »und wer es in der Sowjetunion wagte, über das Karabach-Problem auch nur intern zu sprechen, wie 1936 der armenische KP-Chef Agassi Chandshian, wurde kurzerhand erschossen. Ein Vierteljahrhundert später mußte sein Nachfolger Towmassian nur noch zurücktreten, weil er – ebenfalls intern – Karabach erwähnt hatte«.¹⁰

In Berg-Karabach erschienen Anfang des 20. Jahrhunderts 21 Zeitungen und Zeitschriften, davon 19 in armenischer Sprache. Von den 125.300

6 Bagrat Ulubabian: Berg-Karabach – historisch-geographischer Überblick. In: »Hajreniki Tzayn«. Jerewan vom 22. Juni 1988. S. 4.

7 Zweigstelle des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus in Baku. Dokument F 1. Op. 56. D. 54.

8 »Wir werden euch ausrotten« ... S. 145.

9 Siehe Kommunist. Jerewan (7. August 1921)2. S. 4 (armenische Ausgabe). »Der Spiegel« schreibt in diesem Zusammenhang: »Obwohl Karabach formal ein »autonomes Gebiet« im Bestand der Sowjetrepublik Aserbaidshan war, wurden ihm von Baku eigene Bücher und selbstverwaltete Schulen verwehrt. In dem Territorium von fast der doppelten Größe des Saarlandes stellten vorwiegend Aserbaidshaner das Verwaltungspersonal und die Polizei.« (»Wir werden euch ausrotten« ... S. 140).

10 »Wir werden euch ausrotten« ... S. 146.

Einwohnern Berg-Karabachs im Jahre 1921 waren 94,4% Armenier. Durch organisierte Einwanderung und natürliches Wachstum erhöhte sich der Anteil der Aserbaidshaner in Berg-Karabach. Von je zehn neugeborenen Armeniern in Berg-Karabach sind neun abgewandert. 1977 waren von den 162.000 Einwohnern Berg-Karabachs nur noch 120.000 Armenier; in der Zeit von 1926 bis 1979 nahm die armenische Bevölkerung nur um 10,2% zu, während sich die aserbaidshanische Bevölkerung verdreifachte.¹¹

DIE NEUEN ENTWICKLUNGEN IM KONFLIKT UM BERG-KARABACH

Die Akademie der Wissenschaften Sowjetarmeniens initiierte im August 1987 eine Botschaft an Gorbatschow, die von 800.000 Menschen unterschrieben worden war, mit der Forderung des Anschlusses von Berg-Karabach und Nachitschewan an Armenien. Am 20. Februar 1988 erhob der Gebietssowjet von Berg-Karabach mit den Stimmen der 111 armenischen Abgeordneten – die 39 aserbaidshanischen hatten den Sitzungssaal verlassen – die Forderung nach Anschluß an die Sowjetrepublik Armenien. Ende Februar 1988 kam es zu Pogromen in der aserbaidshanischen Stadt Sumgait gegen die Armenier.

Am 23. März 1988 wies das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Forderung des Anschlusses von Berg-Karabach an Armenien zurück und leitete einige soziale und kulturelle Maßnahmen zugunsten der Armenier von Berg-Karabach ein.

Am 12. Juli 1988 sagten sich die Karabacher einseitig von Aserbaidshan los und benannten ihr Gebiet in »Autonome Region Arzach der Sowjetrepublik Armenien« um. Am 1. Dezember 1989 rief das armenische Parlament die Einheit von Berg-Karabach und Armenien aus und verabschiedete am 9. Januar 1990 einen einheitlichen Etat für Armenien und Berg-Karabach. Infolge der blutigen Auseinandersetzungen von Sumgait (1988) und Baku (1990) und der zahlreichen Opfer bei Armeniern und Aseri flüchteten hunderttausende Armenier aus Aserbaidshan und Aserbaidshaner aus Armenien.¹²

11 Siehe Dokumentation zur Bevölkerung Berg-Karabachs. In: »Hajreniki Tzayn«. Jerevan vom 1. Juni 1988. S. 6.

12 Siehe Stéphane Yerasimos: *Caucase. Le retour de la russie*. In: *Politique Etrangère*. Paris (1994)l. S. 61 ff.

Am 11. Januar 1990 beginnen militärische Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aserbaidshanern um Berg-Karabach. Die Schlachten zwischen der regulären Armee Aserbaidshans und der armenischen Armee von Berg-Karabach, unterstützt von Freiwilligen aus Armenien, zeichneten sich aus erstens durch wechselnde militärische Überlegenheit der kriegführenden Parteien, zweitens durch den beiderseitigen Einsatz von modernem Kriegsgerät, hauptsächlich sowjetischer Herkunft, und drittens durch eine relativ hohe Zahl an Opfern von Militärangehörigen und unter der Zivilbevölkerung.¹³ In der bislang letzten Etappe des Krieges von Juni 1993 bis etwa Anfang 1994 erlitten die aserbaidshanischen Truppen eine eindeutige militärische Niederlage.

Im Ergebnis der militärischen Auseinandersetzungen, die seit Mitte Mai 1994 durch einen beiderseits eingehaltenen Waffenstillstand, der keinen endgültigen Charakter trägt, unterbrochen wurden, besetzten die Armenier von Berg-Karabach 10.000 qkm aserbaidshanisches Territorium und dazu die 4.400 qkm Territorium von Berg-Karabach. Zum besetzten aserbaidshanischen Territorium gehören die wichtigen aserbaidshanischen Städte Kelbadshar, Agdam, Fisuli, Dshebrail, Sangelan, Mindshewan sowie der Korridor von Latschin, der Berg-Karabach und Armenien verbindet.¹⁴

Durch die Einnahme von Latschin und die Errichtung des Korridors wurde erstmals eine direkte Verbindung zwischen Armenien und Berg-Karabach hergestellt und die Möglichkeit geschaffen, der drohenden Hungersnot in Berg-Karabach zu begegnen, denn dem ringsum von aserbaidshanischem Territorium umschlossenen Gebiet Berg-Karabach wurde von den Aserbaidshanern jegliche Hilfeleistung von außen strikt verweigert. Durch die Öffnung des Korridors wurde die Totalblockade von Berg-Karabach durchbrochen. Trotzdem bleibt die Versorgung der Zivilbevölkerung nach wie vor extrem schlecht. Elektrizität gibt es nur dort, wo Generatoren eingesetzt werden; Wasser muß aus Brunnen geschöpft werden; alle Wälder sind abgeholzt, da drei Winter hindurch mit dem Holz geheizt und gekocht wurde; Wohnhäuser sind stark beschädigt und nur teilweise bewohnbar; kein Krankenhaus ist übriggeblieben. Wenn Hilfskonvois nicht ab und an durch den Korridor von Latschin eintreffen würden, wäre in Berg-Karabach buchstäblich nichts vorhanden.

13 Die unterschiedlichen Angaben bewegen sich in den Grenzen von 25.000–40.000 Toten und mehreren Zehntausenden von Verletzten, hauptsächlich unter der Zivilbevölkerung, sowie beiderseits von einigen tausend Gefangenen.

14 Siehe die Karte am Ende dieses Beitrages.

VERQUICKUNGEN DES KARABACH-KONFLIKTS MIT DEN ENTWICKLUNGEN IN ASERBAIDSHAN

Die politische Fraktionierung Aserbaidshans war mit einer der wichtigsten Gründe für die militärische Niederlage. Da kämpfte jede Fraktion gegen eine Vielzahl von Gegnern: So rief der Oberst Alikeram Gummetow im Süden Aserbaidshans im August 1993 an der Grenze zu Iran die Republik Talish-Mugan aus; die Anhänger des gestürzten Präsidenten Eltschibej kämpften gegen das neue Regime von Präsident Haidar Alijew, das sie als illegal nicht anerkennen; die von den neuen Machthabern um Alijew vorgenommenen Verhaftungen prominenter Persönlichkeiten des alten Regimes von Eltschibej tragen nicht zur Beruhigung der politischen Lage im Lande bei.

Alijew hat der früheren aserbaidshanischen Führung sowohl mangelnde Kampf- als auch Kompromißbereitschaft vorgeworfen. Aserbaidshan fehle es nicht an Waffen; das Land verfüge über riesige Waffenvorräte. Man hätte es sträflich versäumt, zahlreiche in der Roten Armee ausgebildete aserbaidshanische Offiziere dazu zu bewegen, in die aserbaidshanische Armee einzutreten. Alijew verstand es im Gegensatz zu seinem Vorgänger Eltschibej, diese Offiziere in die aserbaidshanische Armee zu integrieren. Mehr noch: Von Rußland, der Ukraine, China und der Türkei wurden große Mengen neueste Waffen gekauft. Mehrere hundert russische Söldner wurden zur Ausbildung aserbaidshanischer Soldaten verpflichtet und nahmen aktiv an den Kämpfen in Berg-Karabach teil. Auf Alijews Initiative wurden auch zahlreiche amerikanische Söldner als Instruktoren und über 2.000 afghanische Mudshaheddins seit Anfang 1993 als Kämpfer in aserbaidshanischen Diensten verpflichtet. Diese Engagements sollen von der amerikanischen Erdölfirma Mega Oil mitfinanziert werden, die damit die Hoffnung verbindet, im Gegenzug von Aserbaidshan Erdölkonzessionen zu erhalten.¹⁵

Was die mangelnde Kompromißbereitschaft der früheren aserbaidshanischen Führung anbelangt, so hätte sie, nach Alijew, aus den militärischen Erfolgen der Karabach-Armenier nicht die Lehre gezogen, daß dieser Krieg gegenwärtig von Aserbaidshan nicht gewonnen werden kann und deshalb Frieden auch für Aserbaidshan lebensnotwendig sei.

Alijew hat unermüdlich versucht, das aserbaidshanische Erdöl als Waffe im Karabach-Konflikt zur Geltung zu bringen, indem er das Interesse der westlichen Ölgesellschaften an der Ausbeute des aserbaidshanischen

15 Siehe *Blutige Bilanz der Kämpfe um Nagorni-Karabach* (Bericht aus Jerewan). In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 11. Februar 1994. S. 5.

Erdöls in der Erwartung weckt, daß diese ihren Druck auf Armenien noch mehr verstärken und es zwingen, Berg-Karabach doch noch zu opfern. So wurde am 20. September 1994 ein Vertrag über die Ausbeute der drei im Kaspischen Meer gelegenen Erdölfelder »Aseri«, »Shirag« und »Güneschli« durch ein internationales Konsortium unter Federführung der British Petroleum (BP) mit Beteiligung von vier amerikanischen, einer norwegischen, einer saudi-arabischen und einer türkischen Erdölgesellschaft mit dem aserbaidshanischen Erdölunternehmen »Sokar« abgeschlossen.¹⁶ Danach sollen in den nächsten 30 Jahren insgesamt 511 Millionen Tonnen Erdöl gefördert werden, etwa die Hälfte davon wird Aserbaidshan überlassen. In den kommenden 5–10 Jahren sollen an die acht Milliarden US-Dollar in die Erdölindustrie Aserbaidshans investiert werden. Nahezu 80% dieser gewaltigen Investitionen soll das Konsortium aufbringen. Rußland erkennt diesen Vertrag nicht an. Diese Nichtanerkennung muß ernstgenommen werden. Denn das weitere Schicksal des aserbaidshanischen Erdöls ist durch die Unterzeichnung des Vertrages keineswegs gesichert. Das Konsortium ist nur dann bereit, die gewaltigen Investitionen zu tätigen, wenn die Frage des Transports des zu fördernden Erdöls geregelt ist. Viele Pläne stehen zur Diskussion. Rußland ist vehement gegen den Transport des Öls durch türkisches Territorium und schlägt vor, das Öl zum russischen Hafen Noworosijsk zu leiten und von dort mit Tankern in den Westen zu befördern. Diesem von Rußland favorisierten Plan widersetzt sich die Türkei. Schon bei der Entmachtung Eltschibejs sprach man davon, das Erdöl habe ihm das Genick gebrochen. Zwar hat Alijew diese Hürde vorerst nehmen können, sein weiteres Schicksal ist aber nach wie vor offen. Noch immer wartet sein Rivale Mutalibow, der Favorit der Russen, im Moskauer Exil auf seine Chance. Auch Surat Hüsseinow, der Alijew zur Macht verholfen hatte und als Ministerpräsident kaltgestellt wurde, gehört offenbar nicht zu den Befürwortern des Erdölvertrages mit den westlichen Multis.¹⁷ Seiner

16 Siehe Joseph Fitchett: Oil Concerns Set \$ 8 Billion Accord with Azerbaijan. Russia Demands Control of Pipeline. Threatening To Ignore the Contract. In: »International Herald Tribune«. Frankfurt am Main vom 21. September 1994. S. 1. 6. Die beteiligten Erdölgesellschaften erhalten folgende Anteile: die britische British Petroleum (BP) 17,1%, die amerikanische Amoco 17%, Unocal 11,2%, Pennzoil 9,8%, Mc Dermott 2,5% und Ramco – mit saudi-arabischer Beteiligung – 2%, die norwegische Statoil 1,8%, die türkische TPAO 6,75% – davon 5%, die mangels Investitionsmitteln von der aserbaidshanischen Sokar an die TPAO übertragen wurden.

17 Siehe Nur Dolay: Guerre au Karabach. Discussions à Baku – Instable Indépendance de l'Azerbaïdjan. In: »Le Monde Diplomatique«. Paris August 1994. S. 14.

Ansicht nach hätten die Aserbaidshaner in der Erdölfrage dem »russischen Bruder« den Vortritt geben sollen.

Seit der Entmachtung Eltschibejs ist der Einfluß der Türkei in Aserbaidshan stark zurückgegangen. Die Tatsache, daß die Türkei weder die politische Erfahrung noch die wirtschaftliche Macht hatte, um nach dem Zerfall der Sowjetunion in den strategisch bedeutenden Regionen des Kaukasus und Zentralasiens in die Fußstapfen Rußlands zu treten, wurde beim Besuch der türkischen Regierungschefin Çiller im September 1993 in Moskau offensichtlich. Die Idee von einer türkischen Einflußsphäre zwischen Adria und Chinesischer Mauer seien inhaltslose Worte geworden, hatte Çiller damals erklärt und dieser Vision, die in den letzten drei Jahren fast alle sozialen Schichten der Türkei durchdrungen hatte, ein abruptes Ende bereitet. Noch im Mai 1992 hatte der damalige türkische Ministerpräsident Demirel in Baku das Projekt einer Straße umrissen, die die früheren turksprachigen Sowjetrepubliken miteinander verbinden sollte. Er hatte damals seinen Zuhörern suggeriert, man möge nicht vergessen, daß von nun an eine 180 Millionen starke türkische Welt existiere. Der Kurswechsel durch Frau Çiller wurde in der Türkei und in Rußland teils als politische Kapitulation der Türkei in bezug auf den Kaukasus, teils aber auch als realistische Einschätzung der neuen Lage interpretiert. Auch Alijew trug den neuen Realitäten des Kaukasus Rechnung, als er entschied, daß sein Land Mitglied der GUS und ihres Sicherheitspaktes wurde und damit den bereits vollzogenen Schritt Armeniens in dieser Hinsicht nachahmte. Alijew ging noch einen bemerkenswerten Schritt weiter, als er Ende Juli 1994 erstmals in der Geschichte des Karabach-Konflikts direkte Kontakte mit den Vertretern der Karabach-Armenier aufnahm. Dieser realistische Schritt entsprach der langjährigen Forderung des armenischen Präsidenten Lewon Ter-Petrossian, die unmittelbaren Konfliktparteien Karabach und Aserbaidshan mögen den Konflikt in direkten Verhandlungen miteinander lösen.

VERQUICKUNGEN DES KARABACH-KONFLIKTS MIT DER LAGE IN ARMENIEN

Armenien macht seit 1989 eine der schwierigsten Etappen seiner staatlichen Entwicklung durch. Im Mai 1990 durch freie Parlamentswahlen an die Macht gelangt, hat die All-Armenische Bewegung innerhalb kürzester Frist die sozialpolitischen, ökonomischen, kulturellen und historischen Errungenschaften der Sowjetperiode radikal beseitigt. Die Wirtschaft steckt

in Stadt und Land in tiefster Krise. Nach Angaben der »Weltbank« war Anfang 1995 im Vergleich zu 1989 die Produktion Armeniens um 70% reduziert und das Nationaleinkommen pro Kopf von 2.300 US-Dollar (1989) auf weniger als 700 Dollar zurückgegangen. Die Industrie hatte nur noch eine Gesamtkapazität von 20% im Vergleich zu 1989. Die gegenwärtige Führung der Republik Armenien, die noch vor einigen Jahren nichts mehr mit Rußland zu tun haben wollte, sieht sich heute gezwungen, 70% des gesamten Handels mit Rußland zu tätigen. Die Kredite der Zentralbank von Moskau machen 60% des gesamten Staatshaushaltes Armeniens aus. Die sozialen Mißstände haben ein unbeschreibliches Ausmaß erreicht: Die Bettelei, überwunden in Sowjetarmenien, hat in den letzten Jahren ihre Wiedergeburt auf der Straße erlebt. Die Hungergefahr für Hunderttausende ist akut. Fast die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. Von einer Gesamtbevölkerung von 3,5 Millionen sind bereits über 800.000 Armenier ausgewandert. Man hat den Eindruck, daß sich Armenien Schritt für Schritt in Richtung Mittelalter bewegt, da eine Errungenschaft der Zivilisation nach der anderen verschwindet: keine Zentralheizung mehr; kaum warmes Wasser; kaum geregelt elektrisches Licht und kaum funktionierende Verkehrsverbindungen mehr, besonders in den harten Wintermonaten.

Die tragische wirtschaftliche Versorgungslage Armeniens wird durch die vollständige Wirtschaftsblockade durch Aserbaidshan und die Türkei noch dramatisch verschlimmert. Darüber hinaus verschlingt die Hilfe der Republik Armenien für Berg-Karabach mindestens die Hälfte des Staatshaushaltes Armeniens.

Die unter diesen außergewöhnlich schwierigen Bedingungen geführte Diskussion um die Lösung des Karabach-Konflikts und damit um die außenpolitische Haltung Armeniens gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn sowie gegenüber Rußland, den USA und der Europäischen Union ruft verständlicherweise harte innenpolitische Auseinandersetzungen um den politischen Kurs der jungen armenischen Republik hervor.

Die ersten Risse im Gebäude der sonst so gelobten inneren Stabilität Armeniens zeigten sich bereits aus Anlaß der Präsidentschaftswahlen im Oktober 1991. Der frühere Präsident Sowjetarmeniens, Ter-Petrosian, wurde wiedergewählt. Die Daschnak-Partei, die den Widerstand von Berg-Karabach gegen die Aseri führend mitinitiiert hatte, erhielt für ihren Präsidentschaftskandidaten nicht einmal 5% der abgegebenen Stimmen. Seitdem hat sich diese Partei nicht mehr von ihrer Niederlage erholt.

Der zweite wichtige Konflikt entbrannte um Berg-Karabach. Die Opposition in Armenien – insbesondere die ultranationalistischen Daschnaken

und die Ultraliberalen – verlangte vom Präsidenten die diplomatische Anerkennung der Republik Arzach (Berg-Karabach) durch Armenien. Der Präsident widersetzte sich mit der Begründung, kein neues Nord-Zypern-Beispiel im Falle der Republik Arzach schaffen zu wollen.¹⁸ Die Abgeordneten der Daschnak-Partei (16 Mandate) und der Liberalen-Partei (17 Mandate) verlangten daraufhin im Parlament (insgesamt 245 Abgeordnete) die Demission des Präsidenten. Am tolerantesten eingestellt gegenüber dem Präsidenten waren die armenischen Kommunisten (25 Abgeordnete), die ihre Organisationsstruktur erneuert hatten und mit 100.000 Mitgliedern eine der stärksten politischen Kräfte im Lande darstellten. Sie waren gegen die Ablösung des Präsidenten, weil für sie die Kräfte, die ihm feindselig gegenüberstanden, für die Nation viel gefährlicher waren als der Präsident.

Präsident Ter-Petrossian hat bislang keinen gleichwertigen Konkurrenten. Er wird durch eine große Mehrheit der Armenier als die Persönlichkeit angesehen, die eine Verhandlungslösung für Berg-Karabach zustande bringen könnte. Nach Ter-Petrossian stellt »der Karabach-Konflikt das Haupthindernis für das Zustandekommen eines normalen Staates und einer gesunden Wirtschaft in Armenien dar«.¹⁹ Dem armenischen Präsidenten wird immer deutlicher, daß diejenigen Kräfte, die durch das Anheizen des Karabach-Konfliktes Sowjetarmenien zu Grabe getragen haben, den gleichen Konflikt dazu benutzen, um auch ihn zu stürzen. Er sucht eine Kompromißformel für Karabach »zwischen Autonomie und voller Unabhängigkeit«. Was die Führung der Republik Arzach (Berg-Karabach) anbelangt, so nimmt sie die im Januar 1992 erklärte Unabhängigkeit äußerst ernst. Sie meint, es sei die normale nationale Pflicht Armeniens, Karabach zu helfen, was diese Hilfe das armenische Volk auch kosten mag. Das letzte Wort über das Schicksal Berg-Karabachs möchten die Führenden in Karabach aber allein haben und mit niemandem – auch nicht mit Armenien – teilen. Allem Anschein nach hat die Führung Armeniens kein Interesse an einer Konfrontation mit Karabach. Es gab für sie keine andere nationale Alternative, als sich einverstanden zu erklären mit den militärischen Eroberungen der Karabachführung, obwohl diese Einstellung auch große Schwierigkeiten für Armenien auf dem internationalen Parkett mit sich bringt. Armenien versucht jedoch, diese Eroberungen für einen möglichst fairen und dauer-

18 Die abtrünnige Republik »Nord-Zypern« ist völkerrechtlich bislang nur von der Türkei anerkannt worden. Ter-Petrossian lehnt es kategorisch ab, daß auch die Republik Arzach (Karabach) einzig und allein durch die Republik Armenien anerkannt wird.

19 Jean Gueyras: Entre crise économique et surenchères nationalistes. L' Arménie piégée par la guerre de Karabach. In: »Le Monde Diplomatique«. Paris Februar 1994. S. 3.

haften Frieden mit Aserbaidshan einzutauschen, einschließlich seriöser Garantien für Karabach. Dagegen lauten die maximalistischen Forderungen eines Teils der Opposition in Armenien, die besetzten Gebiete zu behalten bzw. nicht gänzlich an Aserbaidshan zurückzugeben.

Seitdem Aserbaidshan unter Präsident Alijew Mitglied der GUS geworden ist, befürchten die Armenier eine mögliche Kursänderung Rußlands im Karabach-Konflikt. Eine Partnerschaft mit Rußland ist nach Ter-Petrosian eine unumgängliche Bedingung für Armenien. Die entlang der Grenze Armeniens zur Türkei stationierten russischen Truppen ermöglichen den Armeniern nach Meinung des armenischen Präsidenten, ruhig und in Frieden zu schlafen.²⁰ Die Orientierung auf gutnachbarliche Beziehungen mit Rußland war die einigende große Idee der Armenier aller politischen Strömungen der letzten zwei Jahrhunderte. Sie hatten die Lehren aus den schrecklichen Erfahrungen des türkischen Genozids an den Armeniern, dem vor 80 Jahren eineinhalb Millionen Armenier zum Opfer fielen, gezogen und verstanden, daß die einzige Garantie für die sichere Existenz des armenischen Volkes eine prorussische Orientierung ist, die Freundschaft mit dem großen russischen Nachbarn und mit seinem Volke. Die neugebildete armenische Armee könnte sowohl zahlenmäßig als auch mit ihrer Ausrüstung der modernen und zahlenmäßig weit überlegenen türkischen Armee nicht wider-

20 Gemäß dem Abkommen zwischen den Präsidenten Rußlands und Armeniens, Jelzin und Ter-Petrosian, vom Dezember 1994, wird die russische Armee 25 Jahre lang an der armenisch-türkischen Grenze bleiben. (Siehe Bericht aus der armenischen Wochenzeitung »Gantsch«, Beirut vom 18. März 1995). »Gantsch« veröffentlichte am 12. August 1995 den »Wortlaut eines Briefes des Präsidenten Ter-Petrosian an die Türkei« im Nachdruck aus der in Beirut erscheinenden arabischen Zeitung »As-Safir«, in dem sichtbar wird, daß Armenien großes Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen auch mit der Türkei an den Tag legt. In dem oben genannten Brief wird u. a. versichert, daß *erstens* weder Armenien noch Karabach den Waffenstillstand aufkündigen werden; *zweitens* Armenien und Karabach nicht zu allen Karabach betreffenden Fragen einheitliche Standpunkte haben, daß letzteres viel weitergehende Forderungen habe als Armenien; die Karabacher möchten ihr Schicksal selbst entscheiden; Aufgabe der Stunde sei die Herstellung von Sicherheit und Vertrauen zwischen Aserbaidshan und Armenien; es sei erforderlich, durch Vermittlung das Gefangenensproblem zu lösen. *Drittens*, die Stellung Armeniens zur Türkei sei unverändert; Bedingungen zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen werden nicht gestellt. Um beiden Völkern die Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig kennenzulernen, wäre die Herstellung kultureller, wirtschaftlicher, sportlicher und touristischer Beziehungen angebracht. Würde *viertens* die Herstellung diplomatischer Beziehungen der Türkei gegenwärtig Schwierigkeiten bereiten, so könne man diese später regeln. Man solle unverzüglich mit machbaren Dingen beginnen.

stehen. Die Gefahr einer möglichen militärischen Invasion der türkischen Armee kann nur die russische Armee bannen. Deshalb ist die Anwesenheit der russischen Armee eine nationale Notwendigkeit für Armenien. Die übergroße Mehrheit der Armenier ist fest davon überzeugt, daß es keine andere Wahl gibt: Rußland war und bleibt der militärische Verbündete Armeniens. Es gibt keine andere Macht, die sie ersetzen kann. Im Unterschied zu Aserbaidshan, das als einziges Land des Transkaukasus Rußland »die kalte Schulter« zeigt, werden die Grenzen Armeniens zum NATO-Land Türkei und zum Iran als GUS-Außengrenzen von Soldaten der GUS-Streitkräfte geschützt. Aserbaidshan hat es zuletzt »auch beim Gipfeltreffen der GUS-Staats- und Regierungschefs in Minsk am 26. Mai (1995) erneut abgelehnt, den Vertrag zur kollektiven Verteidigung der GUS-Außengrenzen zu unterzeichnen (ihm gleich taten es Moldowa, die Ukraine, Usbekistan und Turkmenistan). Ebenso verweigert Aserbaidshan Rußland die Errichtung von Militärstützpunkten auf seinem Territorium, während Armenien Rußland in einem Vertrag vom 16. März 1995 die Beibehaltung von zwei ehemals sowjetischen Stützpunkten, in Gjumri und Jerevan, mit insgesamt 14.000 Soldaten, zugesichert hat.«²¹

Die Armenier scheinen verstanden zu haben, daß der mittlerweile sechs Jahre andauernde Krieg, welcher mehr als 30.000 Menschen das Leben gekostet hat, mehr und mehr zu einem Krieg der Ressourcen wird. Da Aserbaidshan mit seinen sieben Millionen Menschen und seiner Ölindustrie mehr Kräfte und Geld in die Waagschale werfen kann als Karabach und Armenien zusammengenommen, würde die 150.000 Einwohner zählende armenische Enklave von Berg-Karabach einen solchen Krieg auf die Dauer wohl kaum durchstehen können.

BEMÜHUNGEN ZUR LÖSUNG DES KARABACH-KONFLIKTS

Bislang gibt es kein definitives Waffenstillstandsabkommen zwischen den Konfliktparteien. Der am 12. Mai 1994 zustandegekommene inoffizielle Waffenstillstand hält trotz gelegentlicher Verletzungen, die sich jedoch in Grenzen halten. Die seitdem entstandene Stagnation des Konfliktes hat bislang keine wesentliche Annäherung der Standpunkte der am Konflikt beteiligten Seiten herbeigeführt. Es ist nicht einmal gelungen, Direktgespräche

21 Dokumentation: Rüstung in Armenien und Aserbaidshan. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz. Frankfurt am Main Juni 1995. S. 18.

auf gleicher Ebene zwischen Aserbaidshan und der Republik Arzach (Karabach) zustande zu bringen. Aserbaidshan ist weiterhin nicht bereit, den Karabach-Armeniern den Status gleichberechtigter Partner zuzugestehen. Deshalb sind auch die Ansätze einer Friedenslösung nicht sichtbar. Deren Kern müßte die Klärung des künftigen Status von Berg-Karabach bilden, und eben dazu haben die Beteiligten sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Für die Karabach-Armenier müßten folgende Schlüsselfragen eines Friedens im Karabach-Konflikt zusammen gelöst werden: 1. Anerkennung des gegenwärtigen Status der Republik Arzach (Karabach); 2. Rückgabe der okkupierten Gebiete; 3. Beendigung der aserbaidshanischen Blockade gegen Karabach; jeder Versuch, diese Fragen getrennt voneinander zu lösen, um einseitige Vorteile zu erzielen, würde zum Scheitern der Suche nach Frieden führen und den Weg zu neuen Gewalttätigkeiten öffnen; 4. der Korridor von Latschin, der Berg-Karabach mit Armenien verbindet, sei lebensnotwendig für die Aufrechterhaltung der Verbindung Karabachs mit der Außenwelt. Sein Status müsse gesondert und unabhängig von den anderen Fragen geklärt werden. Dies alles erfordere faire und gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Armenien, Aserbaidshan und Berg-Karabach.

Die Republik Armenien, die bislang die 1992 proklamierte Unabhängigkeit Berg-Karabachs – entgegen den Forderungen vieler Armenier – de jure nicht anerkannt hat, betrachtet sich weder als Kriegspartei, noch erhebt sie Gebietsansprüche im Zusammenhang mit dem Karabach-Konflikt. Es gibt jedoch einen Beschluß des armenischen Parlaments, demzufolge Armenien das Gebiet Berg-Karabach nicht mehr als Teil Aserbaidshans betrachtet. Eine überwältigende Mehrheit der Armenier, in Armenien und in der Diaspora, sieht die Lösung des Karabach-Problems in der »Wiedervereinigung« Arzachs mit dem Mutterland Armenien.

Aserbaidshan wehrt sich vehement gegen eine Lösung des Konfliktes durch eine solche Wiedervereinigung. Man erklärt sich bereit, die Autonomierechte Berg-Karabachs im Sinne des Status von 1989 wiederherzustellen. Als Vorbedingung dafür müßten die okkupierten Gebiete durch die Karabach-Armenier Aserbaidshan zurückgegeben, der Korridor von Latschin und die Stadt Schuscha geräumt, die Rückkehr der Flüchtlinge gesichert und ein definitives Waffenstillstandsabkommen mit internationalen Garantien zwischen den Kriegsparteien Armenien, Aserbaidshan und Berg-Karabach abgeschlossen werden.

Die bisherigen Gesprächsrunden zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien auf allen möglichen Ebenen konnten die Gegensätze zwischen Armeniern und Aseri nicht abbauen.

Der vor zwei Jahren am 12. Mai 1994 zustandegekommene inoffizielle Waffenstillstand zwischen Berg-Karabach und Aserbaidshan hält an. Die Karabach-Armenier kontrollieren weiterhin Berg-Karabach und 20% des Territoriums Aserbaidshans, einschließlich des Korridors von Latschin, der Berg-Karabach mit der Republik Armenien verbindet.

Die internationale Gemeinschaft versucht seitdem, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Hauptsächlich Rußland und die KSZE-OSZE beteiligen sich an diesen Bemühungen. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen ist nicht frei von Spannungen. Der Westen versucht, Rußland nur eine untergeordnete Rolle bei der Konfliktbeilegung zuzugestehen. Viele westliche Experten meinen andererseits, das Engagement der OSZE im Kaukasus sei ungenügend. So gehe der Waffenstillstand vom 12. Mai 1994 in Berg-Karabach nicht auf das Konfliktmanagement der KSZE, sondern auf die diplomatische Initiative des Moskauer Sonderbotschafters Wladimir Kasimirow zurück.²²

Der Budapester Gipfel der KSZE-OSZE vom Dezember 1994 leitete mit der wichtigen Resolution »Intensivierung der KSZE-Aktionen im Zusammenhang mit dem Karabach-Konflikt« eine positive Wende in Richtung einer Konfliktlösung ein. Diese Resolution hielt folgende Standpunkte fest bzw. empfahl folgende Schritte zur Lösung des Konfliktes:

erstens wird die Fortsetzung des Konfliktes und die damit verbundene menschliche Tragödie bedauert; begrüßt wird die Bestätigung des Waffenstillstandsabkommens durch die Konfliktparteien;

zweitens werden die Konfliktparteien aufgerufen, in ernsthafte Gespräche einschließlich direkter Kontakte zu treten; gebilligt werden die Schlichtungsbemühungen der Minsker Gruppe der KSZE; anerkannt wird der entscheidende Beitrag Rußlands bei der Suche nach einer fairen Friedenslösung;

drittens werden die Ko-Präsidenten der Minsker Konferenz angewiesen, mit der Unterstützung Rußlands und anderer Mitglieder der Minsker Gruppe interessierter Staaten aus Ost-, Mittel-, West- und Nordeuropa unmittelbare Schritte zur Verlängerung des Waffenstillstands und für den Abschluß einer politischen Vereinbarung über die Beendigung des Konflikts zu unternehmen;

viertens brachten die Konferenzteilnehmer ihren politischen Willen zum Ausdruck, nach der Vereinbarung der Konfliktparteien über die Beendigung des bewaffneten Konflikts zusammen mit einer geeigneten Resolution des Sicherheitsrates eine multinationale KSZE-Friedenstruppe bereitzustellen

22 Siehe Bericht in »Frankfurter Rundschau« vom 11. November 1994.

und in der Konfliktzone zu stationieren. Die Aufgabe dieser künftigen Friedenstruppe würde darin bestehen, a) eine per Abkommen zu vereinbarende Entflechtung der Truppen beider Seiten zu gewährleisten, b) die Waffenruhe zu beobachten und c) die Bedingungen für eine politische Lösung vorzubereiten.

Dem Budapester Gipfel folgten 1995 sehr ergiebige Gesprächsrunden: vier in Moskau, zwei in Helsinki und je eine in Wien und Bonn. Es fanden auch mehrere Begegnungen auf höchster Ebene zwischen Aserbaidshan, Armenien und Rußland, zwischen hochrangigen Delegationen der USA und Rußlands mit den Präsidenten Armeniens und Aserbaidshans sowie Vertretern Berg-Karabachs in Baku, Jerewan und Stepanakert statt. Beim Moskauer Treffen der Außenminister Warren Christopher und Jewgeni Primakow im März 1996 stand der Karabach-Konflikt im Mittelpunkt der Gespräche.

Über die Ergebnisse dieser Geheimdiplomatie herrscht Stillschweigen. Zuverlässige Informationen über Fortschritte und Streitpunkte gelangen dennoch an die Öffentlichkeit. So soll dem Waffenstillstand die Unterzeichnung einer Politischen Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien folgen und erst danach der zukünftige Status von Berg-Karabach bestimmt werden. Die angestrebte Vereinbarung soll folgende vier Schwerpunkte enthalten: Stationierung internationaler Friedenstruppen, Rückgabe besetzter Gebiete durch Berg-Karabach, Rückkehr der Flüchtlinge und Beendigung der aserbaidshanischen Blockade Berg-Karabachs.

Das in der Budapester Resolution geforderte Abkommen zwischen den Konfliktparteien kam bislang jedoch nicht zustande. Ungelöst sind auch die Stationierungsgebiete und Zusammensetzung der KSZE(OSZE)-Mission. Ihre Bereitschaft zur Beteiligung an dieser Friedenstruppe haben Rußland und die Türkei als erste Staaten bekundet. Für Armenien und die Karabach-Armenier sind türkische Blauhelme nicht akzeptabel: historisch wegen des Genozids an eineinhalb Millionen Armeniern (1915) und politisch wegen der Parteinahme der Türkei für Aserbaidshan im Karabach-Konflikt. Auch der Iran zeigt sich sehr skeptisch hinsichtlich einer etwaigen Beteiligung türkischer Blauhelme an der geplanten internationalen Friedenstruppe. Die britische Regierung verfolgt mit Sorge die Entwicklung, da sie in Aserbaidshan große Erdölinteressen hat und versucht, andere westliche Länder davon zu überzeugen, daß man das Feld im Transkaukasus nicht wie bisher allein Rußland überlassen darf.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich zu Wort gemeldet und anlässlich des ersten Jahrestages des Waffenstillstandsabkommens vom 12. Mai 1994 einen Antrag von Bundestagsparteien am 30. März 1995 verabschiedet, in

dem sich der Bundestag u. a. an die Konfliktparteien wendet »mit der eindringlichen Bitte, die Waffenruhe zu bewahren. Er unterstützt die Haltung führender Politiker der Transkaukasus-Region, die immer wieder betont haben: Nur eine friedliche Lösung kann aus diesem Konflikt heraushelfen. Sie erfordert Geduld und Bemühungen um Wiedergewinn des Vertrauens«. ²³

Dem persönlichen Vertreter von Präsident Jelzin in den Verhandlungen zwischen Armeniern und Aseri, Wladimir Kasimirow, gelang es, den aserbaidshanischen Präsidenten Alijew davon zu überzeugen, den russischen Vorschlag zur Stationierung von russischen Friedenstruppen in der Konfliktzone zu Karabach zu akzeptieren. Dafür hat Alijew die Türkei gebeten, ihren Einfluß geltend zu machen, damit sich an der künftigen Friedenstruppe der KSZE für Karabach auch Einheiten aus der Türkei, den USA, Großbritannien und Deutschland, jedenfalls aus mehreren westlichen Staaten, beteiligen. In diesem Zusammenhang ist bislang eines auf alle Fälle sichtbar: Die russischen Friedenstruppen bleiben weiterhin in Karabach – auch als Garant seiner Unabhängigkeit gegenüber Aserbaidshan und Armenien.

Die Gespräche zwischen Armenien, Berg-Karabach und Aserbaidshan sind Anfang Februar 1995 in Moskau fortgeführt worden. Ein weiteres Treffen hat es am 20. März in Stockholm zwischen den Konfliktparteien gegeben. Im Juni gab es ein Treffen der OSZE-Gruppe in Helsinki und der Minsker Gruppe in Moskau. Aserbaidshan beharrt dabei unnachgiebig auf der Räumung okkupierter Gebiete, einschließlich Schuschas und des Latschin-Korridors, bevor man überhaupt über den Einsatz von OSZE-Truppen in der Region diskutiert. Was den Status von Berg-Karabach anbelangt, so könne dazu erst gesprochen werden, nachdem diese Enklave zum Status quo vom Februar 1988 zurückgekehrt ist, d. h., wenn sie wieder wie vor dem militärischen Konflikt voll und ganz unter aserbaidshanischer Kontrolle steht. Im Gegensatz dazu bewertet die Armenische Republik die Resolution des Budapester Gipfels als positiv und zeigt ihre Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen mit Aserbaidshan. Auch die Karabach-Armenier zeigen Bereitschaft, zu einer Lösung des Konflikts zu gelangen. Sie schlagen Aserbaidshan vor, sich zu den folgenden Problemen in einem einheitlichen Paket zu verständigen:

1. Anerkennung Berg-Karabachs als unabhängige Einheit;
2. Aufnahme Berg-Karabachs in die Armenische Republik;

23 Der Deutsche Bundestag zu Berg-Karabach. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz. Frankfurt am Main Juni 1995. S. 8–9.

3. Parallele Zugehörigkeit Berg-Karabachs zu Aserbaidshan. Aserbaidshans neuestes Angebot zur Lösung des Konflikts lautet, in Berg-Karabach zwei ethnische Zentren zu bilden, eines davon Schuscha, mit mehrheitlich aserbaidshanischer Bevölkerung und das andere, den Rest von Berg-Karabach, mit mehrheitlich armenischer Bevölkerung.²⁴

Ein Friedensprozeß und eine endgültige Lösung des Karabach-Konflikts liegen noch in weiter Ferne. Ob die KSZE (OSZE) und Rußland einen vernünftigen Vertrag herbeiführen können, kann man in Zweifel ziehen. So stellte der armenische Präsident Ter-Petrossian in seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Armeniens am 22. September in Jerevan fest: »Es scheint, daß die Vermittler und die internationalen Organisationen sich nicht so sehr um den eigentlichen Konflikt kümmern, sondern um die Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen [...] sie sind mehr an der neuen Nachkriegsordnung im Transkaukasus interessiert als an der Beendigung des Konflikts.«²⁵ (von Berg-Karabach – d. A.)

Jedenfalls kann ohne Rußland und seine Einwilligung, geschweige denn gegen die Wahrung seiner Interessen, im transkaukasischen Raum keine endgültige Regelung des Karabach-Konflikts herbeigeführt werden. Die »Lösung« der Konflikte in Georgien und Tschetschnja bestätigt diese Annahme.

Die Präsenz Rußlands im Kaukasus bezweckt vor allem die Wiedererlangung eines Territoriums, das traditionell zu seinem unmittelbaren Umfeld gehört, und zwar bevor andere Mächte, die das durch den Zerfall der Sowjetunion entstandene Vakuum nutzend, versuchen können, hier Fuß zu fassen. An erster Stelle sind das, besonders aufgrund ihrer geographischen und sonstigen Nähe, der Iran und die Türkei. Der Iran genießt aber hier wegen seines Fundamentalismus keine große Gegenliebe. Die Türkei wird durch Moskau umsomehr als entscheidende Gefahr erkannt, vor allem deshalb, weil sie mit dem Segen der USA versucht, als Vermittlermacht den Kaukasus und Zentralasien dem russischen Einfluß zu entziehen und dem Westen anzunähern. Dadurch wäre auch die von Rußland angestrebte Kontrolle über die Vorräte, die Förderung und den Transport des in dieser Region in riesigen Dimensionen vorhandenen Erdöls gefährdet.

Das Schicksal dieser Region hängt fast ausschließlich von Rußland ab, denn die westlichen Mächte haben bisher diese sehr komplizierte Sache,

24 Siehe Arkadi Gugassan: Außenminister der Republik Arzach (Karabach) in einer Pressekonferenz am 26. Juni 1995 über die Ergebnisse des Helsinki-Treffens der OSZE-Gruppe (vom 15. bis 20. Juni 1995) und des Moskauer Treffens der Minsker Gruppe am 20. Juni. In: »Gantsch«. Beirut vom 15. Juli 1995. S. 4.

25 Armenisch-Deutsche Korrespondenz. Frankfurt am Main September 1994. S. 11.

die auch Kaukasus und Tschetschnja heißt, weitgehend demjenigen überlassen, der sich hier besser zurechtfindet.

Die Divergenzen innerhalb der politischen Klasse in Moskau sind unübersehbar. Einig ist sie sich aber in bezug auf einige große Zielsetzungen im Kaukasus:

1. Die Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz;
2. die uneingeschränkte Kontrolle der großen geographisch-ökonomisch-strategischen Achsen;
3. den größtmöglichen Anteil an den Erdöl- und anderen Reichtümern der Region.

Diese Ambitionen begegnen kaum einem ernstem Widerstand auch außerhalb Rußlands, da das Interesse der Außenwelt für den Kaukasus uneinheitlich und bisher nur relativ gering ist.

Indem Rußland sein Reich wiederherstellt, führt es den Beweis, daß es in der Lage ist, in beliebigen Regionen der früheren Sowjetunion und zu beliebiger Zeit große wie kleine Konflikte zu entfachen. Es muß jetzt den Beweis liefern, daß es auch in der Lage und willens ist, ohne Gewaltanwendung Ordnung und Frieden wiederherzustellen.

Trotz erzielter Fortschritte ist man noch weit entfernt von einer endgültigen Klärung sehr schwieriger Probleme:

Erstens. Aserbaidshan und die internationale Gemeinschaft sind bislang nicht in der Lage, Garantien an Berg-Karabach für Gegenleistungen nach der Räumung der besetzten aserbaidshanischen Territorien zu gewähren;

Zweitens. Die Meinungen gehen auseinander betreffs des Korridors von Latschin, den Aserbaidshan wiederhaben möchte, aber Berg-Karabach als lebensnotwendige Verbindung zu Armenien betrachtet und beibehalten will;

Drittens. Die Karabach-Armenier möchten den künftigen Status Berg-Karabachs in der Politischen Vereinbarung aktenkundig fixiert haben. Aserbaidshan beharrt darauf, dieses Problem erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarung und gesondert zu behandeln. Berg-Karabach zeigt Flexibilität und blockiert deswegen nicht die Verhandlungen zu derr Politischen Vereinbarung;

Viertens. Aserbaidshan versucht, die Rolle der OSZE und Rußlands bei der Konfliktbewältigung zurückzudrängen und dafür die NATO nach dem Beispiel des Bosnien-Konfliktes einzuschalten. Dagegen sind für die Karabach-Armenier und die Republik Armenien Rußland und die OSZE in Zusammenarbeit mit den USA die geeignetsten Vermittler. Die reale Lage im Kaukasus schließe jegliche Beteiligung der NATO aus;

Fünftens. Berg-Karabach hat inzwischen von seiner ursprünglichen Forderung, sich mit der Republik Armenien zu vereinigen, Abstand genommen und verlangt neuerdings »völlige Selbständigkeit als ein Teil von Aserbaidschan« und nicht mehr »vollständige Unabhängigkeit von Aserbaidschan«. Demgegenüber bleibt Aserbaidschan bei seiner früheren Position, die lautet: Karabach soll »Bestandteil Aserbaidschans« bleiben und dafür einen »hohen Grad an Selbständigkeit« genießen, ohne sich in Einzelheiten einzulassen;

Sechstens. Aserbaidschan lehnt es ab, an Verhandlungen mit Vertretern Berg-Karabachs über das Schicksal der Kriegsgefangenen teilzunehmen, denn dies würde einer »de facto« Anerkennung der Republik Berg-Karabach gleichkommen.

Die neuen Entwicklungen in Rußland nach den Wahlen zur Duma und um die Präsidentschaft sowie das gesteigerte Interesse der USA an der Lösung des Karabach-Konflikts, das durch die Ernennung eines Sonderbotschafters für Karabach durch den Präsidenten Clinton seinen Ausdruck fand, und nicht zuletzt das Abkommen von Dayton zur Lösung des Bosnien-Konfliktes haben sowohl den Positionen der Konfliktparteien als auch der an der Konfliktbeilegung beteiligten Länder neue Akzente verliehen:

– Die Republik Armenien zeigt größtes Interesse an einer raschen und endgültigen Lösung des Konfliktes, der durch die anhaltende Blockade ihre Wirtschaft ruiniert und sie in eine Insel der sozialen Not verwandelt hat. Sowohl gegenüber der Türkei als auch gegenüber Aserbaidschan wird ihre Stellung versöhnlicher und nachgiebiger. Türkischen Quellen ist zu entnehmen, daß die Republik Armenien bereit wäre, unter bestimmten, nicht näher genannten Bedingungen, für die Räumung des Korridors von Latschin einzutreten.

– Die Türkei bezieht eine ausgewogenere Position gegenüber Berg-Karabach als früher, da sie hartnäckig die Positionen Aserbaidschans vertrat und verteidigte. Eine Hauptursache dafür ist die Tatsache, daß die Feuerpause weitere territoriale Gewinne der Karabach-Armenier gestoppt hat. Die Beteiligung der Türkei an der Ausbeute des aserbaidschanischen Erdöls im Kaspischen Meer dürfte ein weiterer Grund für die Sorge der Türkei um die Befriedung des Konfliktes zwischen Aserbaidschan und Berg-Karabach sein. Würden jedoch die Verhandlungen scheitern, so gilt es als sicher, daß die Türkei wieder Aserbaidschan zu Hilfe eilen würde.

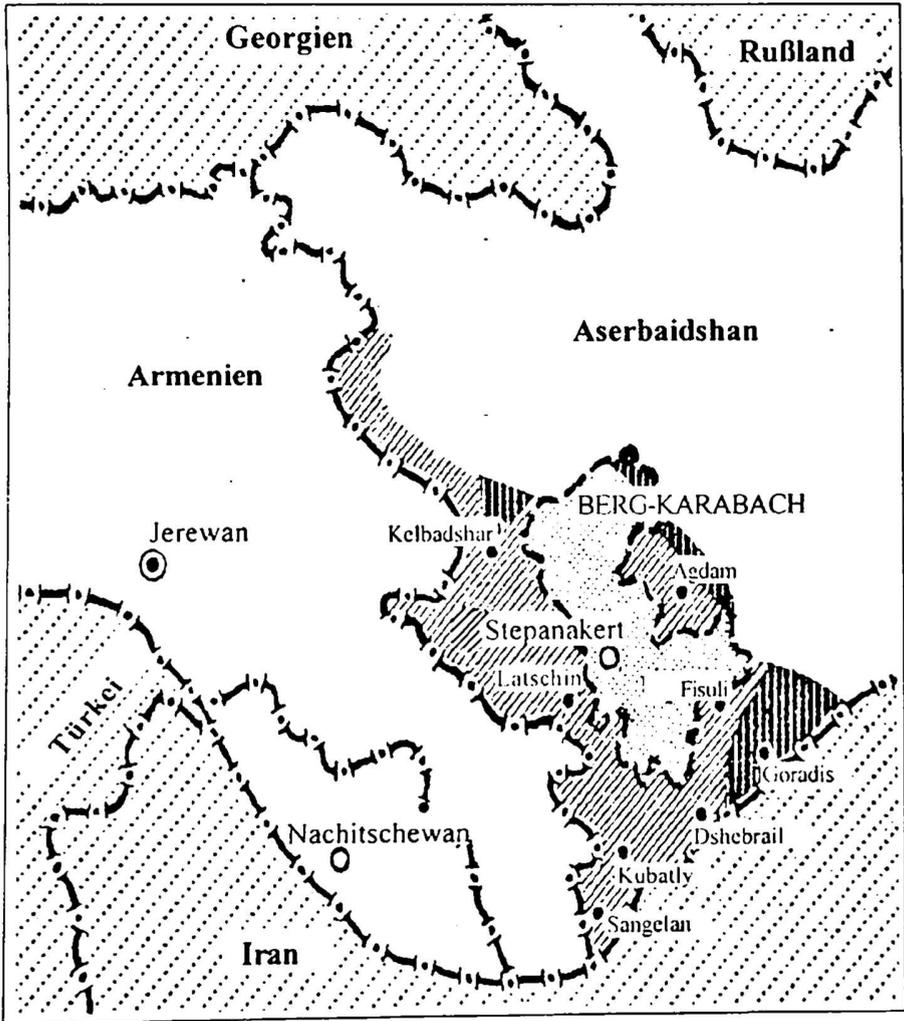
– Im Falle einer erfolgreichen Umsetzung des Dayton-Abkommens würde die internationale Gemeinschaft Interesse zeigen, dieses Abkommen als Präzedenzfall für die Lösung des Karabach-Konfliktes zu nutzen. Und dies mindestens in zweierlei Hinsicht: erstens, indem man bei der Lösung

von nationalen und ethnischen Konflikten nicht mehr blindlings den historischen Traditionen Folge leistet, sondern Lösungen anstrebt, die den Interessen aller Konfliktbeteiligten gerecht werden, im konkreten Falle auch den ethnischen Interessen der Karabach-Armenier, und zweitens, indem man versucht, wie am Beispiel der Bewahrung der territorialen Einheit von Bosnien-Herzegowina, auch formell die territoriale Einheit von Aserbaidshan zu gewährleisten. Dies würde für Berg-Karabach bedeuten, ein Teil Aserbaidshans zu bleiben, möglicherweise mit einer international sanktionierten größeren Selbständigkeit als vor Ausbruch des militärischen Konflikts.

– Die USA bringen der friedlichen Lösung des Konflikts größeres Interesse als früher entgegen. Eine neue militärische Auseinandersetzung würde doch das Schicksal des kaspischen Erdöls, an dessen Ausbeute die Amerikaner maßgeblich beteiligt sind, in weite Ferne rücken und überhaupt in Frage stellen. Auch rückt der Zeitpunkt immer näher, um endlich den Verlauf der zukünftigen Erdölpipeline – neuerdings sind dafür auch die Territorien Armeniens und Berg-Karabachs im Gespräch – vom Kaspischen Meer nach dem Westen zu klären und die diesbezüglichen Streitigkeiten zwischen Rußland, Aserbaidshan, der Türkei und dem internationalen Erdölkonsortium zu beseitigen. Washington möchte dabei den Interessen Rußlands nicht zuwiderhandeln, wohl wissend, daß die Rolle Rußlands bei der Lösung jeder Art von Konflikten und Problemen in dieser Region unerlässlich ist und dementsprechend jede Maßnahme im Einvernehmen mit Rußland zu geschehen hat.

Dadurch verquickt sich die Lösung des Karabach-Konflikts immer mehr mit dem Schicksal des kaspischen Öls. Die besseren Karten scheint hier Aserbaidshan zu haben. Es steht aber seinerseits unter Zeitdruck, da die westlichen Erdölgesellschaften nicht gewillt sind, Milliarden in das Erdöl eines Landes zu investieren, das sich im Kriegszustand befindet.

Deshalb sind für alle Beteiligten am Konflikt Zugeständnisse unumgänglich, um den brüchigen Waffenstillstand in einen dauerhaften Frieden in und um Berg-Karabach zu verwandeln. Die Vorzeichen dafür sind günstig.



-  Gebiete Aserbaidshans, die 1993 von der Armee Berg-Karabachs okkupiert wurden
-  Territorium, das Aserbaidshan während der Winteroffensive 1994 zurückeroberte

OLAF KIRCHNER

Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa

Die gemeinsame Sektion Osteuropaforschung der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. setzte im Herbst 1995 ihre Kolloquienreihe zu Osteuropathemen fort.¹

Auf dem 27. Kolloquium am 22. September 1995 berichtete Jürgen Becher aus seiner Arbeit innerhalb eines EU-Teams, das Vorschläge über die Konsequenzen der Ost-Erweiterung der Europäischen Union – z. B. durch die künftige Mitgliedschaft der sogenannten Visegrád-Staaten – erarbeitet. Im Zentrum der Überlegungen stehen dabei vor allem drei Problemkreise: erstens, die Erfüllung der Kriterien für die EU-Mitgliedschaft durch die ostmitteleuropäischen Staaten (mit Polen und Ungarn gibt es seit 1992 EU-Abkommen); zweitens, das Verhältnis verschiedener EU-Mitglieder zu einer Ost-Erweiterung; drittens, die durch eine Ost-Erweiterung sich ergebenden Zwänge zu strukturellen Veränderungen in der Europäischen Union. Zur Erfüllung der Kriterien für die EU-Mitgliedschaft müssen die ostmitteleuropäischen Staaten entsprechende EU-Dokumente in nationales Recht überführen und insbesondere strukturelle Probleme ihrer Volkswirtschaften bewältigen. Wirtschaftliche Hemmnisse dabei sind in erster Linie das Lohngefälle zwischen der EU und Ostmitteleuropa, die Rohstoffpreise und die industriellen Strukturen – vor allem die Dominanz der Rüstungsindustrie in einigen Ländern. Eine mit der EU-Mitgliedschaft einhergehende Einschränkung der Stahlerzeugung sowie ein weitgehendes Rüstungsexportverbot würden mit hoher Wahrscheinlichkeit den wirtschaftlichen Bankrott z. B. für Tschechien und die Slowakei bedeuten. Andererseits sind die ostmitteleuropäischen Staaten langfristig ohne eine EU-Mitgliedschaft wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Eine Erweiterung der EU vor dem Jahre 2000 kann jedoch als unwahrscheinlich gelten. Möglicherweise ist dann eine EG-Mitgliedschaft nicht identisch mit der EU-Mitgliedschaft. Die optimistischste Entwicklung nimmt derzeit Polen, das die wichtigsten Kriterien bereits heu-

1 Siehe auch den Anhang in den Heften 1 und 2 der Reihe »Osteuropa in Tradition und Wandel«.

te erfüllt. Auch deshalb ist ein immer neues Aufschieben der EU-Ost-Erweiterung politisch problematisch. Die Hauptblockade gegen eine Aufnahme ostmitteleuropäischer Staaten in die EU geht aus Sicht Bechers von Spanien, Portugal und Italien aus, die eine Gewichtsverschiebung innerhalb der EU sowie die Konkurrenz in für sie entscheidenden Wirtschaftssektoren befürchten. Auch Finnland und Griechenland stehen einer Ost-Erweiterung skeptisch gegenüber.

Was die künftigen strukturellen Veränderungen innerhalb einer nach Osten erweiterten EU angeht, so werden vor allem drei Varianten diskutiert. Erstens, eine zentralistisch organisierte Brüsseler Union, deren Beschlüsse entweder über einzelne Mitgliedsstaaten bis zu den Regionen durchgestellt werden, oder aber, in der es parallel dazu auch noch Direktbeziehungen zwischen der EU und den Regionen gibt. Zweitens, die an einen Staatenbund erinnernde Variante, bei der die Mitgliedsstaaten eine größere Rolle spielen und nur bestimmte Kompetenzen an die EU abgegeben werden, die Regionen also tendenziell einen größeren Freiraum gegenüber der EU hätten. Drittens, die regionalistische Variante einer sogenannten »introvertierten Zwiebel«, bei der die Beziehungen zwischen EU und einzelnen Regionen ein viel größeres Gewicht hätten. Becher bezeichnete diese dritte Variante als gar nicht so chancenlos, weil die künftigen Wachstumsregionen der EU zunehmend grenzüberschreitend organisiert sein werden. Auch Sachsen macht ja mit seiner Euro-Region zu Polen und Tschechien Erfahrungen mit dieser Organisationsform. In Perspektive könnte auch Schlesien beiderseits der polnisch-tschechischen Grenze, das Dreiländereck zwischen Slowakei, Ukraine und Ungarn, oder z. B. Istrien zwischen Italien, Slowenien und Kroatien zu solchen grenzüberschreitenden Euro-Regionen gehören, denn gerade für Ostmitteleuropa bieten sich hier Entwicklungsperspektiven.

Die 28. Veranstaltung im Oktober fand aus Anlaß des 100. Todestages von Friedrich Engels zum Thema »Friedrich Engels und die nationale Frage – eine kritische Würdigung« statt. Ronald Löttsch, der die Diskussionsgrundlage legte, befaßte sich zunächst vor allem mit den zentralen Begriffen der Nationenproblematik, deren Verwendung bei Engels (und bei Marx) in der Rezeption große Schwierigkeiten bereitete. »Nationales«, »Ethnisches« oder »Ethnisch-soziales« wurden von Engels in aller Regel als Synonymbezeichnungen verwendet. So gebraucht er u. a. die Attribute des Nationalen auch für Ethnien des Altertums, wenn er etwa von den »Nationalgöttern« der Phönizier spricht. Nur ganz vereinzelt und auch nur andeutungsweise (z. B. in seiner Schrift »Der Bauernkrieg in Deutschland«) läßt Engels durchblicken, daß »Nationales« für ihn eine Entwicklungsstufe des »Ethni-

schen« ist. Ähnlich verschwommen wird bei Engels auch das im späteren Marxismus/Leninismus so wichtige Begriffspaar »Nation« und »Nationalität« verwendet. Eine Differenz zwischen beiden Begriffen läßt sich bei Engels nur selten und auch nicht eindeutig (z. B. in der Schrift »Deutschland und der Panslawismus«) ausmachen. Im Unterschied zu Lenin ist die nationale Frage bei Engels (und bei Marx) der sozialen nicht untergeordnet: Ohne die Lösung der nationalen Frage kann es keine fortschrittlichen sozialen Taten geben.

Die sonst bei Marx bzw. Engels ungewöhnliche Nonchalance gegenüber Termini mag dem zumeist journalistischen Charakter der entsprechenden Arbeiten geschuldet sein. Sie hat andererseits aber auch mit der realen Entwicklung der Sozialisierungsformen der sich im 19. Jahrhundert entfaltenden Industriegesellschaft – neben der Nation sind das auch Parteien und Klassen – zu tun, denn die sich im Stadium der Formierung befindlichen Sozialisierungsformen konnten natürlich noch keine kategorialen Begrifflichkeiten erheischen. Nicht zuletzt sind die Äußerungen Engels' zur nationalen Frage, vor allem, wenn es um Osteuropa geht, stark dem Zeitgeist unterworfen. Vor allem in Verbindung mit der Revolution von 1848/49 gibt es bei ihm zahlreiche unausgewogene Wertungen, die von seiner Enttäuschung über deren Ergebnisse zeugen. Sicherlich äußerte sich Engels, je mehr er sich mit Osteuropa beschäftigte, differenzierter über die Völker Osteuropas, aber die antislawische, insbesondere antirussische Grundtendenz konnte er nie ganz ablegen. Zudem hängt seine Differenzierung zwischen »historischen Völkern« und »Völkerabfall« mit dem teilweise extrem(istisch)en Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts und mit dem Widerwillen Engels' gegenüber einem föderativen Staatsaufbau zusammen.

Auf dem 29. Kolloquium im November 1995 stellte Britta Böhme ihr Dissertationsprojekt »Geschichte und Identität in der Ukraine. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Ukraine« vor. Eingangs machte sie auf die komplizierte Quellenlage der Ukrainistik aufmerksam. Viele Bibliotheksbestände sind der wechselvollen Geschichte der Ukraine zum Opfer gefallen und die erhalten gebliebenen (vor allem in L'viv – von den 280.000 insgesamt identifizierten Beständen sind 240.000 in das Weltarchiv der Raritäten aufgenommen –, Ushhorod und Kiew – in der dortigen Bibliothek der Akademie der Wissenschaften sind die Ukrainistik-Bestände 1964 durch Brandstiftung vernichtet worden) in oft schlechtem Zustand. Die Rus – grundlegende Identitätsstiftung für alle ostslawischen Stämme – ist sowohl in ihrer realen geschichtlichen Gestalt als auch in ihrer Überlieferung als Mythos (nur wenige authentische Quellen über die Rus sind erhalten geblieben, vor

allem handelt es sich um griechische bzw. römische Quellen) Ausgangspunkt der Ukrainistik. Später dominierten dann die Kosakenchroniken, und im 19. Jahrhundert setzte dann die Rus-Literatur ein, die jedoch stark panslawistisch geprägt war. Die moderne Ukrainekunde, die sich im Zuge der Wiedergeburtbewegung an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert etablierte, erlebt heute mit dem erneuten Versuch einer unabhängigen ukrainischen Staatsbildung einen erneuten Aufschwung.

Sie ist aufs engste mit der politischen Legitimation der postsowjetischen unabhängigen Ukraine verknüpft und dient insbesondere der Abgrenzung zum Russentum. Die methodischen Probleme der modernen Ukrainistik resultieren dabei vor allem aus dem Umstand, daß die Trennlinie zwischen Ostmittel- und Osteuropa quer durch das heutige Territorium der Ukraine geht und die einzelnen historischen Regionen der Ukraine maßgebend für das politische und kulturelle Verhalten sind. Das Wirken historischer Persönlichkeiten, wie z. B. Bohdan Chmelnyzki oder Stepan Bandera, wird in den verschiedenen Landesteilen höchst unterschiedlich reflektiert. Ein gemeinsamer Bedeutungs- und Verständniszusammenhang, d. h. also eine Gesamtidentität, ist erst im (Wieder)entstehen begriffen. Noch bildet die Ukraine keinen einheitlichen medialen und kommunikativen Raum. Die moderne ukrainische Nation erwächst aus der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen, ist also eher Bürgergemeinschaft als Nation. Charakteristisch ist der Versuch, in Anlehnung an F. Tenbruck verschiedene Arten historischer Kontinuitätslinien zu fixieren. In diesem Zusammenhang dominieren in der Ukrainistik derzeit die sozio-ethnischen gegenüber den sozio-ökonomischen Ansätzen.

Das 30. Kolloquium am 15. Dezember 1995 war den völkerrechtlichen Beziehungen des vereinigten Deutschlands mit Polen und Tschechien seit 1991/92 gewidmet. Walter Poeggel verglich das Verhältnis Deutschlands zu Polen einerseits und zu Tschechien andererseits insbesondere hinsichtlich der Grenzfrage, der Minderheitenproblematik, der Vermögens-, Eigentums- und Staatsangehörigkeitsfragen. Ihre Brisanz gewinnen diese Fragen in den Beziehungen zwischen den jeweiligen Staaten vor allem durch die geschichtlichen Belastungen im Zuge bzw. im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. So sind z. B. Polen und Tschechien bei der abschließenden Regelung zur Frage der Außengrenzen des vereinten Deutschlands keine Vertragspartner der Bundesrepublik gewesen, Polen wurde durch die Bemühungen der alten BRD lediglich gehört. Deutsche in Polen und Polen in Deutschland sind keine gleichbehandelten Bevölkerungsgruppen, in dem einen Fall sind sie eine »gleichgestellte Gruppe«, im anderen Ausländer. Zudem besit-

zen Deutsche in Polen entsprechend Artikel 116 Grundgesetz de facto eine doppelte Staatsbürgerschaft. Die im Vergleich zu Tschechien privilegierte Stellung der Deutschen in Polen mag eine Ursache sein, weshalb die Bundesrepublik, im Vergleich etwa zur Politik gegenüber Tschechien, gegenüber Polen nicht so stark auf dem Rückkehrrecht der Vertriebenen besteht. Gleichwohl wird die Enteignung von Deutschen sowohl in Tschechien als auch in Polen von der Bundesrepublik nicht anerkannt. Dabei muß jedoch bedacht werden, daß viele Polen, die nach 1945 die ehemals deutschen Gebiete besiedelten, selbst Vertriebene und Opfer von Territorialveränderungen waren. Gegenüber Tschechien kommt noch hinzu, daß bisher eine klare Stellungnahme der Bundesrepublik zur Nichtigkeit des Münchner Abkommens fehlt.

Die Lösung der zwischen Deutschland und Polen bzw. Tschechien strittigen Fragen wird offensichtlich für einen schnellen EU-Beitritt beider Staaten angestrebt. Durch die wirtschaftliche Stärke der Bundesbürger wäre die Niederlassungsfreiheit dann faktisch gleichbedeutend mit einer Wiederherstellung der Eigentumsrechte: Man wird das Eigentum entschädigungslos nicht zurückfordern können, aber man wird es zurückkaufen können. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere auf die unterschiedliche Legitimation der Territorialveränderungen nach 1945 durch Sieger und Besiegte aufmerksam gemacht. Waren es bei den Siegern vor allem historische Begründungen (auch in Polen gegenüber den ehemals deutschen Gebieten), so bei den Besiegten vor allem politische.

Die 31. Veranstaltung im Januar 1996 mit Erhard Hexelschneider war lokalgeschichtlich angelegt und befaßte sich mit Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. Im Verhältnis zu den umfänglichen Forschungen über die Rußlandbeziehungen Leipzigs im Zeitalter der Aufklärung ist das 19. Jahrhundert fast unerforscht. Dabei bietet auch das 19. Jahrhundert zahlreiche Anknüpfungspunkte für solche Forschungen: erstens, die interkulturelle Begegnung zwischen Rußländern und Sachsen in den Jahren der Napoleonischen Kriege und danach; zweitens, Leipzigs buchgeschichtliche Rolle als Stadt der Drucke in kyrillischen Sprachen und drittens, Leipzigs Rolle als Verlagshochburg, die mit Hilfe von Originalschriften und Übersetzungen aus dem Russischen Wesentliches zur Verbreitung rußländischer Kultur, Geschichte und Landeskunde sowie von Nachrichten über Rußland geleistet hat. Auch die Bedeutung der Leipziger Alma mater für die Entwicklung der russisch-sächsischen Hochschulbeziehungen – allerdings erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – wurde u. a. am Beispiel des Russischen Philologischen Instituts gewürdigt.

In seinem sehr detaillierten und materialintensiven Vortrag benannte Hellschneider an verschiedenen Punkten erhebliche Forschungsdesiderata zur Gesamtproblematik, so u. a. das bisher kaum erforschte Gebiet des Drucks literarischer und anderer Werke in slawischen Sprachen, der insbesondere seit dem Krimkrieg auch eine Hilfe für die Oppositions- und Reformbewegung im zaristischen Rußland war. Weitgehend unerforscht ist auch der Beitrag Leipziger Verlage für die Übersetzung und Verbreitung rußländischer Literatur. Pioniere dabei waren vor allem der Verlag Wolfgang Gerhard und die Verlagsbuchhandlung Wilhelm Friedrich, später auch der Verlag Reclams und der Belaieff-Musikverlag. Dringend geboten erschien Hellschneider die genauere Erforschung der Arbeit des Russischen Philologischen Instituts, dessen finanzielle Angelegenheiten in den Händen der Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner lagen. Ähnliches gilt für das Leipziger akademische Vereinsleben, an dem Rußländer teilnahmen (Slawisch-Akademischer Verein, Russisch-Akademischer Verein u. a.). Wenig bekannt für Leipzig ist auch über die Anwerbungspolitik Rußlands für akademische Berufe im außeruniversitären Bereich.

Am 16. Februar sprach Sonja Striegnitz auf dem 32. Kolloquium zu der Haltung, die von den »Narodniki-Parteien« nach 1906 zum Agrarkurs der damaligen rußländischen Regierung eingenommen wurde: »Revolution verkehrt«. Die Aktualität des Themas erwächst vor allem aus der gegenwärtig in Rußland zu beobachtenden Stolypin-Renaissance (1991 erschien eine Werkausgabe seiner Reden in der Staatsduma), der Tatsache, daß viele Agrarparteien im heutigen Rußland programmatische Anleihen bei den Narodniki nehmen, und aus der nach wie vor brennenden Agrarfrage, die das Schicksal des Landes wohl auch diesmal mitentscheiden wird. Die beiden großen Parteien der Volkstümmer, die Sozialrevolutionäre (1901 gegründet) und die Volkssozialisten – Vertreter der liberalen Richtung –, die 1906 gegründet wurden, standen beide dem Agrarkurs Stolypins ablehnend gegenüber. Sie besetzten damit beide das linke Spektrum der kleinbürgerlichen Parteien im damaligen rußländischen Parteienspektrum. Während jedoch die Volkssozialisten in ihrer Wirkung im wesentlichen auf die großen Städte beschränkt blieben (1907 hatten sie 1.500 bis 2.000 Mitglieder in gut 20 Ortsgruppen), kann man bezüglich der Sozialrevolutionäre von so etwas wie einer Massenbasis sprechen (1907 wurde ihre Mitgliederzahl auf 50.000 bis 60.000 geschätzt, die in 350 Ortsgruppen organisiert waren; dazu kamen noch einmal ca. 300.000 Sympathisanten, insbesondere aus den Bauern-drushiny). Besonders stark waren die Sozialrevolutionäre an der mittleren Wolga, wo es große Bauernkriegstraditionen gab.

Der Regierungskurs Stolypins zielte darauf ab, den Kampf um Grund und Boden in die Dorfgemeinde hineinzutragen, um die Front der Bauern gegen die Großgrundbesitzer aufzubrechen und auf dem Lande einen massenhaften Privateigentümer zu schaffen, der Stütze für die Monarchie im Kampf gegen die Revolution sein könnte. In der Konfrontation mit dieser Politik vollzog sich in den beiden Volkstümmer-Parteien eine reziproke programmatische Entwicklung. 1907 legten die Sozialrevolutionäre einen eigenen Reformentwurf vor, der mit vielen »heiligen Kühen« der Volkstümmer brach. So wurden Abstriche an der These von der Einheitlichkeit der Bauernschaft in Rußland gemacht und die Rolle der Dorfgemeinde neu bewertet. Ins Zentrum der Politik der Volkstümmer rückte der werktätige Bauer mit Kleinwirtschaft anstelle des Landlosen. Vor allem aber wurde die Sozialisierung des Bodens nicht mehr in Zusammenhang mit dem Erhalt der Dorfgemeinde (das war die Hauptthese der theoretischen Volkstümlerrichtung) gebracht. Die Programmatik der Volkssozialisten entwickelte sich in genau umgekehrter Richtung. Die Rolle der Dorfgemeinde wurde aufgewertet: Sie sollte unbedingt erhalten und später in einem Verband der Landwirte reorganisiert werden. Gleichzeitig relativierten die Volkssozialisten die dominierende Rolle des bäuerlichen Privatwirtschaftlers – des späteren Kulaken –, dessen Chancen gegen eine geschlossen handelnde Dorfgemeinde weniger optimistisch gesehen wurden. In der Diskussion wurde besonders auf das ungeheure Beharrungsvermögen der rußländischen Agrarstrukturen hingewiesen. Ihre ideellen Modifizierungen durch die Sowjetgesellschaft (z. B. durch die Kollektivierung) dürfen nicht mit der realen Dynamik im Unterbau dieser Struktur verwechselt werden, wo sich viele traditionelle Strukturen erhielten, was nicht zuletzt auch eine der Ursachen für das historische Scheitern der Kolchose war.

Im März 1996 fand das 33. Kolloquium unter Leitung von Ernstgert Kalbe zum Thema »Bulgarisches Nationsverständnis und nationale Politik im 19./20. Jahrhundert« statt. Damit wurde ein Schlüsselthema für die Spezifika osteuropäischer Nationen überhaupt angesprochen. Nationswerdung in Osteuropa nahm seinen Anfang in transnationalen Großreichen mit einer jeweiligen Vielfalt potentieller Nationen, die aber meist keine eigenen Eliten hatten und auf die Stufe ländlicher Volkskulturen zurückgedrängt wurden. Nation in Osteuropa versteht sich nicht als Staatsbürgernation (wie im westeuropäischen Nationsverständnis) und auch nicht als territoriale Gemeinschaft (wie im von Herder geprägten mitteleuropäischen Nationsverständnis), sondern als ethnisch-sprachliche Gemeinschaft. Wenn im heutigen Bulgarien der Geist des früheren bulgarischen Großreiches (das »Bulgarien

der drei Meere«) beschworen wird, bewegt man sich eben in diesem ethnisch-sprachlichen Paradigma.

Aber die Zaren des damaligen Bulgariens waren in ihrem Selbstverständnis gar keine bulgarischen Zaren, sondern wollten – in Konkurrenz zu den serbischen, die russischen traten erst später hinzu – byzantinische Kaiser werden. Die türkische Eroberung unterbricht dann abrupt die bis zum 14. Jahrhundert auch im Vergleich mit Westeuropa weit fortgeschrittene Gesellschaftsentwicklung in Bulgarien. Neben physischer Dezimierung und Flucht, vor allem der slawischen Bevölkerung, spielten dabei insbesondere die Eliminierung des Adels – aus dem im Unterschied zu Albanien und Mazedonien nur wenige zum Islam übertraten und verschont wurden –, die Entnationalisierung der Lebensweise (entscheidende Differenzierung im Osmanenreich war die Religion und nicht die Ethnie) und die Umwandlung der bulgarischen Städte in osmanisch-multinationale die entscheidende Rolle. Die traditionsreiche eigenständige bulgarische Orthodoxie wurde zur griechisch-orthodoxen Regionalkirche heruntergestuft, und auch in Mitteleuropa – etwa auf der Leipziger Messe – registrierte man die Bulgaren als Griechen. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzt dann die Wiedergeburtbewegung ein, die über eine Aufklärungsetappe und die Loslösung vom griechischen Patriarchat in den Kampf um staatliche Unabhängigkeit mündete. In diesem Kampf setzten sich aber die von den Großmächten gestützten dynastisch-monarchischen Strömungen durch, die eine vollständige neue Staatsgründung Bulgariens verhinderten (wie am Beispiel der sogenannten »mazedonischen Frage« deutlich wird). Kalbe unterstrich, daß, sobald die Wiedergeburtbewegung Südosteuropas ins Visier der europäischen Großmächte geriet, alle Züge für die angedachte Balkanföderation »abgefahren« waren. Überhaupt seien balkanische Großstaaten – spätestens seit dem Krimkrieg – unmöglich geworden, da keine der europäischen Großmächte einer anderen den Vortritt läßt und keiner der Balkanstaaten die Hegemonie eines anderen duldet.

Das 34. Kolloquium im April 1996 mit Manfred Weißbecker befaßte sich mit dem Rußland-Bild im Dritten Reich unter dem Thema »Wenn hier Deutsche wohnten«. Einleitend wurde festgehalten, daß es nicht *das* Rußland-Bild im Dritten Reich gegeben hat, selbst nicht unter den Nationalsozialisten. Fast jede politische Strömung in Deutschland hatte schon im 19. Jahrhundert ihr eigenes Rußland-Bild. Im 20. Jahrhundert politisierten und nationalisierten sich diese Bilder und nahmen zunehmend rassistische, antibolschewistische und antijüdische oder aber freundschaftlich-apologetische Züge an. Das Rußland-Bild transformierte von einem überwiegenden Frem-

denbild in ein Feindbild, und die nationalsozialistischen Rußland-Bilder waren nur Varianten dieser Fremden- bzw. Feindbilder. Den Qualitätssprung vom Fremden- zum Feindbild machte Weißbecker an der Gewaltbereitschaft – nicht nur militärischer – gegenüber Fremden fest. Im weiteren Verlauf ging Weißbecker dann auf verschiedene Grundkonstanten nationalsozialistischer Rußland-Bilder (aggressive und terroristische Militanz, der diffuse Charakter der vielen Einzelbilder und Bildelemente, die nach innen gerichtete machtpolitische Funktion sowie die Funktion als Integrationsmittel für die deutsche Bevölkerung und andere europäische Völker) ein, ohne ein abschließend gesichertes Urteil über *das* Rußland-Bild der Nationalsozialisten abgeben zu wollen.

Bis etwa 1926 gab es innerhalb der NSDAP eher sogar Sympathie mit Rußland (vor allem durch die sogenannte »Parteilinke« um Strasser), besonders in Hinblick auf die sozialistischen Ursprünge und das Anti-Westler-tum. Ab Januar 1933 unterlag das Rußland-Bild dann eher außenpolitischen und rüstungswirtschaftlichen Prämissen, und nur manchmal, vor allem durch Rosenberg, kam Kritik am Pragmatismus dieser Prämissen auf. Anfang 1939 wurde die Rußland-»Forschung« als »Ostraumkunde« in die SS eingegliedert. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt brach dann nicht nur für viele Antifaschisten eine Welt zusammen, widersprach doch das politische Handeln den bislang propagierten ideologischen Prämissen auf das Entschiedenste. Bis 1941 kamen nun kurzzeitig auch andere Rußland-Bilder wieder zur Sprache (z. B. einsetzende Dostojewski-Rezeption). Der Fall »Barbarossa« – der im Selbstverständnis der Nazis den Rückzug der Goten aus der süd-russischen Steppe vor 1.600 Jahren endgültig bewältigen sollte – wurde 1941 zur Nagelprobe auf das nationalsozialistische Rußland-Bild, das nun in seinen schwärzesten Farben gemalt wurde. Gerade noch salonfähig gemachte rußland-freundlichere Bilder wurden unterdrückt, das Rußland-Bild wurde extrem entmenschlicht: Rußländische Soldaten wurden mit »Halbaffen auf Panzern« verglichen, Rußländer tauchten nur als »Untermenschen« oder »Bestien« auf, die erst von Deutschen wieder zu Menschen gemacht werden könnten. »Wenn hier Deutsche wohnten, wie schön könnte das Land sein ...«. Auch wenn Rußland für die Anhänger dieses entmenschlichten Rußland-Bildes mit zunehmender Kriegsdauer zum Rätsel mutierte, wurden keine Konsequenzen gezogen, auch wenn z. B. Rosenberg oder Goebbels den Kampf um die »Seelen der Russen« für wichtiger als die totale Ausplünderung erachteten.

Abschließend stellte Weißbecker fest, daß Ängste und Vorurteile gegenüber Rußland in keiner Weise an ein nationalsozialistisches Rußland-Bild ge-

bunden seien. Nach 1945 wurde es z. T. wieder aufgegriffen und diente als ideologischer Hebel für die Westintegration der BRD. Die These vom nutzbar zu machenden reichen Land im Osten – wenn nicht friedlich und als Freund, dann durch Krieg, und wenn dies nicht geht, dann wird es isoliert – charakterisiert viele deutsche Rußland-Bilder.

Auf dem 35. Kolloquium im Mai sprach Karl-Heinz-Gräfe zu historischen und aktuellen Aspekten des sogenannten »Ostjudentums«. Zunächst ging Gräfe auf die grundsätzliche Differenzierung des europäischen Judentums in die sephardische, spanisch-orientalisch geprägte, und die aschkenasische, mitteleuropäisch geprägte Richtung ein und rekapitulierte deren Entstehungsgeschichte im Zuge der Judenverfolgungen im Mittelalter. Der Redner konzentrierte sich im weiteren auf eine Charakterisierung des vor allem im Königreich Polen/Litauen aus der aschkenasischen Richtung erwachsenen Ostjudentums. Dort spielten die Juden die Mittlerrolle zwischen Stadt und Land und hielten den Wirtschaftskreislauf Adel – Bürger – Bauer in Gang. Sie konnten eine Selbstverwaltung (eigene Schulen, Gerichte für innere Angelegenheiten u. ä.) aufbauen und genossen Bürgerrechte (Recht auf Landbesitz und das Tragen von Waffen). Einen Bruch in der Geschichte des Ostjudentums bildete der ukrainische Aufstand unter Bohdan Chmelnyzki, der mit wahren Exzessen gegen die Juden einherging und in seiner Wirkung auf das Ostjudentum mit der Reconquista in Spanien für die sephardische Richtung vergleichbar ist. Nach der polnischen Teilung wurden in den zu Rußland gefallen Gebieten sogenannte Siedlungsrayons geschaffen, die von Juden nicht verlassen werden durften und in denen Ende des 19. Jahrhunderts ca. 50% der jüdischen Weltbevölkerung lebte. Die jüdische Bevölkerung dieser Rayons war sozial stark differenziert: Neben starker Verarmung gab es riesigen Reichtum, der auch ein wichtiges Ferment der Modernisierung Rußlands (Stolypin) wurde.

Hier entstand im Konflikt zwischen orthodoxen Juden (»wolhynisches Jerusalem« Berditschiv) und der jüdischen Aufklärung (Wilna) die jüdische Nationalbewegung, der Zionismus. Gräfe führte aus, daß sich der Zionismus auf die Herausbildung einer »wohl doch als ostjüdische Nationalität zu bezeichnenden« Identität stützen konnte (das aus dem Mittelhochdeutschen entwickelte Jiddisch, territoriale Grenzen usw.) und mit dem nationalstaatlich geprägten Zeitgeist einherging. Die Idee des Judenstaates bezog sich jedoch geographisch nie auf Osteuropa. Eine große Rolle spielte das Ostjudentum in der rußländischen revolutionären Bewegung, und folgerichtig wurde die ostjüdische Bevölkerung von den Bolschewiki – zunächst – auch als Nationalität anerkannt, ebenso wie andere jüdische Bevölkerungsinself

im ehemaligen Russischen Reich (Mittelasien, Kaukasus, Georgien, Krim). Rußland war damit, neben Rumänien, das letzte europäische Land mit formaler Judenemanzipation. Unter Stalin erlebte der rußländische Antisemitismus eine Renaissance, auch wenn er von den Machthabern im Kreml meist pragmatisch gebraucht wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Bolschewiki – im Unterschied zu den Nationalsozialisten – kein antisemitisches Programm hatten. Der überwiegende Teil des Ostjudentums fiel dem Holocaust während der faschistischen Besetzung zum Opfer.

Das im Juni stattgefundenene 36. Kolloquium mit Erhard Crome, dessen Beitrag im vorliegenden Heft nachzulesen ist, befaßte sich mit den politischen Konstellationen im ungarischen Wandel.

Im Oktober fand das 37. Kolloquium statt, auf dem Bärbel Birnstengel zu den tschechisch-slowakischen Beziehungen seit 1918 sprach. Die Referentin umriß die unterschiedlichen historischen Bindungen der böhmischen und slowakischen Länder an die österreichische bzw. ungarische Krone und schilderte die nachfolgende tschechische Dominanz nach der tschechoslowakischen Staatsgründung 1918, die auch nach der Befreiung vom deutschen Faschismus in der ČSR nach 1945 wirksam blieb. Für letzteres sah sie eine Ursache darin, daß die Slowakei während des Zweiten Weltkrieges ihre Eigenstaatlichkeit als Satellit Hitlerdeutschlands erhielt. Die faktisch ungleichen Beziehungen in realsozialistischer Zeit, auch nach der Verfassungsreform von 1969, sowie die mit der Konstituierung der »Bündnis-Föderation« nach der »samtenen Revolution« verbundenen Probleme der zerbrechlichen staatlichen Einheit bildeten den Hauptteil sowohl des Vortrages als auch der Diskussion. Gerade diese Probleme kulminierten schließlich mit der Konstituierung zweier unabhängiger Staaten.

Auf dem 38. Kolloquium im November, das gemeinsam mit dem Historischen Arbeitskreis des Rosa-Luxemburg-Vereins durchgeführt wurde, sprach Eckhart Mehls zur Vorgeschichte des Oktoberplenums der PVAP im Jahre 1956. Eingangs stellte Mehls fest, daß dieses Schlüsselereignis jüngerer polnischer Geschichte – im Herbst 1956 transformierte die gesellschaftliche Krise in Polen in eine Legitimations- und Akzeptanzkrise – in der heutigen Historiographie Polens eher unterbelichtet ist. In der DDR wurde es seinerzeit »ungeschickt kommentierend verschwiegen«. Mehr noch, im Zusammenhang mit der Krise 1956 wurde selbst in der SED nach der Devise diskutiert: »Wenn die Polen mit ihren Problemen nicht fertigwerden, dann muß man über Schlesien noch mal reden.« Polen erlebte nach 1945 faktisch seine zweite Staatsgründung in diesem Jahrhundert: Über 22% der polnischen Vorkriegsbevölkerung überlebten den Zweiten

Weltkrieg nicht, 73% der Industrie und 35% der Landwirtschaft waren zerstört, Polen verlor ca. ein Drittel seines Territoriums an die Sowjetunion, etwa 1950 lebten zwei Drittel der Bevölkerung Polens an einem anderen Ort als 1939.

Nach einer Rückschau auf die wechselvolle Geschichte Zwischenkriegspolens kam der Redner auf die entscheidenden Zäsuren im Nachkriegspolen bis 1956 zu sprechen. Die erste Zäsur gab es 1948 mit der Vereinigung von PAP und PSP, die unter dem Eindruck des Kampfes gegen die »rechts-nationalistische Abweichung« Gomulka stand. Die Diskussion um einen »polnischen Weg zum Sozialismus« (Vielsektorenwirtschaft) wurde durch das Kominform abgebrochen, der wirtschaftliche Aufbau den Bedürfnissen der Rüstungswirtschaft angepaßt, es gab eine starke »Sowjetisierung« der Militärs (bis Mitte der 50er Jahre erlebte Polen einen Bürgerkrieg, der über 12.000 Opfer forderte). Probleme bereitete auch die wirtschaftliche Erschließung der neuen Westgebiete, da die Grenzfrage immer noch offen war.

Die zweite Zäsur erfolgte 1954, als der seit 1949 inhaftierte Gomulka freigelassen und auf dem Dezemberplenum der PVAP Kritik am Sicherheitsapparat (u. a. wegen der starken Präsenz sowjetischer »Berater«) geäußert wurde. Schon auf einer Tagung des Kulturrates im Sommer 1954 wurde klar, daß die künstlerische Intelligenz Polens nicht bereit war, sich von der Partei- und Staatsführung instrumentalisieren zu lassen. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU eskalierte dann die Situation. Im Juli 1956 kam es zu »Unruhen« in Poznań, die offiziell 74 Opfer und fast 600 Verletzte forderten. Über die Einschätzung dieser Ereignisse kam es zwischen PVAP und KPdSU zum Eklat, der eine Spaltung innerhalb der PVAP-Spitze nach sich zog. Das 7. Plenum im Juli lehnte die Wertung durch die KPdSU (von Amerika bezahlte Provokateure) offiziell ab und beschloß u. a. die Auflösung der landwirtschaftlichen Kooperativen, eine Änderung der Kirchenpolitik, die Auflösung der Abteilung Kultur beim ZK sowie die Ausweisung sowjetischer Militärs, die in polnischen Diensten standen. Ohne Absprache mit der KPdSU kehrte Gomulka, der als Symbol für den antisowjetischen Grundkonsens der Bevölkerung galt, zwischen dem Juli- und dem Oktoberplenum 1956 in das ZK der PVAP zurück. Zum Oktoberplenum selbst bewegten sich dann – unabhängig voneinander – sowjetische Truppen und polnische Verbände in Richtung Warschau, einem sowjetischen Kreuzer wurde die Einfahrt in den Gdanker Hafen verweigert, auf dem Warschauer Flughafen traf eine hochrangige Delegation der KPdSU (Chruschtschow, Kaganowitsch, Konew, Molotow) ein. Zu einer Dublizität der Ereignisse

mit denen in Ungarn kam es jedoch nicht, auch deshalb, weil Polen keinen Austritt aus dem Warschauer Vertrag erwog. Dagegen lagen die Gründe für den Akzeptanzgewinn nach dem Oktoberplenium eindeutig in der stärkeren Betonung der Unabhängigkeit Polens.

Das 39. Kolloquium im Dezember 1996 mit Wolfgang Geier stand unter dem Thema »Ethnogenese, Christianisierung und Staatenbildung in Osteuropa«. Nach einer Einführung zur Vorgeschichte dieses Themas stand eine historisch-vergleichende Analyse dreier osteuropäischer Staaten (Bulgarien, Kiewer Rus, Serbien) im Mittelpunkt der Ausführungen des Redners, insbesondere die Untersuchungsebenen: Ethnogenese slawischer Großverbände, Entstehung frühfeudaler Staatswesen und orthodoxe Christianisierung. Dabei folgt der chronologische Ablauf dieser Ebenen – mit den entsprechenden Modifizierungen – in etwa folgendem Schema: Fremde Zuwanderer, die zur neuen Oberschicht aufsteigen (und dies bleiben) und in der Folge die Sprache der Ansässigen annehmen, wobei der Prozeß der Zuwanderung im wesentlichen friedlich verläuft, verändern die Herrschaftspyramide der ursprünglichen Großverbände (alte Unterfürsten bekommen Oberfürsten und diese einen Großfürsten). Dieser Veränderung folgt die Reichsgründung, wobei die Reichsidee ein Synonym für das Ethnos bildet. Das orthodoxe Christentum wird als Staats(Reichs-)religion angenommen. Später folgt dynastischen Machtkämpfen eine Fremdherrschaft (byzantinische, mongolische bzw. osmanische) und der Untergang des Reiches. Die Christianisierung spielt dabei die Rolle einer verbindenden Klammer und eines Katalysators für Ethnogenese und Staatenbildung.

Dies ist auch ein wesentlicher Unterschied zu vergleichbaren Entwicklungen in Westeuropa, denn dort dauerte die Christianisierung bedeutend länger, vollzog sich öfter gewaltsam als friedlich (Schwertmission, die von der Orthodoxie abgelehnt wurde) und war der Ethnogenese und der Staatenbildung gegenüber auch eher begleitend als eingreifend. Einen weiteren wesentlichen Unterschied machte Geier an der osteuropäischen Reichsidee als pränationaler Identität fest, während sich in Westeuropa pränationale Identitäten außerhalb der Reichsidee bzw. als deren Untergliederung herausbildeten. Diskutiert wurden vor allem zwei Problemkreise: die Spaltung Europas in zwei Hemisphären, die als religiös-konfessionelle erscheint, aber tiefe staatliche, soziale, kulturelle und politische Wurzeln hat. Wobei die von Rom beschworene »Grenze der Christenheit« in Wahrheit eine Grenze zwischen Christenheiten war. Daneben wurde der Platz der westslawischen Staaten, Ungarns und Kroatiens in der von Geier aufgezeigten Logik osteuropäischer Geschichte debattiert.

Zu den Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Jörg Roesler (geb. 1940); Wirtschaftshistoriker aus Berlin. 1964–1974 Seminare und Vorlesungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität. Ab 1974 Leiter der Forschungsgruppe »Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder« an der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1978–1989 Vorlesungen zur Geschichte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sozialistischen Ländern an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Nach Abwicklung der Akademie arbeitete er ab 1992 zur DDR-Wirtschaftsgeschichte am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam. 1992 und 1994/1995 war er Gastprofessor an kanadischen Universitäten. An der Universität Toronto hielt er Vorlesungen zur deutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart und zur Geschichte der ostmittel- und südosteuropäischen Länder über den gleichen Zeitraum. In zahlreichen Publikationen hat sich Roesler vor allem zur Wirtschaftsentwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR und den anderen RGW-Ländern geäußert. Seine Buchpublikationen beschäftigen sich mit der Wirtschaftsgeschichte der DDR (u. a. »Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR«. Berlin 1990). Er ist Mitglied der Association of Comparative Economic Studies (USA) und der European Association of Comparative Economic Studies.

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933. Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum beauftragten Dozenten für Geschichte Südosteuropas. 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen, leitete er seit 1974 bis zur Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Kalbe war Mitbegründer des Nationalkomitees der DDR für Balkanistik, seit 1955 Mitherausgeber des »Jahrbuches für Geschichte der sozialistischen Länder Europas« (bis 1959 »... der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas«). Er gehörte dem Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung bzw. der Redaktion der »Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung« (1982–1990) an.

1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die seit 1994 vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig mitgetragen wird. Er ist seit 1994 verantwortlicher Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel« und Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente« seit 1992. Kalbe legte zahlreiche monographische Veröffentlichungen vor, darunter: »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus«, Berlin 1962; »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß«, Berlin 1963; »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution

in Südosteuropa«. Berlin 1979; »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft«. Berlin 1981; »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus«, Berlin 1988; »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt«. Leipzig 1993.

Dr. habil. Erhard Crome (geb. 1951): studierte am Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen. Seit Mitte der 70er Jahre arbeitet er auf dem Gebiet der Osteuropaforschung. Seine Promotion (1980) und Habilitation (1987) beschäftigten sich mit Problemen der politischen Entwicklung Ungarns. Derzeit ist er an der Universität Potsdam auf politikwissenschaftlichem Gebiet tätig. Seine Arbeitsthemen sind der Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa, die vergleichende Analyse der politischen Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Osteuropa, die Geschichte der DDR und der DDR-Außenpolitik. Dazu legte er zahlreiche Publikationen vor. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Initial. Berliner Debatte« und Mitherausgeber der in Potsdam und Poznań erscheinenden deutsch-polnischen Zeitschrift »WeltTrends. Internationale Politik und vergleichende Studien«.

Prof. Dr. sc. Sarkis Latchinian (geb. 1930): stammt aus der armenischen Diaspora im Libanon. Er studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule für Ökonomie in Sofia. Er promovierte 1962 und habilitierte 1970, jeweils an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1972 wurde er zum Hochschuldozenten und 1975 zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Universität Leipzig berufen und leitete diesen Wissenschaftsbereich von 1978 bis zu seiner Abwicklung 1990. Gastvorlesungen hielt er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven la Neuve und Konstanz. Seit 1982 ist er Mitglied des »Research Committee for European Unification« (London). Latchinian ist Autor, Mitautor und -herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen. Jüngste Arbeiten beschäftigen sich mit der westeuropäischen Integration, den Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft und der Karabach-Problematik.

Dr. phil. Olaf Kirchner (geb. 1963): studierte von 1982 bis 1987 an der Lomonosow-Universität Moskau politische Wissenschaften. Sein Spezialgebiet war die Geschichte der Politiktheorie. Ende 1990 promovierte er in Moskau zu geschichtsphilosophischen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen Sowjetunion. Er veröffentlichte Arbeiten zu den Parteiensystemen in den GUS-Staaten (u. a. die Monographie »Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985–1990«, Leipzig 1993), zur osteuropäischen und sowjetischen Geschichte sowie zur Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Transformation in Rußland.

Für das Jahr 1997 sind im »Leipziger Gesprächskreis Osteuropa« folgende Kolloquia vorgesehen:

23. Januar 1997 Doz. Dr. Claus Remer (Jena): Zur Herausbildung und Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert
27. Februar 1997 Prof. Dr. Ernst Laboor (Berlin): Politische Parteien und ihr Wandel im heutigen Rußland
27. März 1997 Dr. Olaf Kirchner (Leipzig): Sowjetische Wirtschaft – Aufbruch in eine neue Gesellschaft?
24. April 1997 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Sozialistischer Revolutionszyklus: Anspruch und Realität. Zu Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung
29. Mai 1997 Dr. Holger Politt (Leipzig): Polnische Freiheitsauffassung in historischer Retrospektive
26. Juni 1997 Dr. Christoph Kaiser (Berlin): Politische Konstellationen im rumänischen Umbruch
25. September 1997 Prof. Dr. Otmar N. Haberl (Essen): Südslawisches Fazit. Resultate und Folgen des Balkankrieges
23. Oktober 1997 Prof. Dr. Horst Schützler (Berlin): Die russische Oktoberrevolution 1917 in der postsowjetischen Historiographie
27. November 1997 Prof. Dr. Sarkis Latchinian (Leipzig), Prof. Dr. Jörg Roesler (Potsdam): Zur Ost-Erweiterung von EU und NATO
18. Dezember 1997 Prof. Dr. Walter Poeggel (Günthersdorf): Die deutsch-tschechische Erklärung vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3–5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6–8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9–15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16–24. – Erste Presseresonanz. S. 25–28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflexionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5–17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18–27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel. Berlin. S. 28–32. – Informationen des Vorstandes. S. 33–35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3–16. – Werner Bramke: Carl Goerdeler's Weg in den Widerstand. S. 17–30. – Informationen des Vorstandes. S. 31–33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31. – Informationen des Vorstandes. S. 32–34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5–16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teuschland«? S. 17–35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36–44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5–46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5–34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35–50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51–52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5–9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11–16. – Faksi-

116 Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins

miles. S. 17–35. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37–40. – Personalia. S. 41–47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47–51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 58 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins. 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7–11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11–13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins. 10. Oktober 1992) S. 13–14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15–16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17–39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41–55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5–6. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7–14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15–25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27–39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41–48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen »Chinesische Wall«. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49–50. – Personalia. S. 51.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5–14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15–20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21–28. – Wolfgang Schroder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29–38. – Volker Külöw: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41–43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45–50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51–52. – Personalia. S. 53–61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 83 S.* [Enthält: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5–7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band 1/20 der MEGA. S. 9–26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27–42. – Volker Külöw: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43–60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61–62. – Personalia. S. 63–70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71–77.] – *Heft 16. Leipzig 1995. 55 S.* [Enthält: Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. S. 5–42. – Chronik Januar bis Juni 1994. S. 46–50.]

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7–26. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27–51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 54–68.] – *Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S.* [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischenationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76.]

Rohrbacher Manuskripte

Heft 1: Globale Probleme im Meinungsstreit. Leipzig 1995. 84 S. [Enthält: Vorwort. S. 5 bis 7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie. S. 33–47. – Gerhard Gruhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Griening: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–67. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.] – *Heft 2: Beiträge zur Methodologie der Wissenschaften. Leipzig 1996. 112 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Gibt es einen methodologischen Dualismus zwischen Natur- und »Geisteswissenschaften«? S. 9–19. – Wolfgang Jantzen: Diagnostik, Dialog und Rehistorisierung: Methodologische Bemerkungen im Zusammenhang von Erklären und Verstehen im diagnostischen Prozeß. S. 21–40. – Manfred Jödecke: Paradigmenwechsel in der Sonderpädagogik oder wider den methodischen Reduktionismus. S. 41–48. – Horst Pickert: Methoden in der Philosophischen Anthropologie der Gegenwart. S. 49–58. – Gerhard Poppei: Entwicklung und Entropie. Selbstorganisation, Strukturbildung und Entropieproduktion. Reflexionen über ein womöglich allgemeingültiges Prinzip. S. 59–69. – Hans Eigler: Methoden bei der Entwicklung und Überleitung mikroelektronischer Bauelemente und Mikrosysteme und ihr Gültigkeitsbereich. S. 71–80. – Jan-Peter Domschke: Die Rezeption philosophischer Auffassungen von Natur- und Technikwissenschaftlern in der Philosophie. S. 81–90. – Roland Opitz: Russische Schriftsteller in der deutschen Emigration. S. 91–101.]

Texte zur Hochschulpolitik

Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. [Enthält: Werner Bramke/Giesela Neuhaus: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franzke: Frauen unter Hochschulgesetzen. S. 23–33. – Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm? S. 35–40. – Peter Döge, Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulrenewierung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. – Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven. S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreformen in der Krise. S. 103–114.]

Texte zur Literatur

Heft 1: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Beiträge zur Hölderlin-Rezeption. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pflegsohn. Texte und Dokumente 1806–1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–67.] – *Heft 2: Verbrannt, verboten, verbannt, Vergessen? Kolloquium zum 60. Jahrestag der Bucherverbrennung von 1933. Leipzig 1995.* 76 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Vernichtungssymbol und Mobilmachungssignal. Zum ideologiegeschichtlichen Ort der Bucherverbrennung vom 10. Mai 1933. S. 7–28. – Hans Jürgen Friederici: Bucherverbote und Bucherverbannung in der Buchstadt Leipzig. S. 29–36. – Aus der Diskussion: Anneliese Feurich: Erinnerung an Karl Barth. S. 37–38. – Wolfgang U. Schütte: Bucherverbrennung 1933 und Buchervernichtung 1989/1990. S. 39–41. – Juliane Krummsdorf: Probleme einer Bibliothekarin im Umgang mit Schwarzen Listen. Schandpfahl und Autodafé. S. 42–46. – Frank Andert: Tucholsky auf den Müll? S. 47–51. – Rahel Springer: Der Verlust von Büchern war schmerzlicher als der von Möbeln. S. 52–53. – Rudolf Scholz: »Verbrannt, verboten, verbannt, Vergessen? Rede zur Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung, gehalten am 8. März 1993 im Gebäude des Sächsischen Landtages in Dresden. S. 55–63. – Personalialia: Prof. Dr. sc. phil. Alfred Klein zum 65. Geburtstag. S. 67–70.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte

der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3*: Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4*: Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5*: Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6*: Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7*: Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8*: Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53–55.] – *Heft 9*: Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 10*: Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – *Heft 11*: Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verfasser auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59–61.] – *Heft 12*: Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13*: Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14*: Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15*: Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16*: Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken ...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949–1953. S. 75–83.] – *Heft 17*: Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18*: Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19*: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20*: Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21*: Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion.

Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 22*: Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommerening: Zwischen Aufstand und Flucht. Zur jüngeren Geschichte Irakisch Kurdistan. Leipzig 1996. 106 S.

Texte zur Philosophie

Heft 1. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing. Abbt und Iselin. S. 9–34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.] – *Heft 2. Leipzig 1996. 35 S.* [Enthält: Claus Träger: Johann Gottfried Herder und der Fortschritt als Beförderung der Humanität. S. 5–28.]

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7–8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9–18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19–28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29–39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41–48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49–67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69–75. – Jörn Schüttrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77–80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81–98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99–121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123–147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149–161. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163–168. – Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. – Inhaltsverzeichnis für die Bände I–V. S. 171–177.]

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S.

[Enthält: Vorbemerkungen der Herausgeber. S. 7. – Walter Markov: Wieviel Leben lebt der Mensch? S. 9–10. – Manfred Neuhaus, Ernst Engelberg und Gerald Diesener: Grußworte zur Eröffnung des Walter-Markov-Colloquiums am 16. April 1994 in Leipzig. S. 11–14. – Walter

Grab: Walter Markovs Weg und Werk. S. 17–21. – Manfred Kossok: Walter Markov. S. 23 bis 31. – Hannes Schmidt: Erinnerungen an Walter Markovs Wirken in den Jahren 1935 und 1936. S. 33–34. – Herbert Bartholmes: Erinnerungen an Walter Markov 1945–1949. S. 35 bis 39. – Eberhard Wächtler: Erinnerungen an die Fachrichtung Geschichte der Universität Leipzig im Jahre 1951. S. 41–44. – Veit Dideczuncit: Walter Markov und die SED-Bezirksleitung Leipzig im Dezember 1956. S. 45–47. – Peter Sebald: Das Markovsche »atmosphärische Umfeld«. S. 49–51. – Bärbel Plötner: Erinnerungen an Walter Markov. Gedankensplitter zum Kolloquium »Jakobinismus und Volksbewegung« zu Ehren seines 80. Geburtstages im Oktober 1989. S. 53–57. – Werner Bramke: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Walter Markov und die Widerstandsforschung in der DDR. S. 59–63. – Volker Külow: Von Holzhausen nach Summt. Anmerkungen zum letzten Lebensabschnitt Walter Markovs. S. 65–66. – Jean Suret-Canale: Hommage à Walter Markov. S. 67–68. – Fernand L'Huillier: Souvenirs personnels. S. 69. – Ernstgert Kalbe: Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. S. 73–80. – Werner Bahner: Zu einigen spezifischen Aspekten der rumänischen Aufklärung in Siebenbürgen. S. 81–83. – Erhard Hexelschneider: Markov liest Karamsin – eine Miscelle. S. 85–89. – Georg G. Iggers: Einige Bemerkungen zum historischen Denken und zur Geschichtsschreibung im 18. Jahrhundert in Europa. S. 93–104. – Werner Berthold: Walter Markov zur Geschichte und zu Perspektiven der deutschen Geschichtswissenschaft. S. 105–111. – Matthias Middell: »Gelesen, aber ehrlich gesagt nicht für marxistisch gehalten!« Walter Markov in der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 113–126. – Wolfgang Küttler: »Weltgeschichte im Revolutionsquadrat«. Zu Theorieauffassung und Geschichtskonzeption Walter Markovs. S. 127–139. – Michail N. Maschkin: Walter Markov als Universalhistoriker. S. 141–142. – Rigobert Günther: Walter Markovs Forschungsbreite und einige spezielle Probleme des Übergangs von der Antike zum Mittelalter in Westeuropa. S. 143. – Katharina Middell: »Im Niemandland jenseits von Marat«. Walter Markov über »legitime« und »illegitime« Linke in der Französischen Revolution. S. 147–153. – Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner: »Die Freiheiten des Priesters Roux« und die Sozialismus-Forschung. S. 155–163. – Walter Schmidt: Walter Markov und die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. S. 165–175. – Hans Jürgen Friederici: Zum Vorlesungszyklus »Geschichte der Revolutionen der Neuzeit«. S. 179–182. – Lothar Rathmann: Walter Markov und die »farbigen Kontinente«. Persönliche Reminiszenzen. S. 183–186. – Hans Piazza: Von der Totalität der Geschichte. S. 187–189. – Sarkis Latchinian: Die nationale Befreiungsbewegung im Werk Walter Markovs. S. 191–193. – Dieter Wittich: Wie berechtigt ist die Metapher »wissenschaftliche Revolution«? S. 197–202. – Hermann Klenner: Rechtsentwicklung von Unten versus Rechtsentwicklung von Oben. Hommage à Walter Markov. S. 203–206. – Uwe-Jens Heuer: Wissenschaft, Politik und Moral gestern und heute. Überlegungen und Erfahrungen. S. 207–212. – Wolfgang Eichhorn: Überlegungen zum Vico-Theorem. S. 213–219. – Klaus-Dieter Eichler: Utopie und Geschichte. Anmerkungen zu Walter Markov und Ernst Bloch. S. 221–236. – Volker Cayssa: Wider das klassizistische Ende des Romans. Anmerkungen zu Walter Markov und Georg Lukács. S. 237–248. – Ausgewählte Veröffentlichungen über Walter Markov. S. 251–252. – Personenverzeichnis. S. 253–259. – Autorenverzeichnis. S. 261–262.]

Walter Friedrich/Peter Förster. Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig und dem Kommunalpolitischem Forum Sachsen e. V. Leipzig 1996. 216 S.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

[Enthält: Michael Wegner: Vorbemerkung. S. 9–11. – Manfred Weißbecker: Eröffnung der Tagung »Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems«. S. 13–15. – Michael Wegner: Die »Russische Idee« – Geschichte und Wirkung. S. 17–33. – Horst Schmidt: Auf der Suche nach Orientierung. Russische Autoren am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. S. 35–48. – Erhard Hexelschneider: Europa und Rußland in zeitgenössischen Reiseberichten von Fonwisin bis A. Turgenjew. S. 49–63. – Elena Annenkowa: Rußland und der Westen in der Konzeption N. W. Gogols und der Slawophilen. S. 65–89. – Gregor Schwirtz: Gedanken zum »Westlertum« Iwan Turgenjews. S. 91–99. – Christa Kouschil: Das »Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland« (1841–1867) als Quelle für das Rußlandbild deutscher Gelehrter. S. 101–120. – Sonja Striegnitz: »... um direkt an die lebenden Quellen des neuesten philosophischen Denkens in Europa zu gelangen«. Zu den philosophischen Studien von Viktor Michailowitsch Tschernow. S. 121–135. – Egbert Lemcke: Das Verhältnis von Freiheit und Macht. Ein Grundproblem im Schaffen von B. N. Tschitscherin. S. 137–151. – Lutz-Dieter Behrendt: M. N. Pokrowski über das Verhältnis von Rußland und Europa. S. 153–160. – Erhard John: Rußland und Europa – Rußland in Europa. Alternative oder dialektische Einheit. S. 161–167. – Wolfram Wette: Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert. Kristallisationspunkte, Haupt- und Nebenlinien. S. 169–179. – Wolfgang Ruge: Europäische und russische Exportgüter: Ideen, Kriege, Revolutionen. S. 181–193. – Michael Hagemeister: Die »Protokolle der Weisen von Zion«. Einige Bemerkungen zur Herkunft und zur aktuellen Rezeption. S. 195–206. – Frank Haney: Russischer Kosmismus und europäische Wissenschaft. S. 207–224. – Claus Remer: Zum Ukrainebild in Deutschland vom 19. zum 20. Jahrhundert. S. 225–243. – Werner Fritsch: Zum Rußlandbild linksdemokratischer Intellektueller in der Weimarer Republik. S. 245–253. – Manfred Weißbecker: Großmacht- und kriegsbesessenen. Hitlers rassistisches Rußlandbild und die Folgen. S. 255–267. – Paul Heider: Der Bolschewismus – eine Hauptlinie im prosovjetschen Rußlandbild deutscher Kommunisten und Antifaschisten. S. 269–279. – Holger Politt: Der Schatten des östlichen Nachbarn. Versuch über polnische Schwierigkeiten. S. 281–293. – Horst Fliege: Der Menschlichkeit verpflichtet. Wirkungen russischer Literatur im 20. Jahrhundert. S. 295–301. – Katja Lebedewa: Neoslavophile Tendenzen in der russischen Gegenwartskultur als Seismograph von Modernisierungskonflikten. S. 303–313. – Autorenverzeichnis. S. 315–316. – Personenverzeichnis. S. 317–325.]

Michael Meyden. Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik. Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Presseentwicklung. Leipzig 1996. 325 S. (Hochschulschriften des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig, Dissertation Universität Leipzig 1995.)

SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994. Mit einem Anhang: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht von Michael Franzke. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Leipzig 1995. 134 S.

[Enthält: Vorbemerkung. S. 5–6. – Chronologie. S. 8–22. – Dokumentenverzeichnis. S. 25 bis 28. – Dokumente. S. 31–121. – Anhang: Michael Franzke: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht. S. 123–134.]

SPD – PDS. Stagnation statt Aufbruch – das Jahr 1995. Mit einem Anhang: Über SPD, PDS und linke Mehrheiten von Roland Claus. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Leipzig 1996. 148 S.

Menschen ohne Hoffnung. Materialien des Symposiums vom 18. und 19. Juni 1993 in Berlin Veranstalter: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. Berlin, Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig, Zeitgenössische Osteuropaforschung e. V. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins in Verbindung mit Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., hrsg. von Birgit Schliewenz und Cornelia Domaschke. Leipzig 1996. 192 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7–8. – Birgit Schliewenz: Einführungsbeitrag für das Symposium »Menschen ohne Hoffnung – Flucht aus Europa«. S. 9–18. – Eugen Faude: Ökonomische Probleme in der GUS als Fluchtursachen. S. 19–30. – Mario Keßler: Zur Emigration osteuropäischer Juden – historische Hintergründe und aktuelle Probleme am Beispiel Rußlands. S. 31–40. – Kirstin Knittel: Aktuelle Probleme der Rußlanddeutschen – Vor-Ort-Bericht. S. 40–45. – Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Thesen. S. 47–63. – Zlatomir Popović: Das Schicksal der nationalen Staaten im Zeitalter des Sieges der nationalen Idee (Auszüge aus dem Konferenzbeitrag). S. 63–71. – Christof Kaiser: Migration und »Rumänisierung« – Emigration und Binnenmigration in der Geschichte Rumäniens. S. 71–92. – Ulrich Clauder: Emigration/Brain drain in der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie Reaktionen in beiden Ländern auf die Abschottungspolitik der deutschen Regierung. Thesen. S. 93–99. – Ewa Helias: Deutsch-polnische Arbeitsmigration auf Basis der legalen Beschäftigungsmöglichkeiten. S. 99–113. – Norbert Cyrus: Polnisch-deutsche

124 Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins

Arbeitsmigration: Skizze eines Systems ausdifferenzierter Pendelmigration. S. 114–130. – Heidemarie Englert: Minderheiten in Ungarn. S. 130–143. – Burckhard Wagner/Horst Giese, Oswald Kasper: Die Asyldebatte in Deutschland. S. 145–167. – Beate Beyer: Zur Situation von Flüchtlingen in Berlin. S. 168–180.]

Literaturhistorische Streifzüge. Für Hans Mayer von Schülern der Leipziger Zeit. Herausgegeben von Alfred Klein, Klaus Pezold und Werner Schubert. Leipzig 1996. 312 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7–10. – Walter Dietze: Zur aktuellen Rezeption althebräischer Literatur. S. 11–31. – Kurt Schnelle: »Ich versprach, dir einmal Spanisch zu kommen«. S. 33–78. – Siegfried Steller: Staats- und Rechtsauffassung Adreas Gryphius' in »Carolus Stuardus« und »Aemilius Paulus Papianus«. S. 79–97. – Werner Schubert: Mythos und Realität des »klassischen« Weimar. S. 99–116. – Günter Mieth: Das »Iduna«-Projekt Friedrich Hölderlins. S. 117–132. – Helmut Richter: Jugenderfahrung im Alterswerk Theodor Fontanes. S. 133–178. – Günter Albus: »Krieg im Alltag«. Wilhelm Buschs Bildverserzählungen. S. 179 bis 198. – Alfred Klein: »Die Stimme spricht«. Anmerkungen zu einem Gedichtband von Karl Wolfskehl (1869–1948). S. 199–219. – Horst Nalewski: Max Kommerell, der unzünftige Germanist. S. 221–241. – Friedrich Albrecht: Zur Gliederung des epischen Raumes bei Anna Seghers. S. 243–254. – Irmfried Hiebel: »Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne«. Anmerkungen zu einem vergessenen Buch Friedrich Schlotterbecks. S. 255–265. – Klaus Pezold: Friedrich Dürrenmatts »Turmbau«. Selbstbetrachtung und Weltanschauung am Ende des 20. Jahrhunderts. S. 267–276. – Joachim Pötschke: »Entlang des Flusses« und »Spektakel um den Mikrofish«. Anmerkungen zu Sprachpflege und Sprachkultur. S. 277–302. – Autorenverzeichnis. S. 303. – Namenverzeichnis. S. 305–312.]

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V.

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1992. 64 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Kultursoziologie? Ansätze einer Gegenstandsbestimmung. S. 13–22. – Hans-Joachim Klein: Empirische Kulturforschung als Perspektive einer Kultursoziologie in den neuen Bundesländern. S. 23–35. – Eveline Lutz: Kultursoziologische Ausgangspositionen zur Untersuchung des kulturellen Umbruchs in Ostdeutschland. Ein Diskussionsangebot. S. 36–42. – Helmut Soult: Soziokultur als Gegenstand kultursoziologischer Forschung. S. 43–48. – Michael Blume/Heide Abert: Kulturell-künstlerische Begegnungsorte für Kinder und Jugendliche. S. 49–56.] – *Heft 2. Leipzig 1992. 72 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Methodologisches und Methodisches in der kultursoziologischen Forschung. S. 4–14. – Ronald Hitzler/Anne Honer: Hermeneutik als kultursoziologische Alternative. S. 15–23. – Helmut Soult: Kulturarbeiter in den neuen Bundesländern. Arbeitsthesen und Methoden. S. 24–33. – Eveline Lutz: Das narrative Interview und seine Potenzen für die Analyse biographischer Krisen. S. 34–37. – Beate Völker/Kurt Mühlner/Henk Flap: Netzwerkanalyse: mehr als eine Methode. S. 38–50.] – *Heft 3. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Bernd Lindner: Kulturelle Dimensionen biographischer Wenden: Leipzig – Herbst 89. S. 4–20. – Uta Starke: Wertorientierungen und Verhaltensregeln Jugendlicher in Leipzig und Görlitz. S. 21–30. – Ulrike Six: Jugendliche und Sekten in den neuen Bundesländern. S. 31–44. – Heinz Ulrich: Zwischen Anpassung und Autonomie. S. 45–57. – Heinz Schauer: Umweltbewußtsein bei Studenten in Ostdeutschland – Erbe und Gegenwärtiges. S. 58–68. – Uwe Hartung/Catherina Schmidt: Wandel der Berufs- und Familienorientierung in den Lebensentwürfen Jugendlicher. S. 69–77. – Alice Kahl/Sigrun Kabisch: Identifikationsprobleme mit Wohnort und Neubauwohngebiet. S. 78–86.] – *Heft 4. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Ute Karig/Hans-Jörg Stiehler: Neue Normalitäten? S. 4–16. – Wera Ulrich: Berlin – die Stadt, in der ich lebe. S. 17–26. – Uwe Hartung/Catherina Schmidt: Veränderungen des Kinderwunsches von 1989 bis 1992. S. 27–33. – Cornelia Lang: Lebenswelt Jugendlicher – Wertorientierungen und Zukunftserwartungen und Subkulturen. S. 34–40. – Walter Friedrich: Zu politischen Grundpositionen junger Menschen in Ostdeutschland. S. 41–53. – Leonhard Kasek: Soziale Ängste und Umweltbewußtsein. S. 54 bis 63. – Wolfgang Geier: Menschen im Zeitbruch. S. 64–73. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53 bis 64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum. S. 65–77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Peter Alheit: Strukturprobleme

»kultureller Wiedervereinigung«. S. 88–109. – Balint Balla: Postkommunismus. S. 110 bis 126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Eva Bojenko-Izdebska/Erhard Czioimer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem zweiten Weltkrieg. S. 133–143.] – *Heft 2. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Brunhilde Windoffer: Die Verwaltungsgemeinschaft Eilenburg-West. S. 4–9. – Eveline Lutz: Kulturelle Wandlungen in den Denk- und Verhaltensmustern von Landfrauen. S. 13 bis 24. – Bernd Bahr: Frauenarbeitslosigkeit in ländlichen Gemeinden des Kreises Eilenburg – Objektive Lage und subjektive Befindlichkeit. S. 25–32. – Angela Bohrmann/Gustel Koch: Zur Bewertung der persönlichen Lebenssituation: Ausgewählte Aspekte. S. 33–44. – Beate Seyfarth: Frauen in Arbeitslosigkeit und Vorruhestand in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands. S. 45–50. – Kurt Krambach/Jörg Müller: Situation und Befindlichkeit ehemaliger Genossenschaftsbauern in den neuen Bundesländern. S. 51–62. – Hans-Karsten Weiberg: Dorfentwicklung im Oderbruch – Baustein CLIK. S. 63–72. – Brunhilde Scheuringer: Das Dorf im Spannungsfeld sozialen Wandels. S. 73–92. – Wolfgang Rose: Zwischen Agrarromantik und Sozialreform. S. 93–103.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. John R. Eidson: Vereinstätigkeit als soziales Handeln. S. 4–17. – Sigurd Agricola: Vereine als Vorsorge-Lösung und alltagskulturelle Tradition. S. 18–29. – Joachim Schlesinger: Vereine zwischen Tradition und Neuanfang. S. 30–48. – Walter Hildebrandt: Struktur und Leistung des Leuchtenburgkreises in der Sicht und Sprache der heutigen Soziologie. S. 49–59. – Horst R. Rein: »Bio Top Kümmelschränke e. V.« in Dresden-Omsewitz – ein erfolgreiches sozio-kulturelles Projekt von unten. S. 60–67. – Günter Cremer: Live to Ride. Ride to live: das Rockertum. eine zeitlose Subkultur? S. 68–74. – Wolfgang Geier: Zur Diskussion: Kulturosoziologie. S. 75–92. – Eveline Lutz: Westdeutsche Befindlichkeiten im Prozeß der deutschen Einheit. S. 93–117.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Friedrich Tenbrück: Gesellschaft – Soziologie – Kultur. S. 4–14. – Mohammed Rassem: Zum historischen Hintergrund der Kulturosoziologie. S. 15–22. – Wolfgang Geier: Zur Entstehung der Kulturwissenschaften an der Leipziger Universität zwischen 1875 und 1925. S. 23–38. – Dick Howard: Zweihundert Jahre Irrtum: Politik der Demokratie. S. 39–49. – Susanne Vill: Spiel mit dem Fremden. S. 50–60. – Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Uta Kösser: Zur Paradoxie gegenwärtiger Identitätsversicherungen. S. 67–79. – Ernst Plaum: Nationale Identität – Selbstverständlichkeit oder Anachronismus. S. 79–96.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernst-gerd Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus – Nationalitäten – Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60–75.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Uta Kösser: Der OSSI und der WESSI? – Der Deutsche –. S. 4–20. – Joachim Schlesinger: Die Logen der Freimaurer in Leipzig – historische Aspekte eines kulturosoziologischen Forschungsprojektes. S. 21–35. – Stefan Bednarek: Perspektiven des niederschlesischen Regionalismus. S. 36–52. – Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 3. Leipzig 1994. 80 S.* [Enthält u. a. Joachim Schlesinger: Wieviel Kultur braucht eine Stadt? (I). S. 5–27. – Manfred Gabriel, Wolfgang Rose: Im Schatten Mozarts. Eine Studie zum Salzburger Kaierviertel. S. 28–43. – Birgit Brandner: Kulturerlebnis Stadt. S. 44–60. – Brunhilde Scheuringer: Zum Verhältnis

von Studium und Arbeit. S. 61–74.] – *Heft 4. Leipzig 1994. 80 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Voluntary Associations. S. 5–15. – Joachim Schlesinger: Wieviel Kultur braucht eine Stadt? (II). S. 17–30. – John R. Eidson: The Ethnographic Study of Club Life in a Rhenish Community – A Methodological Retrospective. S. 31–46. – Jürgen Straub: Kultureller Wandel als konstruktive Transformation des kollektiven Gedächtnisses. S. 47–61. – Ernst Plaum: Voraussetzungen, Fragen und Probleme einer Psychologie des interkulturellen Verstehens und Handelns. S. 61–4.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Marcel Dobberstein: Sehen oder Hören? Ein Auge für ein Ohr und ein Ohr für ein Auge. Vom Weg der Mediengesellschaft ins »globale Dorf«. S. 5–15. – Reinhard Bachleitner: Zur kulturellen Aneignung der Natur durch das Sportsystem. Anmerkungen zur kulturökologischen Überformung der Natur/Landschaft durch Sport. S. 17–37. – Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.* [Enthält u. a. Michail Videnow: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 39–66.]

»Kulturosoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. LIT-Verlag: Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«.

Wissenschaftliche Halbjahreshefte.

Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Uta Kösser/Harald Homann: Mehr Gewand als Haut. Zur Diskussion um (ost)deutsche Mentalitäten. S. 29–60. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojektes. S. 61–112. – Manuela Delpo: Die Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu Entwicklungshilfe. -politik und -zusammenarbeit. S. 113–159. – Uwe Schuster: Die Begründung einer neuartigen Auffassung vom Wesen des Politischen im Werk des Niccolò Machiavelli. S. 161–179.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Lipp: Kulturgesellschaft – was, und wohin? S. 7–26. – John R. Eidson: Die Heimatforschung als lokale Identitätspolitik. Prolegomena zu einer ethnographischen und kulturhistorischen Untersuchung. S. 27–63. – Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen – Wandel der Rituale. S. 64–75. – Franz Zwilgmeyer: Kulturosoziologisches zum Johannesevangelium (I). S. 76–106. – Manuela Delpo: Probleme, Konzepte und Resultate der Evolutions- und Kognitionsforschung in Österreich (Konrad-Lorenz-Institut Altenberg a. d. Donau). S. 107 bis 128. – Polina Giaourova: Die Intelligenzija – »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Hey-

noldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830–1832. S. 145–173.] – 5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S. [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wadim Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Franz Zwilgmeyer: Kulturosoziologisches zum Johannesevangelium (II). S. 79–108. – Wolfgang Geier: Der genius loci lipsiensis. Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig zwischen 1875 und 1925. S. 109–131. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Wolfgang Rose: Dorf- und Stadterneuerung als »Gesellschaftstherapie«. Eine programmatische Skizze. S. 174–198. – Gerhard Steingress: Marienkult als Mönnerschicksal. Ein Essay. S. 199–210.] – Heft 2. Berlin 1996. 187 S. [Enthält u. a. Hartwig Schmidt: Ein Selbst sein, anerkannt sein, unterworfen sein. Über einen Nervenstrang zeitgenössisch moderner Kulturen. S. 7–16. – Wolfgang Fritscher: (Post)moderne Tätowierungen. Zur Individualisierung einer »Selbststigmatisierung«. S. 17 bis 37. – Hans G. Helms: Vom bourgeoisen Konsumenten zum »klassenlosen« Endverbraucher. Zur Geschichte der Konsumbauten von der Passage zur city mall. S. 38–62. – Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112. – Rüdiger Flämig: Von der gewerblichen Fachzeichenschule zur Staatlichen Kunstschule für Textilindustrie Plauen i. V. 1877 bis 1922. S. 113–164.] – 6. Jahrgang 1997. Folgende Thematische Schwerpunkte sind vorgesehen: Historische Entwicklungen, theoretische und methodologische Probleme der Kulturwissenschaften, insbesondere der Kulturgeschichte und Kulturosoziologie im deutschsprachigen Raum sowie Ergebnisse der Forschung; sozialer und kultureller Wandel im Osten Deutschlands; politische, soziale und kulturelle Umbrüche in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa (Aufsätze, Berichte, Besprechungen neuester Veröffentlichungen aus Deutschland und Österreich zu diesen Themenkreisen); Ankündigungen und Ergebnisse der von der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. Leipzig und dem Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig gemeinsam veranstalteten Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa (bisher über 40 Veranstaltungen); Hinweise auf jüngste Veröffentlichungen beider sowie des Verlages Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, GSP-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik.

Anfragen nach Inhaltsverzeichnissen der Jahrgänge 1992 bis 1997, Einzel- und Sonderheften sind an die Herausgeber (den Vorstand der Gesellschaft und die Redaktion) zu richten: c/o Dr. Wolfgang Geier, Hermelinplatz 9, D-04329 Leipzig, Tel./Fax +049 341 2514652.

Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Harrassowitz Verlag: Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Harrassowitz Verlag: Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier, Joachim Schlesinger: Gemeinschaften (Vereine) in Leipzig. LIT-Verlag: Münster 1996. X, 217 S.